

Familienpolitik in Europa:
Schlusslicht Deutschland

Seite 4

Analysen der deutschen Politik in
den internationalen Beziehungen

Seite 20

Transatlantisches Hintergrund-
gespräch zu Afghanistan

Seite 46



Schwerpunktthema in dieser Ausgabe:

Das Projekt Kompass 2020

Deutschland in den internationalen Beziehungen

Deutschland in den internationalen Beziehungen

Das Projekt Kompass 2020

— DASS DIE GRENZEN ZWISCHEN INNEN- UND AUSSENPOLITIK immer mehr verwischen, dass innerstaatliche Prozesse mit globalen Entwicklungen eng verwoben sind und vieles vernetzt, verschränkt und verbunden ist, gehört landauf, landab zum festgesetzten Textbaustein politikwissenschaftlicher Abhandlungen. Die Bewältigung der Interdependenz wird seit 15 Jahren als eine der zentralen Herausforderungen politischen Handelns identifiziert.

Zugleich hat sich das Feld der Außenbeziehungen sowohl mit Blick auf die Themen als auch die Akteure erheblich ausdifferenziert. Durch die Einbrüche von Konflikten in die sicher geglaubte und prosperierende westliche „Normalität“ wurde zudem die Einsicht in die Verwundbarkeit moderner Gesellschaften verstärkt. Die Grundlagen deutscher Politik in den internationalen Beziehungen sind über die letzten Jahrzehnte sehr stabil geblieben. Dazu gehören das Bekenntnis zur außenpolitischen Bewältigung der deutschen Vergangenheit, die Westorientierung, die Skepsis gegenüber militärischen Mitteln und der Verzicht auf traditionelle Machtpolitik, die Integration und der bewusste Souveränitätsverzicht, die Beförderung von Frieden und Sicherheit in Europa sowie die weltweite Achtung des Völkerrechts und der

Menschenrechte. In den letzten Jahren ist es jedoch zunehmend schwieriger geworden, die zum Teil parteiübergreifend formulierten vorrangigen Ziele deutscher Außenbeziehungen in gewohnter Weise auch umzusetzen. Starke politische Partner und vor allem auch funktionsfähige multilaterale Institutionen waren die beiden Säulen des außenpolitischen Erfolgs in der Nachkriegszeit.

■ Heute ist das multilaterale System, allen voran die Europäische Union, in einer schwierigen Umbruchphase.

Erkennbar ist, dass die Grundmaximen deutscher Politik in den internationalen Beziehungen zwar weiter in Anspruch genommen werden, doch scheinen sie bei vielen akuten Problemen an Orientierungskraft zu verlieren. Kontinuität als Maxime darf nicht davon entbinden, über

neue Strategien nachzudenken, wie diese Prinzipien unter den Bedingungen eines veränderten außenpolitischen Umfelds auch tatsächlich umgesetzt werden. Daran schließt sich die Frage an, wie Prioritäten identifiziert und (außen)politische Handlungsfähigkeit hergestellt werden können. Es gibt – ganz grob – folgende Angebote:

• Der Konkurs: Angesichts der Komplexität, des „generellen Dramas der Politik“, wird von den einen bereits der politische Konkurs beantragt und das Ende jeder wirksamen, verändernden und effizienten kollektiven Handlungsfähigkeit behauptet. Politik kann hier allenfalls noch moderieren, Probleme verdrängen oder kosmetisch korrigieren.

• Das alte/neue Freund-Feind-Denken: bei anderen wächst wieder die Sehnsucht nach deutlicheren Konturen. Neue,

scheinbar trennscharfe Dichotomien sollen die Lücke, die das verschwundene Freund-Feind-Schema des Kalten Krieges hinterlassen hat, wieder füllen – Fukuyamas Ende der Geschichte, in dem die Welt in Demokratien und Nicht-Demokratien unterteilt wird, Huntingtons heftig umstrittener Topos vom „Kampf der Kulturen“, bei dem der Westen gegen eine konfuzianisch-islamische Allianz antritt, oder Kagans Welt, in der (der amerikanischen) Mars und (die alteuropäische) Venus um das Verständnis von Macht und Moral ringen, sind die bekanntesten. Der Charme der klaren Fronten führte bisher jedoch kaum zu angemessenen Antworten auf außenpolitische Probleme.

• Die dicken Bretter: eine dritte Gruppe hält dagegen und geht davon aus, dass erstens Komplexität ausgehalten werden muss, dass

zweitens auch globale Verhältnisse nach Ideen und Interessen geformt werden, und es sich damit drittens lohnt, Komplexität zu gestalten. Hier überwiegt die Einsicht, dass verbindliche globale Ordnungsrahmen und Regelwerke zur Zivilisierung der Beziehungen zwischen den Staaten (und in den Staaten selbst) beigetragen haben, dass globale und regionale Kooperation nicht zu mehr, sondern zu weniger Komplexität führt, dass deshalb auch der beharrliche Ausbau effizienter und tragfähiger Politiknetzwerke von globaler Reichweite – Global Governance – betrieben werden muss. Moderne Außenpolitik wird stets widersprüchlich bleiben. Gerade deshalb braucht Deutschland eine breitere und intensivere Debatte als Handlungsgrundlage, die die politische Umsetzung orientieren und damit auch unterstützen kann. Angesichts der weiteren Verschränkung außen- und innenpolitischer Problemlagen, der krisenhaften Entwicklung des europäischen Integrationsprojektes und einem sichtbaren (und zum Teil ris-

Artikel in dieser Ausgabe: Dezember 2006 – Januar 2007 – Februar 2007

DEUTSCHLAND

Europäischer Vergleich der Familienpolitik: Schlusslicht Deutschland	4
FES-Gesprächskreis zu Verbraucherschutz: Auf dem Weg zum gläsernen Verbraucher	8
Präimplantationsdiagnostik: Verbot überdenken?	10

SCHWERPUNKT

FES-Analysen der deutschen Politik in den internationalen Beziehungen: „Unsicher“, „komplex“ und „im ständigen Wandel begriffen“?	20
Wege zum Leitbild „strategic community“: Außenpolitische Strategiefähigkeit sichern	22
Kompass 2020: Abstracts	ab Seite 23

INTERNATIONAL

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft auf dem deutsch-französischen Prüfstand: Große Erwartungen	36
Transatlantisches Hintergrundgespräch zu Afghanistan: Fähigkeit zur Selbstkritik muss wachsen	46
Deutsch-Israelische Gespräche über den früheren Bundespräsidenten: Johannes Rau und Israel	48
Südasiens: Bessere Bedingungen für Heimarbeiterinnen?	52
Hinter den Kulissen: Auslandsbüros stellen sich vor Die FES in Thailand: Enthusiasten, Visionäre und Profis	62
Die FES in Washington: Im Zentrum der Macht	63
Publikationen	66
Impressum	67

kanteren) außenpolitischen Engagement sowie knapper Haushaltslagen wird auch der öffentliche Begründungszwang für außenpolitisches Handeln zunehmen. Politische Analyse, politische Debatte und politisches Handeln müssen stärker ineinander greifen. Mit dem Projekt „Kom-

pass 2020 – Deutschland in den internationalen Beziehungen – Ziele, Instrumente, Perspektiven“ möchte die FES einen Beitrag zu dieser Diskussion leisten. In insgesamt rund 30 Einzeltexten gibt das Projekt einen Überblick über die wichtigsten Themen und Regionen deutscher Außenbeziehun-

gen. Im Schwerpunktteil dieses Heftes werden auf den Seiten 23 bis 35 die Kurzzusammenfassungen – Abstracts – von elf dieser Texte vorgestellt.

*Jochen Steinhilber,
Koordinator des
FES-Projekts 2020*

www.fes.de/kompass2020

Schlusslicht Deutschland

„MEHR MÄNNER IN DIE FAMILIE und mehr Frauen in den Beruf“, lauten die Empfehlungen für die Umsetzung einer gleichstellungsorientierten Familienpolitik in Deutschland, die aus den Ergebnissen der FES-Studie „Familienpolitik aus der Gleichstellungsperspektive. Ein europäischer Vergleich“ hervorgehen.

Im Auftrag des Forums Politik und Gesellschaft der FES untersuchten Anneli Rüling und Karsten Kassner (Institut für sozialwissenschaftlichen Transfer, Berlin), inwiefern Gleichstellungsaspekte in die Familienpolitik Großbritanniens, Schwedens, Frankreichs und Deutschlands integriert sind. Vorgestellt wurde die Studie im Rahmen einer internationalen Konferenz am 1. Februar in Berlin. Mit der Verbindung von Fami-

telpunkt. Familienpolitik erfreut sich in Deutschland derzeit einer hohen politischen Konjunktur. Nach Ansicht der ehemaligen Bundesministerin Christine Bergmann beschränken sich die politischen Debatten jedoch auf die „Abmilderung des demographischen Schocks“ und sind keinesfalls mit Geschlechtergerechtigkeit verbunden. In Großbritannien liegen laut Meg Munn, britische Under Secretary of State for Wo-

Überwindung der enormen Lohnungleichheit, im Ausbau des Kinderbetreuungsangebots und in der Flexibilisierung der Arbeitszeiten. In Frankreich werde Familienpolitik als Instrument der Arbeitsmarktpolitik eingesetzt, erklärte Jeanne Fagnani vom Centre National de la Recherche Scientifique in Paris. Mit dem Ausbau der Kinderbetreuungsangebote könnten Mütter zum einen schneller in die Arbeitswelt zurückkehren, zum anderen würden Arbeitsplätze im Betreuungssektor geschaffen. Trotz der höchsten Geburtenrate in Europa und einer sehr häufigen Müttererwerbstätigkeit bliebe die Familienarbeit in Frankreich jedoch weiterhin eine Domäne der Frauen.

Schweden ist, wenn es um die Vereinbarung von Familien- und Gleichstellungspolitik, unbestrittener Vorreiter. Das Land weist die häufigste Mütterer-

werbstätigkeit, ein ausgewogenes Verhältnis der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen sowie die höchste Beteiligung von Männern an der Familienarbeit vor. Die schwedische Reichstagsabgeordnete und ehemalige Sozialministerin Berit Andnor führt diese Erfolge auf das Sozialversicherungssystem zurück, gepaart mit einem flächendeckenden Betreuungsangebot sowie hohen monetären Anreizen – auch für Väter. Die niedrigste Geburtenrate und Müttererwerbstätigkeitsquote sind nur zwei Indikatoren, die belegen, dass Deutschland in Sachen Familienpolitik das Schlusslicht unter den vier Vergleichsländern bildet. Malte Ristau, Abteilungsleiter im Bundesfamilienministerium, sieht einen erheblichen Anpassungsbedarf bei den ökonomischen Anreizen sowie auch in der kulturellen Neubestimmung von „Familie“. Mit der Einführung des

Europas Vielfalt auf dem Podium:
v.l. Moderatorin Melinda Crane, Malte Ristau, Jeanne Fagnani, Meg Munn, Berit Andnor
(Foto: Liebe)



lien- und Gleichstellungspolitik rückte die FES dabei eine bislang stark vernachlässigte Dimension in den Mit-

men and Equality, die größten Herausforderungen für eine gleichstellungsorientierte Familienpolitik in der

Elterngeldes und dem geplanten Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten sei nun ein markanter Richtungswechsel angestoßen. Bärbel Dieckmann, Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn und stellvertretende SPD-Parteivorsitzende,

mahnte jedoch, die Debatte um Geschlechtergerechtigkeit nicht auf die Familienpolitik zu verkürzen. Gleichstellungsaspekte müssen beispielsweise auch in der Arbeitsmarktpolitik stärkere Berücksichtigung finden.

DIE STUDIE

„Familienpolitik aus der Gleichstellungsperspektive. Ein europäischer Vergleich“, von Anneli Rüling und Karsten Kassner (Berlin, Institut für sozialwissenschaftlichen Transfer), online unter <http://library.fes.de/pdf-files/do/04262.pdf>

Printexemplare können unter forumpug@fes.de bestellt werden.

Mit Beginn der EU-Ratspräsidentschaft hat das Forum Politik und Gesellschaft eine weitere Publikation veröffentlicht, die einen Überblick über den Stand der Umsetzung gleichstellungspolitischer Regelungen in Europa gibt sowie Erwartungen an die deutsche Ratspräsidentschaft auflistet:

„Mehr Gleichstellung für ein stärkeres Europa“.

Die Broschüre ist online verfügbar unter:

<http://library.fes.de/pdf-files/do/04291.pdf>

Bestellungen von gedruckten Exemplaren an: forumpug@fes.de

FES-STUDIE ÜBER BERUFSBILDUNG IM UMBRUCH

Jugendliche in der Warteschleife

40% aller ausbildungswilligen Schulabgänger finden keinen regulären Ausbildungsplatz mehr und landen im Übergangssystem. Zu diesem aufrüttelnden Ergebnis kommen Prof. Dr. Baethge und Prof. Dr. Solga von der Universität Göttingen in einer Studie, die im Auftrag der FES erstellt und am 8. Februar der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Die Studie analysiert den bedrohlichen Zustand des deutschen Systems der Berufsbildung. Duale Ausbildungsstrukturen verlieren zunehmend an Bedeutung. Der bisher gepriesene Vorbildcharakter des dualen Sys-

tems wird durch das ständig sinkende Angebot an Ausbildungsplätzen in Frage gestellt. Das führt für große Teile der heutigen Schulabgänger zu massiven Problemen beim Übergang ins Erwerbsleben. Jugendliche landen in Warteschleifen, in denen sie keine qualifizierte Ausbildung, sondern unterschiedliche Maßnahmen der Berufsvorbereitung vermittelt bekommen. Das Gutachten thematisiert außerdem den drohenden Fachkräftemangel, der eine Gefährdung für die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft darstellt. Die Studie zeigt darüber

hinaus die Herausforderungen und Chancen auf, die mit dem Prozess der Europäisierung der deutschen Berufsbildung verbunden sind. Welche Konsequenzen ergeben sich aus dieser Analyse? Als zusätzlichen Impuls für die öffentliche Diskussion hat das Netzwerk

STUDIE UND STELLUNGNAHME

<http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/04258/>

Bildung der FES eine politische Stellungnahme verfasst, die konkrete Anforderungen an eine langfristige (Berufs-)Bildungspolitik formuliert.

PODIUMSGESPRÄCH IN LEIPZIG

Die Zukunft des Alterns

In 20 Jahren werde bis zu einem Drittel der Bevölkerung in Europa über 65 Jahre alt sein, so der TV-Moderator Max Schautzer bei einem Podiumsgespräch am 30. Januar in Leipzig über „Die Zukunft des Alterns“. Schautzer, der gerade die Gründung eines TV-Kanals für Ältere vorbereitet, setzt sich seit Jahren für einen Dialog der Generationen und die Anerkennung der Lebensleistungen

älterer Menschen ein. Nach Überzeugung von Martin Dulig, einem der jüngsten Abgeordneten des Säch-

sichen Landtages, gehe es bei der Diskussion über die alternde Gesellschaft allzu oft nur um die Zukunft



Max Schautzers Fernsehkanal Bono-TV steht unter dem Slogan: Das erste Programm für die zweite Hälfte des Lebens (Foto: Waldeck).

der sozialen Sicherungssysteme. Ebenso entscheidend sei aber die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, die künftig um Ihren Nachwuchs ringen und ihr Innovationspotential erhalten müsse. Mehr noch als bisher müsse Bildung und lebenslanges Lernen gerade auch für ältere Arbeitnehmer die Möglichkeit bieten, in Beruf und Gesellschaft ihren Platz zu finden, so Dulig.

ORIENTIERUNG IN BEWEGTEN ZEITEN

Die Akademie für Soziale Demokratie

„Ich freue mich, dass in der Akademie für Soziale Demokratie Wissenschaftler und Politiker mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern zusammenkommen, um gemeinsam gute Argumente für eine soziale und gerechte Politik zu entwickeln. Wertorientiert, fachlich kompetent und praxisbezogen“, damit benennt Prof. Dr. Gesine Schwan, Präsidentin der Europa-Universität Viadrina, eines der wichtigsten Ziele der neu gegründeten Akademie in der FES: In

der Auseinandersetzung mit politischen Grundwerten der Sozialen Demokratie soll die eigene Argumentationsfähigkeit weiterentwickelt werden.



Denn nur wer die Ziele seines Handelns klar benennen und begründen kann, wird auch andere überzeugen

und begeistern.

Ab März 2007 können sich nun politisch Engagierte in Ehrenamt, Mandat und Betrieb, interessierte Bürgerinnen und Bürger, Mitt-

Akademie für Soziale Demokratie mit den grundlegenden Ideen und Prinzipien der Sozialen Demokratie vertraut machen.

In einem Grundlagen-seminar werden wesentliche Unterschiede zur libertären Demokratie deutlich gemacht. Während diese Freiheit allein durch die formale Geltung von bürgerlichen und politischen Grundrechten verwirklichen will, geht die Soziale Demokratie einen entscheidenden Schritt weiter. Sie fragt auch nach den sozialen und ge-

gesellschaftlichen Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit Rechte nicht nur formal gelten, sondern auch real ausgeübt werden können. Neben diesem Grundlagenseminar werden sechs weitere Themenfelder im Bildungsangebot der Akademie wissenschaftlich fundiert und zugleich immer auch

praxisorientiert behandelt:

- Wirtschaft und Soziale Demokratie
- Globalisierung und Soziale Demokratie
- Sozialstaat und Soziale Demokratie
- Europa und Soziale Demokratie
- Kultureller Pluralismus und Soziale Demokratie
- Staat, Zivilgesell-

schaft und Soziale Demokratie
Drei Personengruppen bilden das Rückgrat der Seminare:

- Wissenschaftlich qualifizierte Seminarleiterinnen und Seminarleiter begleiten die gesamten Seminare.
- Renommeeierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler liefern Inputs zum Auftakt

der Seminare.

- Politische Praktiker/innen stehen zu Hintergrundgesprächen zur Verfügung.

MEHR ZUM THEMA

Informationen über die Seminare, Materialien zu Grundlagen der Sozialen Demokratie und ein Seminarplaner für 2007 unter: www.fes-soziale-demokratie.de.

MANAGERKREIS DER FES

Kann Ungleichheit gerecht sein?



Diskussionsrunde des Managerkreises: Dr. Thomas Middelhoff, Vorstandsvorsitzender der Karstadt Quelle AG; Prof. Dr. Jutta Allmendinger, Direktorin, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Florian Gerster, Staatsminister a. D.; Kurt Beck, Vorsitzender der SPD; Ulrich Pfeiffer, Sprecher des Managerkreises. (Foto: Zensen)

Reformen gleichzusetzen mit dauerhaften Einschnitten ist ein Weg, der stabile politische Mehrheiten verhindert und damit den Konsens für dringenden gesellschaftlichen Wandel blockiert, warnte der SPD-Vorsitzende Kurt Beck auf der Podiumsveranstaltung des Managerkreises am 22. Januar in Berlin. Rund 350 Teilneh-

mer waren zur Diskussion über die „Soziale Gerechtigkeit morgen“ in die FES gekommen. Für den Managerkreis hat die Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt Vorrang vor Ergebnissgerechtigkeit, die im schlimmsten Fall eine für Individuen anreizlose Verteilung von Einkommen als gerecht ansieht.

Arbeit müsse deshalb lohnender werden und auf jeden Fall den Vorrang vor staatlichen Transferleistungen haben. Lohnergänzungsleistungen sei deshalb immer der Vorzug vor Lohnersatzleistungen zu geben. Ulrich Pfeiffer, Sprecher des Managerkreises, verwies insbesondere auf notwendige Maßnahmen zum Umbau der Sozi-

alsysteme sowie zur Optimierung des Bildungswesens. Als wirtschaftspolitische Strategie formuliert der Managerkreis eine neue Wachstumspolitik von links, die alle Anreize, den Sozialstaat ohne Not zu belasten, eliminiert.

MEHR ZUM THEMA

Das Thesenpapier unter: www.managerkreis.de

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Im Gesprächskreis „Moderne Produktion in Berlin“ des Arbeitsbereichs BerlinPolitik der FES wurde das Thema **Von der Innovation zum Lead Market** – Wege der konkreten Umsetzung diskutiert. Die Idee eines „Lead Markets“ mit der öffentlichen Hand als „Lead Customer“ regt die Schaffung innovativer regionaler Wertschöpfungsketten an. Konkret wurde das Thema mit Blick auf den Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI) und die Nutzung universitärer Kompetenzen für dieses Investitions- und Innovationsvorhaben besprochen. Ergebnis dieser Debatte ist ein in Gang gesetzter Dialog zwischen den Berliner Universitäten und der Flughafengesellschaft. + + +

FES-Gesprächskreis zu Verbraucherschutz bei Kundenkarten und RFID-Chips

Auf dem Weg zum gläsernen Verbraucher

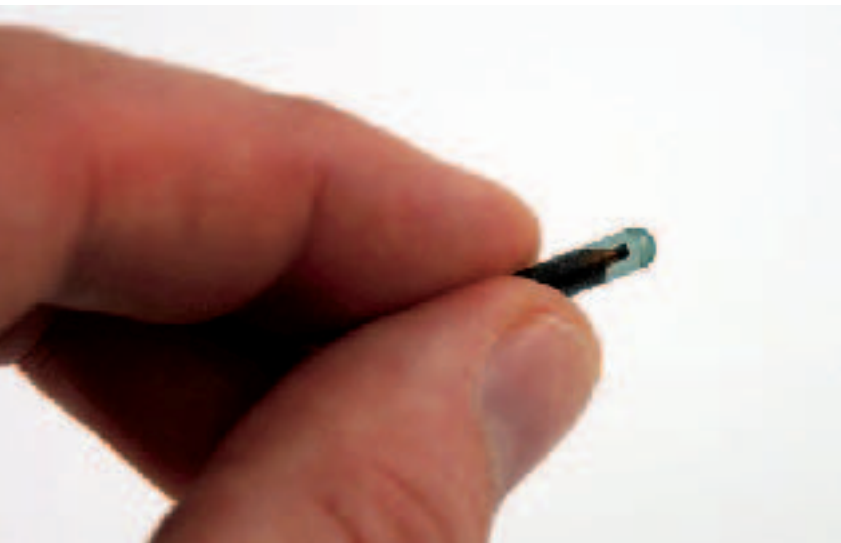
— ÜBER DEN VERBRAUCHER WERDEN IMMER MEHR INFORMATIONEN GESAMMELT. Datensammler des 21. Jahrhunderts ist nicht allein der Staat, Datensammler sind in immer stärkerem Maß auch Unternehmen; Anlass für den FES-Gesprächskreis Verbraucherpolitik, dieses Thema am 6. Dezember 2006 in Wuppertal aufzugreifen.

So gibt es inzwischen allein in Deutschland rund 100 Millionen Kundenkarten, mit deren Hilfe Unternehmen eine Vielzahl persönlicher Daten und Informationen über das Kaufverhalten von

frequenz-Identifikation. Mit einem solchen Chip ausgestattete Ware kann auf ihrem Weg mühelos verfolgt werden. Per Funkerkennung können Waren und Objekte automatisch identifiziert und

weit wie möglich ausgeschlossen ist“, erklärte Jürgen Karwelat, Leiter des Referats Verbraucherschutz in der Informations- und Dienstleistungsgesellschaft beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Kritisiert wurde die mangelnde Transparenz der Einwilligungserklärungen, so dass von freiwilliger Zustimmung und be-

wusster Entscheidung der Kunden für die Nutzung ihrer persönlichen sowie ihrer konsumbezogenen Daten keine Rede sein könne. „Fakt ist, dass die Datenerfassung und -verarbeitung schon heute zu negativen Effekten für die Verbraucher führen kann“, illustrierte Dr. Christian Thorun von der Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. an mehreren Beispielen. Die Verbraucherzent-



RFID-Chips halten unauffhaltsam Einzug in Wirtschaft, Wissenschaft und öffentliche Einrichtungen (Foto: albln-fotolia)

Kunden erhalten können. Vorausgesetzt, sie stimmen zu, dass ihre Daten für Werbe- und Marktforschungszwecke verwendet werden dürfen. Vielfach unbekannt sind die so genannten RFID-Chips, die unauffhaltsam Einzug in Wirtschaft, Wissenschaft und öffentliche Einrichtungen halten. RFID steht für Radio-

lokalisiert werden, das bedeutet, es kann auch unbemerkt und ohne Wissen der Betroffenen passieren. „Jede Datenerhebung birgt die Gefahr, dass die Daten auch zu anderen Zwecken verwendet werden als zunächst beabsichtigt. Daher sollte schon die Erhebung von Daten so beschränkt werden, dass Missbrauch so

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Orientierung und Hilfestellung wollten die Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt und die „ZEIT“-Journalistin Christiane Greife auf der Veranstaltung „Globalisierung und Alltag“ des Fritz-Erler-Forums Baden-Württemberg geben. Sie machten deutlich, dass der Alltag der Menschen von Vor- und Nachteilen des weltweiten Freihandels geprägt ist. Sorge bereitet vor allem die zunehmende Dominanz der Wirtschaft und der damit einhergehende Machtverlust von Nationalstaaten und ihrer Politik. Für Evelyne Gebhardt ist klar: „Die Menschen fühlen sich machtlos und müssen mehr Möglichkeiten zur Mitgestaltung erhalten.“ Ebenso müsse von der Wirtschaft mehr Verantwortung für das Gemeinwohl eingefordert werden: „Die Wirtschaft muss für die Menschen da sein, nicht umgekehrt.“ + + +

ralen würden zurzeit mit Beschwerden über ungewollte Werbeanrufe überhäuft. Viele Verbraucher seien erstaunt darüber, über wie viele Informatio-

nen der Anrufer bereits verfügt. Während Verbraucher- und Datenschützer umfassende Regelungen im Zusammenhang mit der Nutzung

von RFID-Chips forderten, sahen Anwender und Hersteller von RFID keinen Handlungsbedarf. In Deutschland seien die datenschutzrechtli-

chen Rahmenbestimmungen so eindeutig, dass eine missbräuchliche Verwendung der RFID-Technik eigentlich ausgeschlossen sei.

Wer bietet weniger?

— INTERVIEW MIT JÖRG-OTTO SPILLER, MdB und finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, über den Steuerwettbewerb in Europa

Die Debatte um den europäischen Steuerwettbewerb ist aktueller denn je. Durch die EU-Osterweiterung hat sich die Konkurrenz zwischen den EU-Staaten immer weiter verschärft – die Folge ist ein „race to the bottom“ bei den Unternehmenssteuern. Ist dadurch der Wohlfahrtsstaat bedroht? Wie lässt sich verhindern, dass sich die Steuerlast immer mehr auf Arbeit und Konsum verschiebt? Der Arbeitsbereich Internationale Politikanalyse der FES hat sich zum Ziel gesetzt, Antworten auf diese Fragen zu finden und das Thema zum Schwerpunkt für 2007 zu machen. Auftakt für das Projekt war die Konferenz „Harmonisierung – Kooperation – Wettbewerb. Steuerpolitische Vorschläge in und für Europa“ am 4. und 5. Dezember 2006 in Berlin. Christian Kellermann und Jana Zitzler haben mit einem der Teilnehmer, dem Bundestagsabgeordneten Jörg-Otto Spiller, gesprochen.

FES: Was sind die Folgen einer offensiven Niedrigsteuerstrategie in Europa?

SPILLER: „Das System von Wirtschaftsförderung innerhalb der Europäischen Union kommt ins Schwanken. Und dass man am Anfang hin- nimmt, dass ein Land, das einen hohen Nachholbedarf hat, eben solche Lockvogelangebote macht, das mag sein. Irland ist da sehr erfolgreich gewesen. Ich glaube, dass die meisten Mitglieder der EU dankbar dafür waren, dass Irland zu wirtschaftlicher Dynamik gefunden hat, aber das ist kein Dauerzustand. Es kann nicht sein, dass



Länder auf die Erhebung einer angemessenen Unternehmenssteuer verzichten und erwarten, dass die übrigen Länder der Gemeinschaft ihre Infrastruktur bezahlen.“

FES: Befürworten Sie Mindestsätze für die Unternehmensbesteuerung in Europa?

SPILLER: „Dafür muss man erst einmal die einheitliche Bemessungsgrundlage haben. Dann könnte es auch sinnvoll sein, über Mindestsätze nachzudenken. Rein verfahrensmäßig könnte ich mir die Konstruktion so ähnlich vorstellen wie heute bei der Gewerbesteuer in Deutschland: einheitliche Regeln zur Ermittlung der Bemessungsgrundlage; Entscheidung vor Ort über den Steuersatz, bei den Steuersätzen also durchaus Vielfalt; allerdings darf ein Mindestsatz nirgendwo unterschritten werden.“

FES: Wie stehen die Chancen zu einer Regelung für eine gemeinsame Bemessungsgrundlage der Unternehmenssteuern in Europa zu kommen?

SPILLER: „Bis eine solche Regelung in Kraft tritt, wird es noch etwas länger dauern. Aber dass die gewiss schwierigen Vorarbeiten der Expertenrunden in Brüssel so gedeihlich vorankommen, dass die Kommission Ende 2008/Anfang 2009 einen konkreten Vorschlag unterbreiten kann, hoffe ich sehr. Es hat keinen Zweck, die Dinge zu vertagen. Es wird Widerstände und Zögern geben, aber wir müssen das Projekt vorantreiben. Ich glaube, es kann auch gut gelingen, dafür Partner in Europa zu finden.“

WEITERE INFORMATIONEN

www.fes.de/internationalepolitik

Anwendungsperspektiven
der Präimplantations-
diagnostik in Europa

Verbot überdenken?

— MIT HILFE DER PRÄIMPLANTATIONS-DIAGNOSTIK (PID) können genetisch vorbelastete angehende Eltern zu einem sehr frühen Zeitpunkt feststellen lassen, ob der Embryo eine erblich bedingte Krankheit in sich trägt oder nicht.

In Deutschland ist dieses Verfahren jedoch verboten, da es

bewahrheitet. Prof. Dr. Irmgard Nippert von der Universität Münster hat diese Frage in ihrem von der FES in Auftrag gegebenen Gutachten „Präimplantationsdiagnostik – ein Ländervergleich“ in Belgien, Frankreich und Großbritannien untersucht. Trotz der erheblichen Unterschiede bei den gesetzlichen Regelungen und den gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen hat sich PID jedoch in keinem Land zu einem Massenphänomen entwickelt. Im Gegenteil – die Anwendung von PID unterliegt strengen Kontrollen und aufwändigen Zulassungsverfahren. Das PID-Verbot hierzulande führt dazu, dass deutsche Paare gezwungen sind, die Untersuchung im Ausland vornehmen zu lassen. Etwa die Hälfte aller „PID-Touristen“, die belgische Institute aufsuchen, kommen aus Deutschland. Gibt es also Anlass, das PID-Verbot in Deutschland zu über-

denken? Diese Frage stand im Mittelpunkt der FES-Fachkonferenz „PID -Anwendungsperspektiven in Europa“. Prof. Braude vom King's College in London und Prof. Dietrich, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie, plädierten aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung mit Betroffenen für eine Zulassung. Für Frauen, die bereits ein schwer erkranktes Kind haben oder früh verloren haben, stellt PID eine weniger belastende Alternative dar als Untersuchungen während der Schwangerschaft mit dem Risiko einer späten Abtreibung. Auch Ethiker befürworten z.T. eine vorsichtige Erlaubnis von PID. Der evangelische Theologe Prof. Dr. Hartmut Kreß von der Universität Bonn hält dies für vertretbar, da neben dem Schutz des Embryos auch der Gesundheitsschutz der Frau eine Rolle spielt. Selbst Kritiker einer

PID-Zulassung wie der katholische Theologe Prof. Dietmar Mieth, Eberhard-Karls-Universität Tübingen, signalisieren Offenheit, über eine Änderung der derzeitigen Rechtslage zu diskutieren. Denn das geltende Recht schützt den Embryo im Reagenzglas besser als den Fötus im Mutterleib. Dieser Widerspruch sollte aufgelöst werden. Wolf Michael Catenhusen, Staatssekretär a.D., sieht Chancen für Deutschland, den Umgang mit der PID zu überdenken.

MEHR ZUM THEMA

www.fes.de/biotech

Gutachten von Prof. Nippert: „Präimplantationsdiagnostik – ein Ländervergleich: die aktuelle Situation hinsichtlich der gesetzlichen Regelung, der Anwendung und der gesellschaftlichen Diskussion in Belgien, Frankreich und Großbritannien“
<http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/04250.pdf>

als unvereinbar mit dem Embryonenschutzgesetz gilt. In anderen europäischen Ländern wird PID dagegen seit Jahren praktiziert. Die Befürchtungen der PID-Gegner, dass die Zulassung eine ungebremste Embryonenauswahl nach sich zieht, hat sich nicht

Gesellschaftliche Verantwortung und Unternehmensführung

„Profitstreben kann nicht ausschließliches Ziel eines Unternehmens sein“, betonte Bischof Dr. Reinhard Marx vor der Regionalgruppe NRW des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung. Nach Ansicht von Marx, der als Hauptredner in die katholische Akademie nach Mülheim an der Ruhr kam, stehe die Kapitalrendite vor al-

lem bei Großunternehmen im Mittelpunkt des Wirtschaftens. Die nahezu 250 Gäste waren jedoch genauso wie Bischof Marx überzeugt davon, dass Unternehmer und Vorstände eine immer größere Verantwortung trügen. Wirtschaftsprozesse würden aufgrund von Globalisierung, zunehmenden Umweltanforderungen, schnellerer

Informations- und Kommunikationstechnologie immer komplexer. Trotzdem und gerade deshalb dürfe es in Unternehmen keine „ethikfreien“ Räume geben, so Marx. Die von Marx angesprochenen Leitbilder gäbe es bereits in den meisten Unternehmen, erwiderte Christoph Dänzer-Vanotti, einer der Sprecher des Ma-

nagerkreises und Mitglied des Vorstands der E.ON AG in Düsseldorf. So habe man bei E.ON entschieden, auf einen langfristigen Unternehmensbestand und nicht auf das kurzfristige Ziel einer hohen Kapitalrendite zu setzen.

MEHR ZUM THEMA

www.managerkreis.de

Politik-, partei- oder gar nicht verdrossen?

Trotz eines leichten Anstiegs bewege sich das Interesse der Jugendlichen an Politik weiter auf historisch niedrigem Niveau, erklärte Dr. Gudrun Quenzel, Mitautorin der 15. Shell-Jugendstudie, anlässlich einer Tagung des FES-Forums Politik und Gesellschaft am 4. Dezember. Sie wies darauf hin, dass insbesondere Parteien auf der Vertrauensskala junger Menschen am unteren Ende rangieren. Zumindest im europäischen Vergleich gehörten die deutschen Jugendlichen je-

doch zu den politisch Interessierteren, wie Sabine Westphal, Projektkoordinatorin der EUYOPART-Studie, betonte. Die intensive Diskussion zwischen den Jugendlichen, Wissenschaftler/innen, Politiker/innen und Mitgliedern von Jugendverbänden offenbarte Übereinstimmungen, aber auch interessante Abweichungen zu den Ergebnissen der vorgestellten Studien. Als politisch interessiert würden die Schüler/innen sich demnach durchaus bezeichnen. Themen, die ihnen am

Herzen liegen, sind z. B. der Tier- und Umweltschutz, die Außenpolitik und der Kampf gegen Rechtsextremismus. Die geäußerten Gründe für das Misstrauen gegenüber den politischen Parteien blieben eher auf der Gefühlsebene: „Die nehmen uns ja eh nicht ernst“, oder „Politiker reden nur viel“, waren oft zu hörende Kommentare. Kerstin Griesse, MdB und Vorsitzende des Jugendausschusses im Bundestag, machte deutlich, dass Engagement in einer Partei auch die Möglichkeit,

Veränderungen zu bewirken, mit sich bringt. Fünf Teilnehmer/innen können sich von der Arbeit einer Abgeordneten bald selbst ein Bild machen: Sie wurden von Kerstin Griesse eingeladen, einen Tag lang im Bundestag ihre Arbeit zu begleiten.

MEHR ZUM THEMA

Ergebnisse der EUYOPART-Studie: www.sora.at/de/start.asp?b=14

Ergebnisse der Shell-Studie: www.shell.de

Jugendliche erarbeiten
Agenda für die deutsche
EU-Ratspräsidentschaft

Europa auf Kurs gebracht

— DAS FORUM POLITIK UND GESELLSCHAFT hat den Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zum Anlass genommen, einmal genauer nachzufragen: Welches Europa wünscht sich die junge Generation? Decken sich die Prioritäten aus deutschen Ministerialbüros mit dem, was den jungen Europäer/innen unter den Nägeln brennt? Wie sähe die Präsidentschaftsagenda aus, wenn die Jugend das Sagen hätte?

Im Rahmen der Tagung „Wir bringen Europa auf Kurs! Eine junge Agenda für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft“ am 23. Januar in Berlin kamen zunächst ca. 60 Studierende und junge Erwachsene in einem Europe-Café zusammen. Sechs thematische Prioritäten wurden bestimmt und heiß diskutiert. Von der Vermittlung europäischer Politik, über das Europäische Sozialmodell, die Asyl- und Flüchtlingspolitik, Klimaschutz und Energiepolitik bis hin zur Gemeinsamen Außenpolitik und dem Aktionsbereich Jugend und Bildung: für die jungen Teilnehmer/innen liegt die Zukunft Europas eindeutig in konkreten Projekten und pragmatischen Initiativen, die den Mehrwert Europas im Alltag spürbar machen. Diese Sicht auf Europa war im zweiten Teil der Tagung Gegenstand einer öffentli-

chen Diskussionsveranstaltung, die den Verfasser/innen der Agenda Gelegenheit bot, ihre Ziele und Forderungen mit Entscheidungsträger/innen zu diskutieren.



Jugendliche erarbeiteten einen Katalog der Aufgaben, die sie in und von Europa gelöst sehen wollen (Foto: Liebe).

nen zu diskutieren. „Die Themen der jungen Agenda sind genau richtig gesetzt“, urteilte der Direktor des Walter-Hallstein-Instituts für Europäisches Verfassungsrecht, Prof. Ingolf Pernice. Die Agenda verliere sich nicht in irrelevanten Grundsatzzfragen, sondern werfe einen Katalog der Aufgaben auf, für die die Jugend Europa heute und in Zukunft brauche. Dr. Angelica Schwall-Düren, MdB

und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, schloss sich den Forderungen der jungen Agenda nach verbindlichen sozialen Mindeststandards in

Europa an und betonte, dass dadurch die angestrebte Angleichung der Lebensstandards vorangetrieben werden könne. Dr. Gerhard Sabathil, Leiter der Kommissionsvertretung in Deutsch-

land, unterstrich seinerseits die Notwendigkeit einer besseren Vermittlung europäischer Politik und begrüßte die Initiativen der Teilnehmer/innen, die u.a. eine stärkere Berücksichtigung Europas in den Unterhaltungsmedien fordern. Auch mit ihrem Themenkatalog zur Energie- und Klimapolitik deckt sich die junge Agenda generell mit den Prioritäten der deutschen Präsidentschaft, wie Dr. Hardy Böckle, stellvertretender Leiter des Arbeitsstabs EU-Ratspräsidentschaft im Auswärtigen Amt, betonte.

MEHR ZUM THEMA

<http://library.fes.de/pdf-files/do/04332.pdf>

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Seit Ende des Jahres 2006 bietet das FES-Landesbüro Thüringen allen Schulen des Freistaats **politische Bildung für Schulen und Jugendliche**. In den ersten zwei Monaten des Jahres 2007 wurden sechs Veranstaltungen mit knapp 500 Schülern und Jugendlichen durchgeführt. Zu den Veranstaltungsformen gehören Gespräche mit Aussteigern aus der rechtsextremen Szene, Schülerzeitungsseminare oder Theaterworkshops. Das Planspiel Kommunalpolitik und die Jugendplanungszelle ermöglichen eine spielerische Annäherung an die Kommunalpolitik. + + +

Hitzige Debatten über Europa

„Bildungsoffensiven und verbesserte Sozialstandards, europaweite Mindestlöhne, weitere und tiefgreifendere energiepolitische Maßnahmen, Abschaffung der Atomkraft“ und vieles weitere wurde auch schon am 15. Dezember bei der Abschlusskonferenz des internetbasierten Planspiels *meet europe!* für die Zukunft Europas unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft gefordert. Schüler/innen aus ganz Nordrhein-Westfalen verabschiedeten nach hitzigen Debatten ein gemeinsames Communiqué. Die Delegierten waren aus Bad Honnef, Duisburg, Gütersloh oder Paderborn angereist, um bei der simulierten Abschluss-

konferenz in der FES in Bonn zu gemeinsamen Entscheidungen und Zielen zu gelangen. Die Abschlusskonferenz – ein simulierter EU-Gesamt-Gipfel –, bei dem die Schüler/innen das erste Mal leibhaftig zusammentrafen, war zugleich Höhepunkt und Ende der fast zweimonatigen virtuellen Diskussionen. Zwölf verschiedene Politik- oder Sozialwissenschaftskurse hatten sich für *meet europe!* angemeldet. Die ca. 200 Schüler/innen zwischen 15 und 19 Jahren schlüpfen in die verschiedenen Rollen und diskutierten als Kommission, Europäisches Parlament, Ministerratsvorsitz Deutschland oder einer der Mitgliedsstaaten.

Inhaltliche Schwerpunkte waren globale Ressourcenknappheit und die Sicherheit der Energieversorgung, das Europäische Wirtschafts- und Sozialmodell, die Lissabon-Strategie, die Wirtschafts- und Währungsunion, EU-Umweltpolitik und Erweiterung der EU. Positionen und Stellungnahmen zu den verschiedenen Politikfeldern wurden online ausgetauscht. Bilaterale Gespräche, Pressemitteilungen, Gesamtkonferenzen in Form von Chats – die Homepage www.meet-europe.org war der zentrale Vermittlungsknoten. Bei dem simulierten EU-Gipfeltreffen fanden die Schüler/innen Unterstützung bei Gesprächspartner/innen

aus europäischen und deutschen Institutionen. So skizzierte Barbara Gessler, Leiterin der Vertretung der EU-Kommission in Bonn, einige zentrale europäische Fragestellungen und Problemfelder und zeigte die Erwartungen an die deutsche Ratspräsidentschaft auf. Auch die Europaabgeordnete Mechthild Rothe war eigens angereist, um mit den Schüler/innen über die europäischen Realitäten in Brüssel und Strassburg zu diskutieren. Sie beendete den langen Tag mit der feierlichen Ernennung der Schüler/innen zu EU-Botschaftern *meet europe!* 2006 und der Übergabe der Zertifikate für Schulen und Schüler/innen.

FES + + + TELEGRAMM

+++ „**Anerkennung selbst erfahren – die Gleichwertigkeit anderer respektieren**“, unter diesem Titel fand die Abschlusstagung der Standpunktreihe 2006 des FES-Arbeitsbereiches Berlin Politik statt. Die Teilnehmer/innen suchten nach Antworten auf die Fragen: Sind Jugendeinrichtungen und Schulen Orte der Demokratie oder Orte der Unterordnung? Wie demokratisch sind diese Institutionen organisiert? Welche Veränderungen sind nötig, damit die Anerkennung aller gesichert und demokratische Beteiligung für alle zugänglich wird? + + +

(Foto: Himself)



+ + + Das Leben einer jungen Pakistanerin zwischen zwei Kulturen in England zeigt der Film „Yasmin“: 1500 Berliner Schüler/innen wollten ihn sehen, aber das **FES-Forum Politik und Gesellschaft** hatte nur für 1000 Platz. Die anschließende Diskussion machte sehr deutlich, wie schwierig die Kommunikation zwischen den Schüler/innen ist. So warf eine muslimische Schülerin einem Deutschen vor, während des Films unpassend gelacht zu haben. Ein muslimischer Schüler beklagt sich: „Wenn ich mich drei Tage nicht rasiert habe, guckt ihr mich an wie einen Terroristen!“ Sanem Kleff, Landeskoordinatorin von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, ermutigte die Schüler/innen sich für einen interkulturellen Dialog zu engagieren statt in gegenseitig anklagender Passivität zu verharren. + + +

Rollenbilder in den Religionen

Religiöse Traditionen prägen vielfach nach wie vor die gesellschaftlichen Vorstellungen von Werten und von Moral. Dies ist auch in Bezug auf das Geschlechterverhältnis zu beobachten. Häufig sind es religiös motivierte Rollenbilder, die als Ursache für die Diskriminierung der Frau in bestimmten Bereichen gelten können. Vor diesem Hintergrund organisierte das FES-Forum Politik und Gesellschaft in Kooperation mit dem Marie-Schlei-Verein im Dezember 2006 einen interreligiösen Frauendialog über „Geschlechterrollenbilder in den Religionen“. Prof. Monika Wohlrab-Sahr von der Universität Leipzig wies in ihrem Impulsreferat darauf hin, dass es Geschlechtertrennung und traditionelle Rollenverständnisse in allen religiösen Kontexten gebe. Die Aufklärung gegen die im religiösen Traditionalismus verankerten Geschlechterrollenbilder fände ihre Grenzen, nicht in den Quellen so Wohlrab-Sahr, sondern in den Frauen, die sich diesen

Traditionalismus zu Eigen machten. Zum Teil geschehe dies aus durchaus nachvollziehbaren Gründen: Religiös sanktionierte Grenzziehungen zwi-



Im Dialog: Dr. Katajun Amirpur, Islamwissenschaftlerin, Barbara Traub, ehemalige Vorstandssprecherin der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg, Shelly Kupferberg, Rundfunk Berlin-Brandenburg/DeutschlandRadio Kultur (Moderatorin) (Foto: Liebe)

schen den Geschlechtern – z.B. das Tragen eines Kopftuches oder die Geschlechtertrennung in Schulen oder Gebetsräumen – könnten Frauen gewisse Freiräume eröffnen.

■ Die Vertreterinnen vier verschiedener Glaubensrichtungen – Judentum, Islam, Katholizismus und Protestantismus – waren sich einig, dass das Frauenbild der drei großen monotheistischen Religionen große Ähnlichkeiten aufweise.

Die Islamwissenschaftlerin Katajun Amirpur wies auf die sozialrevolutionäre

und feministische Botschaft des Koran zum Zeitpunkt seines Entstehens hin. Frauenfeindliche Tendenzen seien erst im Laufe der Jahrhunderte hi-

neininterpretiert worden. Es sei ein Fehler, so Amirpur, sich heute an den Wortlaut des Korans zu klammern; das damalige Fortschrittsdenken müsse analog auf die gegenwärtige Situation angewendet werden.

Amirpur forderte die Musliminnen dazu auf, eigene Deutungen des Korans zu erarbeiten. Magdalena Bogner, Bundesvorsitzende der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands, unterstrich, dass der Verlauf der Kirchengeschichte eine „Leidensgeschichte“ für

die katholischen Frauen sei; bis heute hätten diese unter einer paradoxen Situation zu leiden: Die Kirche, zu der die Frauen sich zugehörig fühlten, grenze sie in vielen Bereichen aus. Die Mehrheit der katholischen Frauen, so Bogner, halte das Zölibat und den Ausschluss der Frauen vom Priesteramt für überholt. Barbara Traub, ehemalige Vorstandssprecherin der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg, betonte, dass das orthodoxe Judentum, das Frauen bis heute nicht zu religiösen Ämtern zulasse, deshalb nicht negativ zu sehen sei. Für viele Menschen, insbesondere in der Diaspora, stelle es einen wichtigen Teil ihrer Identität dar und biete Halt. Professorin Johanna Haberer, evangelische Theologin an der Universität Erlangen, bezeichnete die Ausgrenzung der Frauen eine „Selbstschwächung“ der jeweiligen Religionsgemeinschaft.

Sprache als Schlüssel für den Schulerfolg

Im deutschen Bildungssystem ist Chancengleichheit nicht verwirklicht. Dies belegen verschiedene internationale Vergleichsstudien. Die ethnische und soziale Herkunft der Schüler ist mit entscheidend für den Schulerfolg. Im Rahmen einer Konferenz zum Thema „Schule in der Einwanderungsgesellschaft,“ zeigte Prof. Dr. Klaus Klemm am 3. Februar in Bonn anhand der Ergebnisse von PISA und IGLU, dass Kinder aus unteren Sozialschichten und Schüler, deren beide Elternteile im Ausland geboren sind, im deutschen Schulsystem gravierende Benachteiligungen er-

fahren. Besorgniserregend ist, dass die Benachteiligungen der Schüler mit Migrationshintergrund im Laufe der Bildungskarrieren zunehmen. Deshalb sieht Britta Altenkamp, stellvertretende Vorsitzende der SPD-NRW, in der Reform des Bildungssystems eine vordringliche politische Aufgabe. Prof. Dr. Ingrid Gogolin plädierte für eine durchgängige Sprachförderung. Die Etappen des dreigliedrigen deutschen Bildungssystems seien zu kurz, um für Schüler mit Migrationshintergrund eine nachhaltige Sprachförderung zu verwirklichen. Wie ein Konzept der interkulturellen Erziehung im

Grundschulbereich aussehen kann, erläuterte Franz Legewie, Rektor der städtischen Gemeinschaftsgrundschule An St. Theresia in Köln. Dort hat das Kollegium gemeinsam mit muttersprachlichen Lehrern pädagogische Ansätze entwickelt, die Sprachkompetenz der Schüler in zwei Sprachen zu verbessern. Wichtig sei eine intensive Elternarbeit und eine permanente Qualifizierung der Lehrer. Die vielfältigen bildungs- und integrationspolitischen Aspekte der „Realität Einwanderungsgesellschaft“ waren auch Thema einer Sitzung des Netzwerk Bildung der FES am 8. Februar in der

Berlin. Der Berliner Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Prof. Dr. Jürgen Zöllner, plädierte für ein klares Bekenntnis zu Toleranz und Vielfalt. Konflikte über die gesellschaftliche Ausgestaltung von

MEHR ZUM THEMA

Gutachten „Segregation in den Städten“, von Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier, Gesprächskreis Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung. Volltext online: <http://library.fes.de/pdf-files/as-fo/04168.pdf>

Verschiedenheit seien unabdingbar in einer Einwanderungsgesellschaft und stellen keinen Beleg für ihr Scheitern dar.

Preis für Deutsch-Türkische Kulturwochen

Die Deutsch-Türkischen Kulturwochen in München wurden von der Initiative „Deutschland- Land der Ideen“ als „Ausgewählter Ort 2007“ ausgezeichnet. Die Preisverleihung durch einen Vertreter der Deutschen Bank fand vor über 250 Gästen während der Eröffnungsveranstaltung am 5. Februar im Bayerischen Landtag in Anwesenheit des türkischen Generalkonsuls Bilgic und des Fraktionsvorsitzenden der SPD im Bayerischen Landtag Franz Maget statt. Die Deutsch-Türkischen Kulturwochen finden 2007 bereits zum siebten Mal statt. Unter der Schirmherrschaft des Münchner Oberbürgermeisters Christian Ude, des türkischen Botschafters in Deutschland, Mehmet Ali İrtemçelik, und Franz Maget wird ein

vielseitiges Programm geboten. Klassische Musik, Jazzabende und Lesungen sowie Podiumsdiskussionen, Konferenzen und Gesprächsrunden sollen die türkische Kultur den Deutschen näher bringen. Den Abschluss bildet die Verleihung des Deutsch-Türkischen Freundschaftspreises am 24. Mai in München. Veranstaltet werden die Kulturwochen von der Deutsch-Türkischen Freundschaftsföderation (DTF) e.V., dem BAYERNFORUM der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie der Stelle für Interkulturelle Arbeit der Landeshauptstadt München.

MEHR ZUM THEMA

www.bayernforum.de

125 JAHRE VERLAG J.H.W. DIETZ NACHFOLGER

Unvergessene Gesichter der Arbeiterbewegung

J. H. W. Dietz Nachfolger, ein kleiner Verlag mit großer Geschichte und sozialdemokratischer Tradition, wird 125 Jahre alt. Zum Jahresende 2006 hatte im Berliner Haus der



„Geburtsstagsfeier“ in Bonn: Die Festrede hielt der Historiker Prof. Dr. Peter Brandt.

FES u.a. der Parteivor-sitzende der SPD, Kurt Beck, den Beitrag gewürdigt, den dieser Verlag für die Sicherung und Weiterentwicklung von Theorie und Praxis der sozialen Demokratie in Deutschland geleistet

hat. Im Februar wurde nun in Bonn dieser Geburtstag mit über 300 Vertretern des politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Lebens gefeiert.

Die Ausstellung der Bibliothek der FES „Ein Verlag zeigt sein Gesicht – 125 Jahre J. H. W. Dietz“ ist jetzt auch in Bonn zu besuchen. Neben Exponaten zur interessanten Verlagsgeschichte und seinen illustren Autoren sind seltene alte Titel zu sehen, darunter Meisterwerke der Buchkunst des frühen 20. Jahrhunderts. Dr. Rüdiger Zimmermann, Leiter der Bibliothek, führte in die Ausstellung ein.

Die Festrede hielt der Historiker und Dietz-Autor Professor Dr. Peter Brandt (Fernuniversität Hagen). Sein Vortrag über die Entwicklung der Schriftkultur von den Anfängen der Zivilisation bis zum Erwachen der Arbeiterbewegung spannte einen anspruchsvollen Bogen

über die Jahrtausende. Brandt unterstrich auch, wie einst bereits Iring Fetscher betont hatte, dass die Geschichte des demokratischen Sozialismus in Deutschland ohne den Verlag J. H. W. Dietz nicht zu denken ist. In einem Grußwort erinnerte die Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann an den Namensgeber Johann Heinrich Wilhelm Dietz: „Er öffnete 1881 einen neuen Raum für den sozialdemokratischen Diskurs. Er gab Autoren wie Karl Marx, Karl Kautsky, August Bebel, Adolf Grimme und Rosa Luxemburg ein Forum und dokumentierte in seinen Schriften politische Auseinandersetzung. Viele Publikationen dieser Anfangsjahre zählen inzwischen zu den Standardwerken der Sozialdemokratie. Heute gehört der Verlag J. H. W. Dietz Nachf. in Bonn zur Friedrich-Ebert-Stiftung. Ohne ein Partei-

verlag zu sein, setzt er die gute Tradition von Debatte und Diskurs, von Auseinandersetzung und Impulsen fort. Zum Verlagsprogramm gehören Nachschlagewerke wie das Archiv für Sozialgeschichte ebenso wie Titel zu Zukunftsfragen oder die Berliner Reihe der Werke Willy Brandts.“ Dr. Roland Schmidt, Geschäftsführer der FES, unterstrich die Bedeutung, die die Verlagsarbeit auch für die grundsätzlichen Ziele der Friedrich-Ebert-Stiftung hat. Der Verlag hat den Anspruch, Beiträge zu leisten, um die Verbindung zur Geschichte der Arbeiterbewegung herzustellen, die soziale Gestaltung der Globalisierung sowie nachhaltige und geschlechtergerechte Politik zu fördern und die Dimensionen in Gesellschaft, Politik und Kultur von sozialer Demokratie zu reflektieren und weiterzuentwickeln.

Dichtung und Wahrheit

Drei Neuerscheinungen in der Kurt-Schumacher-Akademie: Werner Biermann, Filmemacher und Sachbuchautor, Klaus Modick, Romancier, und Bernd

Schroeder, Romanautor und Drehbuchautor, stellten in der Kurt-Schumacher-Akademie in Bad Münstereifel ihre neuen Titel vor.

So verschieden ihre Bücher auch sind, es gibt eine verbindende Klammer. Sie gewinnen ihre Spannung aus dem Kraftfeld von „Dichtung und Wahrheit“. Sie illustrieren auf sehr unterschiedliche Weise den Trend in Literatur, Theater und Film zur Dokufiktion.

Bernd Schroeder hat mit „Hau“ (Hanser) einen hochartifizialen und sehr erfolgreichen Dokumentarroman über einen realen Justizfall des vergangenen Jahrhunderts geschrieben, der auch in seinem Buch nicht abschließend geklärt wird. Schroeder verschmilzt Dokument und Fiktion, er nähert sich der Realität, ohne zu einer „Wahrheit“ zu gelangen.

Werner Biermann liefert mit seinem Buch „Strauß. Aufstieg und Fall einer Familie“ (Rowohlt Berlin) Biographie und Zeitbild der alten Bundesrepublik in einem. Er folgt streng der Realität, dokumentiert sie aber nicht protokollhaft, sondern erzählt sie so lebendig, dass sich sein politisches Sachbuch in weiten Passagen wie ein Roman liest. Verleger, die die Sucht der Leser nach authentischen Erinnerungen und Be-

kenntnissen bedienen, nimmt Klaus Modick in seinem Roman „Bestseller“ (Eichborn) satirisch auf die Schippe. Seine Fiktion basiert auf vielen teils mit Klarnamen, teils verschlüsselt dokumentierten kleinen und großen Literaturskandalen und mündet in der Pointe, dass die als Wahrheit verkaufte Fälschung zum denkbar größten Erfolg wird.



Autoren in Bad Münstereifel: (v. l.) Klaus Modick, Werner Biermann, Bernd Schroeder (Foto: Schmitz)

Geschichtswissenschaft im Umbruch?

Mit Blick auf die Herausforderungen durch die Globalisierung verfolgte Prof. Dr. Jürgen Kocka, Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin und Mitglied des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung, in seinem Vortrag im „Gesprächskreis Geschichte“ des Historischen Forschungszentrums in Bonn die Spuren der neueren Geschichtsschreibung. Er widmete sich darin der in letzter Zeit viel diskutierten Wendung in der Geschichtswissenschaft, die sich von der „Nation“ als erzählerischem Rahmen löst und sich stattdessen

auf die Verflechtungen zwischen Staaten und Gesellschaften konzentriert.

Für Kocka stellt dieser neue Ansatz noch längst keinen Umbruch in der Geschichte dar. Für viele Aspekte sei die sogenannte „Transnationalisierung“ eine Bereicherung der bisherigen Geschichtsschreibung, so beispielsweise für die Fragen von Grenzziehungen, sozialen Räumen und Migration, aber aus seiner Sicht bleibe die Nation die bestimmende Kategorie.

Der „Geist“ von Marx

„Marx ist ein Plural, eine Vielzahl von Geistern und Einflüssen“, so kommentiert Jacques Derrida in seinem Buch „Marx' Gespenster“ die Auseinandersetzung mit der Theorie von Marx und seinem Erbe. Derrida ist nur einer von vielen Künstlern, die sich im Rahmen des Projektes der Europäischen Kulturhauptstadt 2007 unter dem Titel „REMARX“ mit den Gespenstern des Marxismus beschäftigen.

REMARX ist ein Projekt der Gruppe kunstlauf in Zusammenarbeit mit dem Karl-Marx-Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung. Dabei geht es um die Auseinandersetzung mit Marx und seinem Geist, dem plötzlichen Auftauchen, Spuken und Verschwinden von

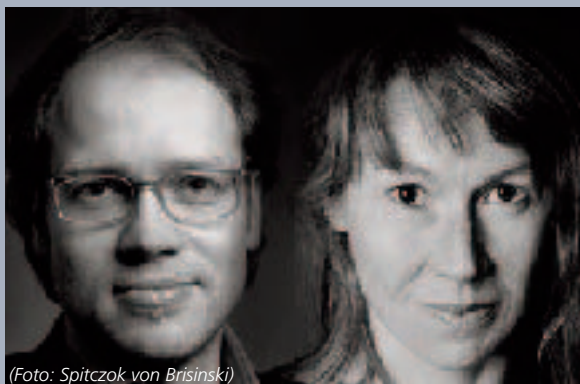
Gesellschaften, die sich auf einen bestimmten „Geist“ von Marx beriefen (und es in China immer noch tun). Robert Eikmeyer und Thomas Rummel lassen in der gleichnamigen Interviewreihe Philosophen, Wissenssoziologen, Historiker, Autoren und Künstler zu Wort kommen.

Bisher geführte Interviews im Internet unter www.remarx.de

Am 15. Mai 2007 wird eine Installation von Jonathan Meese im Karl-Marx-Haus eröffnet, „Die Getreidekammer möge uns regieren“, die diese Interviewreihe begleiten wird: „Ein Geist geht um in Europa...“

Bericht über die neue Armut

Nadja Klinger und Jens König erhalten den Preis der Friedrich-Ebert-Stiftung „Das politische Buch“



(Foto: Spitzczok von Brisinski)

Zwölf glänzend geschriebene Reportagen über Langzeitarbeitslose geben Einblick in prekäre Lebensverhältnisse in Deutschland. Nadja Klinger und Jens König machen in ihrem Buch „Einfach abgehängt. Ein

wahrer Bericht über die neue Armut in Deutschland“ (Rowohlt Berlin) Vorschläge zu einer „intelligenten Armuts politik“ im vollen Bewusstsein, dass auch sie den Stein der Weisen nicht gefunden haben.

Die Jury der Friedrich-Ebert-Stiftung verleiht dem Reportagenband den Preis „Das politische Buch“, weil „der schonungslose Blick auf die zunehmende Armut die Gefährdung von Freiheit und das Fehlen von Gerechtigkeit und Solidarität in unserer Gesellschaft offenbart.“

Nadja Klinger, geboren 1965 in Berlin, lebt dort als freie Autorin. Jens König, geboren 1964 in Berlin, leitet das Parlamentsbüro der Tageszeitung taz.

Der mit 10.000 EURO dotierte Preis „Das politische Buch“ wird traditionsgemäß im Mai im Berliner Haus der FES zum mahnenden Gedenken an die Bücherverbrennung im Jahr 1933 verliehen.

FES-BIBLIOTHEK

Kooperationsvertrag mit der ILO

Im Januar 2007 unterzeichneten Jim Baker, Direktor des Bureau for Workers' Activities of the ILO, und Dr. Rüdiger Zimmermann, Leiter der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, einen Kooperationsvertrag zur Fortsetzung und Vertiefung der erfolgreich begonnenen Zusammenarbeit im Rahmen des Forschungsnetzwerkes GURN (Global

Union Research Network). GURN wurde 2004 auf Initiative des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO/ILO), des Trade Union Advisory Committee to the OECD (TUAC) und des International Institute of Labour Studies (IILS) gegründet, um den Austausch zwischen

gewerkschaftlichen und gewerkschaftsnahen Forscherinnen und Forschern weltweit zu fördern. Die Bibliothek der FES bietet den GURN-Mitgliedern den kostenfreien Zugang zu ihrer Aufsatzdatenbank – und damit zu Beiträgen in rund 250 wissenschaftlichen Zeitschriften, ein Service besonders für kleinere gewerkschaftliche

Forschungseinrichtungen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Die Bibliothek baut ebenfalls eine Datenbank (<http://library.fes.de/gurn/>) auf, in der wissenschaftliche Publikationen von GURN-Mitgliedern als Volltexte gesammelt, bibliothekarisch erschlossen und so der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Es ist das Charakteristikum eines Geheimdienstes, dass er im Verborgenen arbeitet, doch der Präsident des Auslandsnachrichtendienstes Ernst Uhrlau erläuterte auf Einladung der FES in Thüringen im Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Carsten Schneider zunächst, wie streng die Arbeit des Bundesnachrichtendienstes rechtlich geregelt ist. Es gäbe kaum Spielraum für Aktionen, wie sie das Publikum aus Agententhrellern gewohnt ist. Auch die Kontrolle durch die

Gremien des Bundestages sei eng – aber hier sah Uhrlau ein Problem: Neuerdings trügen oft Mitglieder dieser Gremien Informationen nach außen, zu deren Geheimhaltung sie verpflichtet seien, und behinderten damit ernsthaft die Arbeit des Nachrichtendienstes.



FES + + + TELEGRAMM

+ + + Bisher habe man in der Region Leipzig/Halle die großen Potentiale für ein engeres Zusammenwirken der beiden Städte zwar erkannt aber nach wie vor zu wenig gemeinsam entwickelt, sagte die neu gewählte Hallenser Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados am 17. Februar bei einem **Forum der FES in Leipzig**. Selbstverständlich befänden sich beide Städte auch im Wettbewerb, aber man könne nur weiterkommen, wenn man auf Zusammenarbeit setze. Der mitteleuropäische Ballungsraum, so Dagmar Szabados, verfüge über eine starke Geschichte, an die es anzuknüpfen gelte. + + +

+ + + Die veränderten Sicherheitsbedürfnisse in der Welt standen im Mittelpunkt der öffentlichen **Vorlesungsreihe „Global Security“** des Julius-Leber-Forums, die in einer neuen Kooperation mit dem Institut für politische Wissenschaften an der Kieler Christian-Albrechts-Universität zum Wintersemester 06/07 angeboten wird. Alte und neue Herausforderungen für Frieden und Sicherheit wurden beleuchtet: Die Durchsetzungsfähigkeit des um die Dimensionen der Ökologie, Öko-

nomie und des Sozialen erweiterten Sicherheitsbegriffes in der internationalen Staatengemeinschaft wurde ebenso diskutiert wie das Szenario einer nuklearen Bewaffnung des Irans, der Faktor Energie sowie die Perspektiven von „Global Governance“. + + +

+ + + Die Angst vor islamistischem Terror, Konflikte im Nahen Osten oder der Karikaturenstreit – der Umgang zwischen der islamischen und westlichen Welt sorgt immer wieder für Zündstoff. Es gebe nur eine Welt, aber nicht nur eine Wahrheit, mahnte Bekir Alboga, Dialogbeauftragter der Türkisch-Islamischen Union auf dem **Podium des Fritz-Erler-Forums** in Mannheim. Der Bundestagsabgeordnete Lothar Mark drängte auf mehr politische Beteiligung der Migrantinnen und Migranten als wesentliche Voraussetzung für Integration. Er machte auch klar: „Die Herausforderungen im Interkulturellen Dialog sind älter als die Diskussion um einen Zusammenstoß der Kulturen. Sie zwingen uns zu einer neuen Auseinandersetzung, die vielstimmiger geworden ist und vom Blick über den Tellerrand lebt.“ + + +

Gefördert und ausgezeichnet

Zahlreiche Stipendiatinnen und Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung wurden auch 2006 mit akademischen Preisen ausgezeichnet:

Jochen Voit aus Jena erhielt auf dem 46. Deutschen Historikertag in Konstanz den Preis des Doktorandenforums für seine Arbeit über „Das singende Herz der Arbeiterklasse“, Kunst und Propaganda bei Ernst Busch (1900-1980). Eine politik- und kulturhistorische Biographie. + + + Andrea Lörincz (Augsburg) und Nunu Mchedlishvili (Freiberg) wurden mit dem DAAD-Preis ausgezeichnet. + + + Das Stipendium des „Preises der Deutschen Gesellschaft e. V.“, verliehen von Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, ging an den Promotionsstipendiaten Adrian Schaffranietz. + + + Nina Weimann bekam für ihre Magisterarbeit zum Thema „Betriebliche Mitbestimmung in ehemals kommunalen Energieversorgungsbetrieben“ den Preis des Sozialwissenschaftlichen Forschungszimmer der Universität Erlangen-Nürnberg. + + + Von der University of Kent wurde Kathrin Bierwirth der „John Burton Prize“ für ihr mit Auszeichnung abge-

schlossenes Politikstudium verliehen. + + + Für ihre Magister-Arbeit „Scottish Rights Vindicated – Identity and Nationalism in Mid-Nineteenth Century Scotland“ erhielt Tanja Bültmann den Preis der Fakultät für Linguistik und Literaturwissenschaft der Universität Bielefeld. + + + Für den Aufsatz „Auf in den Kampf! – Rein sportlich natürlich“ wurde Michael Ganter im Rahmen des Studierenden-Wettbewerbs 2006 in der Kategorie Essay/Reportage ausgezeichnet. + + + Den Wilhelm-Conrad-Röntgen Studienpreis erhielt der Diplomphysiker Tobias Dürig für seine Leistungen im Studium und insbesondere für seine Diplomarbeit mit dem Thema: Visualisierung Dynamischer Bruchprozesse bei Gläsern + + + Christian Nottmeier bekam den von der Heinrich-August-und-Dörte-Winkler-Stiftung ausgelobten Hans-Rosenberg-Gedächtnispreis 2006. + + + Wolfgang Gründinger wurde der Deutsche Studienpreis der Heinrich-Körber-Stiftung 2006 verliehen.



„Unsicher“, „komplex“ und „im ständigen Wandel begriffen“?

— DIE RASCHE ABFOLGE SCHEINBAR GRUNDLEGENDER DISKURSE in den internationalen Beziehungen – vom „amerikanischen Niedergang“ und der japanisch-asiatischen Herausforderung in den 80er Jahren über die „neue Weltordnung“ und das „Ende der Geschichte“ Anfang der 90er Jahre, den Globalisierungsdiskurs in allen Schattierungen bis zur neuen/alten Hegemonie der USA – zeigt an, dass es schwieriger geworden ist, das Gebilde „Weltpolitik“ heute griffig zu fassen.

- 
- TRANSATLANTISCHES VERHÄLTNISS
 - EUROPÄISCHE INTEGRATION
 - LATEINAMERIKA
 - SUB-SAHARA-AFRIKA
 - NAHER UND MITTLERER OSTEN
 - CHINA
 - INDIEN
 - BALKAN
 - RUSSLAND
 - POSTKOMMUNISTISCHER RAUM
 - ZENTRALASIEN
 - SÜDOSTASIEN
 - WELTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG
 - GESTALTUNG DER GLOBALISIERUNG
 - AUSLANDSEINSÄTZE
 - ZUKUNFT DER MULTILATERALEN INSTITUTIONEN
 - FRIEDENSFÖRDERUNG
 - ENERGIESICHERHEIT
 - DEMOGRAFIE UND MIGRATION
 - RELIGION UND POLITIK
 - MENSCHENRECHTE UND SOZIALE FRAGE
 - DEMOKRATIEFÖRDERUNG
 - KLIMASCHUTZ UND UMWELTPOLITIK
 - TERRORISMUS
 - GLOBAL HEALTH
 - ORGANISIERTE KRIMINALITÄT
 - RÜSTUNG – ABRÜSTUNG – PROLIFERATION

„Unsicher“, „komplex“ und „im ständigen Wandel begriffen“ sind die häufigsten Attribute, mit denen die internationale Politik nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes beschrieben wird. Zugleich scheint kaum umstritten zu sein, dass die Außenwelt uns näher rückt, dass innerstaatliche Prozesse mit globalen Entwicklungen eng verwoben sind und sich insgesamt die Rahmenbedingungen für deutsche Politik in

den internationalen Beziehungen in den letzten Jahren erheblich verändert haben. Das Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung „Kompass 2020 – Deutschland in den internationalen Beziehungen – Ziele, Instrumente, Perspektiven“ möchte einen Beitrag zu dieser Debatte leisten.

In 27 Einzelartikeln, die ab Mai 2007 vorliegen werden und die zum Großteil von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der FES verfasst werden, gibt das Projekt einen Überblick über die wichtigsten Themen und Regionen deutscher Außenbeziehungen. Die Texte haben alle denselben Aufbau: Im Teil „Rahmenbedingungen“ informieren sie über die wichtigsten Entwicklungen, die größten Herausforderungen und die zentralen Akteure. Der zweite Abschnitt analysiert die bisherige Rolle, die Strategien und die Wahrnehmung deutscher Politik. Im Kapitel „Szenarien“ werden plausible Alternativszenarien entwickelt, die veranschaulichen, wie sich das Politikfeld in den kommenden 15 Jahren entwickeln könnte und welche Faktoren hierfür verantwortlich sind. Im vierten Teil schließlich – „Handlungsoptionen“ – werden mögliche Ansatzpunkte für die deutsche und europäische Politik formuliert.

METHODE ZUR ENTWICKLUNG VON POLITISCHEN HANDLUNGSOPTIONEN

Szenarien in der internationalen Politik

Aufgrund der Zunahme an Komplexität und Ungewissheit wächst in vielen ökonomischen, sozialen und politischen Zusammenhängen das

Bedürfnis, relevante Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und zu bewerten, um vor diesem Hintergrund konkrete Handlungsoptionen zu formulie-

ren. Szenariotechniken finden auf vielen Feldern Anwendung: als Planungsinstrument in der Unternehmensentwicklung, als Dialoghilfe, als Ent-

scheidungshilfe in der Politikberatung, als Lerninstrument in der politischen Bildung oder als Verteidigungssimulation beim Militär.

Szenarien werden zwischen der Prognose und der Utopie angesiedelt. Im Unterschied zu Prognosen erheben Szenarien nicht den Anspruch, die zukünftige Entwicklung in einem Themenfeld vorauszusagen, sondern stellen vielmehr Alternativen und Optionen in den Vordergrund. Sie unterscheiden sich jedoch auch von Utopien, die keinen Bezug zur Realität haben.

■ *In einer Utopie ist alles möglich, in einem Szenario nicht. Szenarien werden stets schlüssig aus der gegenwärtigen Situation heraus entwickelt.*

Ergiebige Szenarien umfassen Aussagen über ein Problemfeld, beschreiben alternative Zukunftsbilder, aber auch den Pfad („Wegbeschreibung“), der zu ihnen führt. Dieser wird transparent und nachvollziehbar aus der Gegenwart in die Zukunft fortgeschrieben. Szenarien dienen der Orientierung und Entscheidungsvorbereitung. Sie sollen helfen, zu erkennen, was sich verändern kann und welche Handlungsspielräume es gibt. Szenarien vermitteln zum einen den Eindruck, dass Entscheidungen, die für

eine mittelfristige Perspektive getroffen werden, grundsätzlich mit Unsicherheit behaftet sind; zum anderen verstärken sie aber auch die Einsicht, dass zukünftige Entwicklungen prinzipiell gestaltbar und veränderbar sind.

Auch die Friedrich-Ebert-Stiftung arbeitet schon seit vielen Jahren mit Szenarien. Das „Mont Fleur“-Szenario-Planspiel, mit dem die FES 1991/1992 den Übergang Südafrikas von der Apartheid zur Demokratie begleitet hatte, brachte Personen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen Südafrikas zusammen, um kreativ über die Zukunft ihres Landes nachzudenken. Ziel war es weniger, eine definitive Wahrheit über die zukünftige Politik zu präsentieren, als vielmehr einen Austausch in einer Gesellschaft, die von tiefen Konflikten gekennzeichnet war, zu fördern. Entlang von vier Szenarien zur Zukunft Südafrikas – „Vogel Strauß“, „lahme Ente“, „Ikarus“ und der „Flug der Flamingos“ –, die von der Gruppe entwickelt wurden, wurde der Spielraum für eine gemeinsame Politik ausgelotet. Die Ergeb-

nisse fanden Eingang in den politischen Entscheidungsprozess zu jener Zeit.

Szenarien fördern eher das Denken in Prozessen, Alternativen und Zusammenhängen als in bestehenden Strukturen und Einzelaspekten. Dies machte sich auch das Projekt der FES zunutze, dass 1999 Szenarien für die israelische Gesellschaft im Jahr 2025 entwickelte. Während des Diskussionsprozesses

fanden die Mitglieder der Gruppe über die Arbeit an den Szenarien eine gemeinsame Sprache nicht nur zur Beschreibung der möglichen Zukünfte, sondern auch der Gegenwart ihres Gemeinwesens. Im Rahmen des Jerusalem-Berlin-Forums, einer israelisch-palästinensisch-deutschen Initiative, die von der FES ins Leben gerufen wurde,

haben sich Experten mit möglichen Szenarien für eine Zukunft Jerusalems beschäftigt. In den angeführten Projekten stand der mehrmonatige Dialog Konsultationsprozess, in dem die Szenarien entwickelt wurden, im Vordergrund. Doch auch in der politischen Bildung, z.B. zur Rolle von Jugendlichen in der Politik, fand das Instrument in der FES Anwendung. Kompass 2020 wiederum nutzt

die Szenarienmethode als ein Element der Einzelartikel: Sie sollen die – zumeist komplexen und zum Teil auch unübersichtlichen – Entwicklungen in den verschiedenen Themenfeldern transparenter, nachvollziehbarer und plastischer machen und zur Diskussion über Handlungsoptionen anregen.

Außenpolitische Strategiefähigkeit sichern

Ein Blick von außen auf das Projekt „Kompass 2020“: von Thorsten Benner und Sergey Lagodinsky. Beide forschen am Global Public Policy Institute (GPPi) in Berlin

Außerhalb von Fußballweltmeisterschaften gerät Deutschland selten ins Staunen über sich selbst, doch die Entwicklung der deutschen Außenpolitik in den letzten beiden Jahrzehnten gibt allen Grund dazu. Heute stehen deutsche Truppen am Hindukusch, im Kongo sowie vor der Küste des Libanon, die europäische und weltwirtschaftliche Verflechtung des vereinigten Deutschland nimmt stetig zu. Dazu kommen globale Risiken wie Klimawandel, transnationaler Terrorismus und Pandemien, die kein Visum benötigen, um die deutsche Außenpolitik unter Handlungsdruck zu setzen.

Das Tempo des Wandels der deutschen Außenpolitik ist rasant, doch die außenpolitische Strategiekultur in Politik und Gesellschaft hinkt der Entwicklung hinterher. Es fehlt hierzulande weitgehend eine breite und dynamische strategic community. Das Leitbild einer solchen Strategiegemeinschaft orientiert sich an drei Aspekten.

Sektorenübergreifend: es gibt immer noch zu wenig Foren und Mechanismen, die Vertreter aus Politik und Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Forschung zusammenbringen, um Politikstrategien zu entwickeln. Sektorenübergreifend müssen auch die Berufsbilder werden. Eine stärkere Durchlässigkeit zwischen Politik, Wirtschaft und Forschung muss zum zentralen Baustein der dynamischen Strategiegemeinschaft werden.

Praxisrelevant: gegenwärtig gelingt nur selten die Bündelung vorhandener Expertise in fundierten, präzisen und praxisrelevanten Denkprodukten, die Entscheidungsträgern das Für und Wider verschiedener Handlungsstrategien präsentieren.

Gesamtgesellschaftlich: die Strategiedebatte muss den goldenen Käfig der Eliten verlassen. Doch in vielen Medien herrscht (im vorausseilenden Gehorsam gegenüber den Konsumenten) oft mehr Interesse am letzten Skandal oder Stereotyp denn an einer Debatte über Ansätze zur Gestaltung deutscher Außenpolitik.

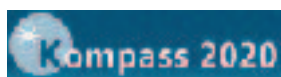
Mit dem Projekt „Kompass 2020“ versucht die Friedrich-Ebert-Stiftung einen kleinen Beitrag zur Umsetzung des Leitbilds „dynamische Strategiegemeinschaft“ zu leisten. Unter der Maßgabe „Welche Perspektiven, Ziele, Instrumente?“ möchte das Projekt die Debatte um zentrale außenpolitische Herausforderungen inhaltlich voranbringen. Das Signum „2020“ betont den Blick über den Tellerrand der tagespolitischen Aktualität und den Mut zur gezielten Spekulation anhand verschiedener Szenarien.

An Herausforderungen mangelt es dabei, wie die in der Reihe behandelten Themen deutlich machen, nicht. Deutschland und Europa sind als ein Anker einer global ausgerichteten transatlantischen Partnerschaft gefragt, Strategien zum Umgang mit grenzüberschreitenden Problemen und Risiken zu entwickeln und gleichzeitig den Übergang in eine multipolare Welt friedlich gestalten zu helfen. Es gilt, aufstrebende Mächte in globale Institutionen einzubinden und deren Bemühungen zur Bereitstellung globaler öffentlicher Güter, von der Bekämpfung von Pandemien und Klimawandel, der Verteidigung und Umsetzung der Menschenrechte bis hin zur Finanzstabilität und Energiesicherheit. Die Verwirklichung eines „effektiven Multilateralismus“ ist in der Phase des Übergangs ein (über)lebenswichtiges Ziel – weil der Problemdruck stetig zunimmt und gleichzeitig der Aufstieg neuer Mächte historisch selten friedlich ablief.

Dabei gilt „Alle Politik ist global“ genauso wie „Alle Politik ist lokal“. Deutschlands und Europas Weltpolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie gesamtgesellschaftlich eingebettet ist, durch eine breite Diskussion in den Medien und auch eine Verankerung in den Schulen, Parteien und anderen Teilen der Zivilgesellschaft. Die gegenwärtige Lage ist prekär. Während der Handlungsdruck

wächst, steht die deutsche Außenpolitik gesellschaftlich auf tönernen Füßen. Das Unbehagen wächst – ob mit Blick auf Militäreinsätze, die Europapolitik oder den Welthandel. Umso wichtiger ist es, gesamtgesellschaftlich Gestaltungsstrategien zu diskutieren, damit das Unbehagen an der Weltrisikogesellschaft nicht in Isolationismus, Nationalismus und Protektionismus umschlägt.

MICHAEL DAUDERSTÄDT/CHRISTIAN KELLERMANN



Risiken der Weltwirtschaft kontrollieren

Die enge Verflechtung der deutschen mit der Weltwirtschaft ist ein wichtiger Motor für die ökonomische Dynamik und den Wohlstand in Deutschland. Als Exportweltmeister profitiert Deutschland von offenen globalen Märkten für Güter, Dienstleistungen, Kapital, Unternehmen und Arbeit. Gleichzeitig schwächte die Liberalisierung viele nationale staatliche Kontrollmöglichkeiten, soweit sie nicht im Zuge des europäischen Integrationsprozesses auf die Ebene der Europäischen Union übertragen wurden. Die einseitige Exportorientierung Deutschlands sowie der zunehmende Einfluss der internationalen Finanzmärkte auf den Unternehmens- und Bankensektor bergen eine Reihe von Risiken für die eigene Volkswirtschaft und im Extremfall

auch für die Stabilität der Weltwirtschaft. Unterm Strich hat Deutschland aber von der Globalisierung profitiert. Soweit Deutschlands Wirtschaft heute Probleme aufweist (Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit, zunehmende Ungleichheit), sind sie einer komplexen Interaktion von außenwirtschaftlichen Entwicklungen und nationaler Wirtschaftspolitik zuzuschreiben, die nicht durch einen Rückbau der außenwirtschaftlichen Verflechtung zu lösen ist.

Die zentralen Risiken der Weltwirtschaft bestehen im kommenden Jahrzehnt zuvorderst in einem ungeordneten Wertverlust des US-Dollar und einer globalen Nachfrageschwäche. In Europa und weltweit fehlt es durch das Hinterherhinken der Löhne und die von den Risiken unterregu-

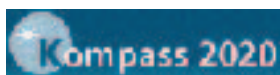
lierter Märkte getriebene Sparneigung an Massenkauftkraft, und es droht eine Entkopplung von Produktivität und Output. Ansatzpunkte deutscher Außenwirtschaftspolitik zur Kontrolle dieser Ri-

stimme in der EU und der Weltwirtschaft die bessere Regulierung der globalen Märkte – insbesondere der Finanzmärkte – vorantreiben und dadurch zu einer Entschärfung des Wirkungsverlustes

siken sind eine Stärkung der EU als Regulierungsinstanz des für Deutschland wichtigsten regionalen Marktes und die Bündelung europäischer Einzelstimmen für die Schaffung einer ordnungspolitischen Global Governance. Deutschland könnte als gewichtige

nationaler Wirtschaftspolitik beitragen. In der längerfristigen Perspektive ist ein weiterer Eckpfeiler deutscher Außenwirtschaftspolitik der Einsatz für eine nachhaltige Welthandelsordnung und die Verankerung globaler sozialer Mindestschutzrechte.

CHRISTOS KATSIOULIS/GERO MAASS



Europäische Integration – Perspektiven als Sicherheits- und Wohlfahrtsunion

Die EU ist der wichtigste Bezugspunkt nicht mehr nur deutscher Außenpolitik. Sie hat ihren Charakter in den letzten Jahren so stark verändert, dass sie die Schnittstelle zwischen Innen- und Außenpolitik besetzt, deutsche Politik ist damit in fast jedem Be-

Frankreich und den Niederlanden ist die Reform der Union vorerst auf Eis gelegt, zudem zeichnet sich eine tiefe Kluft zwischen den Gesellschaften und der EU ab. Dies hängt auch mit der zunehmenden Wahrnehmung Brüssels als „Steigbügelhalter“ der

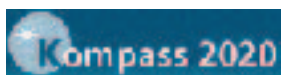
Dennoch kann es zu einem weitgehenden Stopp der Integration im Inneren kommen, die bestehenden Mechanismen innereuropäischer Solidarität würden demontiert und die europäische Zusammenarbeit konzentrierte sich auf die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Wir befinden uns im Szenario „Außen hui, innen pfui“. Im Gegensatz dazu kann auch eine Abschottung gegenüber den politischen Herausforderungen auf globaler Ebene stattfinden und eine europäische Nabelschau einsetzen. In diesem Szenario „die Schweiz der Welt“ könnte die Europäische Union ihre Kräfte nach innen bündeln und die zahlreichen Herausforderungen im wirtschaftlichen, technologischen und sozialpolitischen Bereich angehen. Sie wäre ein blühender Wirtschaftsraum mit marginalen ordnungspolitischen Fähigkeiten außerhalb des eigenen Horizonts. Ein drittes Szenario geht von einer vertieften Integration einzelner Politikfelder durch

Vorreitergruppen aus. Die heutige Europäische Union würde in unterschiedliche Integrationsräume zerfasern, die lose verbunden nebeneinander arbeiten würden, ohne ein gemeinsames Ziel zu verfolgen: „Europa à la carte“.

Das Ziel deutscher Europapolitik sollte es sein, die positiven Elemente der Szenarien umzusetzen und daraus eine glaubwürdige und tragfähige Zielperspektive der EU zu entwickeln. Dazu gehören die gemeinsame Garantie äußerer und innerer Sicherheit, ein europäischer Wirtschaftsraum mit hohem Innovationspotential, funktionierenden Mechanismen des Lastenausgleichs und gleichen Chancen für alle Bürgerinnen und Bürger sowie – der Weg dahin – abgestufte Kooperationsebenen, die von einem gemeinsamen Ziel geeint werden und Desintegrationstendenzen vermeiden. In einem Europa der Sphären könnte eine Europäische Wohlfahrts- und Sicherheitsunion diese Perspektiven bieten.

reich nur noch europäisch denkbar. Das einzigartige Gebäude aus supranationalen und intergouvernementalen Normen steht momentan vor gewaltigen Herausforderungen: Die Erweiterung auf 27 Staaten ist vollzogen, die institutionelle Architektur hinkt dieser Entwicklung jedoch weit hinterher. Nach der Ablehnung des Verfassungsvertrages in

Globalisierung zusammen. Die Union sucht nach Antworten, um diesem sozialen Defizit zu begegnen. Die Entwicklung der Europäischen Union kann sich in mehrere Richtungen vollziehen. Eine vollständige Auflösung der EU scheint angesichts des äußeren Drucks und der politischen Möglichkeiten der europäischen Kooperation höchst unwahrscheinlich.



Krisen in der entgrenzten Welt – Anforderungen an eine deutsche Friedenspolitik

Die Rahmenbedingungen des neuen Jahrhunderts machen eine präventive Politik, die Ausweitung des Sicherheitsbegriffs auf nichtmilitärische Kategorien, nachhaltiges State building sowie zivile Konfliktbearbeitung erforderlich.

Denn an die Stelle zwischenstaatlicher Kriege sind vielfach neue Formen gewaltsamer Konflikte getreten, die mit herkömmlichen Verfahren des Völkerrechts nicht einzudämmen sind. Sogenannte „neue Kriege“ führen zu einer Privatisierung von Gewalt, transnationaler Kriminalität, und auch zu Terrorismus. Trotz der allgemeinen Auflösungsstendenzen von Nationalstaatlichkeit muss der Staat jedoch das zentrale Ordnungsmodell internationaler Politik bleiben. Gerät er aus den Fugen, nimmt die Wahrscheinlichkeit der gewaltsamen Austragung von Konflikten zu. Die Erosion staatlicher Steuerungskapazitäten ermöglicht Bürgerkriegsökonomien und die sogenannte „Schattenglobalisierung“. Staatszerfall ist

kein unvorhersehbares, zufällig auftretendes Problem, Staatszerfall kündigt sich langfristig an. Eine zentrale Herausforderung der Zukunft lautet daher, gefährdete Staaten über state building nachhaltig zu stärken. Dabei ist *State building* von *Nation building*, das nicht a priori friedensfördernd ist, zu unterscheiden. Erforderlich ist, über die Analyse der Kernfunktionen des Staates hinaus einen Fokus auf gute Regierungsführung, gerechte Ressourcenverteilung und die Zivilgesellschaft zu richten.

In Deutschland herrscht heute Konsens darüber, dass Friedensförderung eine Herausforderung ist, die eines kohärenten Ansatzes unterschiedlicher Politikbereiche bedarf. Der Entwicklungszusammenarbeit kommt dabei jedoch eine entscheidende Rolle zu. Der Begriff der „Zivilen Konfliktbearbeitung und Krisenprävention“ hielt erfolgreich Einzug in die außenpolitische Debatte. Zivilgesellschaftli-

che Akteure und ihr konfliktregulierendes Potential gewinnen zunehmend an Bedeutung. Verschiedene Grundsatzdokumente der deutschen Politik betonen den Gedanken der Prävention. Der vorliegende Artikel unterzieht das derzeitige sicherheitspolitische Denken, Planen und Handeln der deutschen Außenpolitik in

Kurskorrekturen wären möglich und nötig, sollen die Krisen der Welt des Jahres 2020 nicht auch zu Krisen in Deutschland führen. Zu den Empfehlungen für eine weitblickende deutsche Friedenspolitik gehören die Entwicklung einer nationalen Sicherheitsstrategie, ressortübergreifende Konzepte, Strategien zum Thema

Sachen Friedensförderung einer Überprüfung. Halten die aktuellen Prioritätensetzungen den Szenarien einer Welt des Jahres 2020 stand?

Die Ergebnisse zeigen, dass Deutschland das vorhandene Potential von Instrumenten, Akteuren und finanziellen Ressourcen noch nicht optimal nutzt.

State building, die Überprüfung der derzeitigen Finanzierungsinstrumente, Öffentlichkeitsarbeit für zivile Konfliktbearbeitung, verbesserte staatliche und nichtstaatliche Zusammenarbeit und die Entwicklung von europäischen Koordinierungsstrategien.

ANDRÄ GÄRBER



Der Nahe/Mittlere Osten und Nordafrika

Die Region des Nahen/Mittleren Ostens und Nordafrikas, die mit ca. 65 Prozent der weltweiten Ölreserven und gut 45 Prozent der weltweiten Gasreserven gesegnet ist, leidet unter dem Fluch eines ausgeprägten Demokratie- und Entwicklungsstaus, der ursächlich auf die lähmende Mischung aus einem sehr hohen Ausmaß der politischen

und dem Zugang zur Informationstechnologie mitgeprägt und können durch die anhaltende Rentenabhängigkeit, den vorherrschenden Tribalismus in den Gesellschaften und den ungeklärten Umgang mit dem Phänomen des Islamismus gefährdet werden. Nicht zuletzt hängen die Perspektiven dieses Raumes ganz entschei-

denz in dem „zufälligen“ Krieg zwischen Israel und der Hizbullah im Sommer 2006 deutlich zum Ausdruck kam.

Bleiben diese Konflikte und strukturellen Probleme weiterhin ungelöst, erhöhen sich aus deutscher und europäischer Perspektive auch zwangsläufig die Gefahren für die eigene Sicherheit, Stabilität und Prosperität.

Um diese Gefahren zu verdeutlichen, wurden die Szenarien „Sturm in der Wüste“, „Verwüstung“ und „Fata Morgana“ entwickelt, die eines gemeinsam haben: Sie nehmen die weitere Entwicklung im Atomkonflikt mit dem Iran als Ausgangspunkt und spielen die entsprechenden Wirkungsketten durch, die sich aus den (gewaltsamen) Versuchen, die iranische Atombombe zu verhindern, bzw. aus den Reaktionen auf einen nuklear bewaffneten Iran ergeben. Und dies nicht zufällig: Der Iran steht beispielhaft für die zunehmende Entfremdung zwischen der westlichen Welt und den islamisch ge-

prägten Ländern. Er versinnbildlicht als Terrorismus unterstützender und (wahrscheinlich) nach der Atombombe strebender Staat den Extremismus im politischen Islam und die Gefahr der Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Als potenzieller regionaler Hegemon ist er von entscheidender Bedeutung, was die Lösung des arabisch-israelischen Konflikts, die Stabilisierung des Irak und Afghanistans sowie die Ausgestaltung des schiitisch-sunnitischen Verhältnisses in der Region anbetrifft. Nicht zu vergessen ist der Nuklearkonflikt mit dem Iran, der als rentenabhängiger Staat über die drittgrößten Ölreserven und zweitgrößten Gasreserven weltweit verfügt; er steht beispielhaft für die zunehmende globale Energieversorgungsunsicherheit.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass nur ein gemeinsamer internationaler Vorstoß mit einem politischen Gesamtkonzept die Krise in dieser

Konflikte und der autoritären Struktur der meisten Regime in diesem Gebiet zurückzuführen ist.

Die Zukunftsperspektiven der Region werden vom zunehmenden Bevölkerungsdruck, dem anstehenden politischen Generationswechsel, den Bildungsherausforderungen

dend von der weiteren Entwicklung der großen ungelösten Konflikte ab: des arabisch-israelischen Konflikts, des Irak-Konflikts, des regionalen schiitisch-sunnitischen Konflikts als Folge des jüngsten Irak-Krieges und des Nuklearkonflikts mit dem Iran, deren zunehmende Interdependenz

Region umfassend und nachhaltig entschärfen kann. Deutschland kann aufgrund seiner politischen und wirtschaftlichen Bedeutung sowie seines Beziehungsgeflechtes mit den entscheidenden

externen und regionalen Akteuren unter Hervorhebung der folgenden zehn Eckpunkte einen wichtigen Beitrag dazu leisten: Harmonisierung der europäischen Politik, Wiederbelebung des

umfassenden Nahostfriedensprozesses, Sicherung Israels und Durchsetzung Palästinas, Stärkung des Libanon, Einbeziehung Syriens, Integration des Iran, Stabilisierung des Irak, Aufbau

einer breit angelegten Abrüstungs- und Entspannungspolitik, Förderung der sozioökonomischen Entwicklung und Integration und schließlich Einforderung der politischen Öffnung.

HANS J. GIESSMANN



Orientierungspunkte deutscher Rüstungskontrollpolitik

Knapp zwei Jahrzehnte nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ist noch immer kein neuer strategischer Ansatz für eine globale und europäische Abrüstungspolitik jenseits der früheren Blöcke und Militärbündnisse gefunden. Im Gegenteil: Abrüstung scheint nicht nur konzeptionell als politisches Steuerungsinstrument gegen Instabilität und Konflikte in Vergessenheit zu geraten, selbst jene Errungenschaften der Vergangenheit, die zukunftsweisend sind, werden durch fortschreitenden Zerfall bedroht. Der Vertrag zur Beschränkung von Raketenabwehrsystemen ist bereits Geschichte, der universelle Weltraumvertrag steht vor dem Aus, der Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen ist durch

ein heraufziehendes neues Wettrüsten in den Grundfesten erschüttert. Warum wird einem der wichtigsten Stabilisierungskonzepte aus der Zeit des Kalten Krieges so wenig Aufmerksamkeit beigemessen? Sind vertragliche Abrüstung und Rüstungskontrolle nur noch Relikte aus der Ära zwischenstaatlicher Großkriege und für die bewaffneten asymmetrischen Konflikte der Gegenwart wertlos? Welche Perspektiven für Frieden und Sicherheit drohen, wenn Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle für veraltet gehalten werden, ohne Ersatzlösungen bereit zu haben? Werden die Chancen für einen neuen globalen Abrüstungsansatz nicht bald ergriffen, drohen Instabilität und Unberechenbarkeit in

den internationalen Beziehungen. Deutschland hat als ein politisch und militärisch multilateral verankertes und als ein außenwirtschaftlich besonders abhängiges Land ein natürliches Interesse an Frieden und äußerer Stabilität, ge-

stützt auf kooperative Rüstungskontrolle. Seine Stimme hat Gewicht und es hat sich in den letzten Jahren Achtung in der Welt erworben. Seine Mög-

lichkeiten zur Förderung neuer Initiativen zur Abrüstung nutzt es jedoch bisher nicht ausreichend konsequent. Der Aufsatz behandelt neben den Risiken und den Gefährdungen, die durch eine mangelnde Wertschätzung für internationale

Abrüstungszusammenarbeit entstehen können, auch Optionen einer zukunftsorientierten und präventiven deutschen Abrüstungspolitik.

BRITTA JOERISSEN



Der Balkan – von Krieg, Frieden und Europa

Je größer die Europäische Union, desto kleiner wird der weiße Fleck der Länder, die außerhalb der EU-Grenzen auf eine Mitgliedschaft hoffen. Für den westlichen Balkan stellt sich die Frage, welche europäische Zukunft ihn erwartet. Der Beitritt Rumäni-

ens und Bulgariens zur EU und der Fortschritt Kroatiens und Mazedoniens auf dem Weg nach Brüssel könnten die restlichen Staaten des Balkans in ihrem Transformati-

onsprozess weiter ermutigen; dem politischen Fortschritt würde der wirtschaftliche Aufschwung folgen, was sich positiv auf die Beschäftigungssituation und die Arbeitsbekämpfung auswirken könnte. Spannungen zwischen den Ethnien würden nicht länger als Begründung innenpolitischer Misere oder als Rechtfertigung politischen Handelns bemüht. Wir schreiben die zwanziger Jahre des 21. Jahrhunderts – die Golden Twenty-Twenties. Es wäre die Zeit der Reformer – und zugleich die Zeit Deutschlands und der Europäischen Union, deren friedenssichernde Außenpolitik und auf Nachhaltigkeit setzende Demokratieförderung sichtbare Erfolge zeitigte. Ein denkbares Szenario, wenn auch ein wohlwollendes. Doch der Balkan steht am Scheideweg, und ebenso denkbar ist seine Zukunft als Balkan Black Box: Der Prozess der Annäherung an die EU käme fast gänzlich zum Erliegen, die demokrati-

schen, proeuropäischen Kräfte verlören an Rückhalt in der Bevölkerung. Der politischen Stagnation würde die wirtschaftliche folgen, selbst die regionale Wirtschaftskoordination gestaltete sich aufgrund der unterschiedlichen Dynamiken in Südosteuropa einerseits und der bürokratischen Hemmnisse und Visa-restriktionen andererseits zunehmend schwierig. Je größer aber die soziale und wirtschaftliche Misere, desto mehr wird der Nationalismus durch politische Eliten instrumentalisiert, gewaltsame Konflikte stünden erneut bevor. Das große Projekt Deutschlands und der EU, der ehemaligen Kriegsregion Frieden, Stabilität, Wohlstand und den EU-Beitritt zu bringen, wäre fehlgeschlagen. Ein drittes Szenario – der Balkan „...still a rat in a cage“ – nimmt an, dass die Staaten des Balkans große Fortschritte in ihren Reformbemühungen machen und die EU-relevanten Kriterien erfüllen, aber die EU

selbst das Projekt einer europäischen Verfassung zur Priorität erklärt und bis zu deren Verabschiedung jegliche Erweiterung verweigert hat. Dieses Erkenntnis würde demotivierend wirken, die Bevölkerung wäre enttäuscht von ihren proeuropäischen Regierungen, zunächst noch optimistische Investoren zögen sich wieder zurück, die Suche nach Alternativen begägne: Bosnien könnte drohen auseinander zu brechen, die Frage eines „Groß-Kosovo“ bestimmte die Nachrichten und bei der NATO und den Vereinten Nationen würden erneut Sondersitzungen zum Balkan anberaumt. Alle Szenarien hängen vom Zusammenspiel wesentlicher Faktoren ab, allen voran dem Beitritt zur EU, damit eng verknüpft dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, der Reife und Stabilität demokratischer Institutionen sowie der Lösung ungeklärter Territorial- und Statusfragen im Kosovo und in Bosnien. Die Entwicklung des

Balkans und die Glaubwürdigkeit der deutschen und euro-

päischen Außenpolitik sind eng miteinander verzahnt; verstärkte

Anstrengungen zur Beförderung dieser Faktoren sind erfor-

derlich für eine gemeinsame Zukunft in Europa.

REINHARD KRUMM



Zentralasien – Kampf um Macht, Energie und Menschenrechte

Die fünf zentralasiatischen Republiken befinden sich nach 15 Jahren Unabhängigkeit weiter im Prozess des Systemwandels von der sowjetischen Planwirtschaft zu einer Art Marktwirtschaft, vom Totalitarismus zur gelenkten Demokratie. Den häufig ineffizienten Staatsbürokratien steht dabei entweder keine aktive Zivilgesellschaft zur Seite, oder sie ist von den Regierungen nur mit geringem Einfluss erwünscht. Vielmehr setzen die Staaten der Region, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan, auf eine „autoritäre Modernisierung“. Der Staat initiiert Reformen, die nicht selten mehr dem Machterhalt der Eliten als den Bedürfnissen des Volkes dienen. Als einziges europäisches Land ist Deutschland in jedem Land Zentralasiens mit einem Botschafter vertreten. Zunächst bezog sich das Interesse vornehmlich

auf die Russlanddeutschen. Seit 2001 und der Stationierung deutscher Soldaten in Usbekistan als Teil der internationalen Streitmacht zur Befriedung Afghanistans unterstützt Deutschland den Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Deutschland bemüht sich um eine dauerhafte Stabilisierung. So steht es im Zentralasienkonzept der Bundesregierung aus dem Jahr 2002. Der politische und wirtschaftliche Wandel der Republiken Zentralasiens kann sich in Zukunft sehr unterschiedlich entwickeln. Viele Szenarien sind denkbar, auch unterschiedliche innerhalb der Region. Doch grob lassen sich zwei Szenarien formulieren: Entweder die Region betreibt die in Worten häufig beschriebene demokratische Transformation mit Nachdruck, oder die Länder erstellen eine Fassadendemokratie, die

angeblich die Besonderheiten der Mentalität und des geschichtlichen Prozesses in der Region berücksichtigt. Tauwetter steht einer Periode der Eiszeit ge-

Kasachstan angestrebten Präsidentschaft der OSZE. Deutschland sollte eine Außenpolitik des guten Vorbilds betreiben und Felder benennen,



genüber. Der Kollaps einiger Staaten ist nicht auszuschließen. Deutschland hat Zentralasien als einen außenpolitischen Schwerpunkt während der EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 gewählt. In dieser Zeit soll eine ZA-Konzeption der EU erarbeitet werden. Darüber hinaus besteht eine Handlungsoption für die deutsche Außenpolitik in der von

die für die Entwicklung der Region und der EU von Vorteil sind. Dazu zählen Verteilung von Wasserressourcen und der Export von Energie. Erdgas und Erdöl sind für die EU und Deutschland von großem Interesse, regionale Zusammenarbeit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind dabei vor Ort die Ziele.

MATTHES BUHBE



Grundzüge einer deutschen Russland-Strategie

Deutschlands bestmögliche Handlungsoption ist eine Strategie der Partnerschaft, die auf dem Wege wachsender Interdependenzen im schlechtesten Fall eine divergente Entwicklung der Beziehungen verhindert und im besten Fall zur Integration

Sie besteht in einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit, von der gar nicht erwartet wird, dass sie in die vollständige Integration Russlands in die euro-atlantischen Institutionen mündet. Heute ist Deutschland von einem „Ring von Freunden“ umgeben,

der in der Zwischenzeit NATO und EU den eigenen Landesgrenzen ständig näher gerückt sind. Es hat sich zwar kein „Ring von Feinden“ gebildet, doch werden die neuen Freunde im euro-atlantischen Raum zunehmend als geopolitische Rivalen wahrgenommen. Der von Russland und der EU gleichermaßen angestrebte „Vertrag über strategische Partnerschaft“ soll die gemeinsamen Interessen fördern und Rivalitäten abbauen.

Deutschland sollte sich für einen „Vertrag über strategische Partnerschaft“ einsetzen, der verbindlicher ist als die Deklarationen, die sich in der Folge des auslaufenden Partnerschafts- und Kooperationsabkommens ergeben haben. Er sollte zudem seine strategische Wirkung entfalten können, indem er gemeinsame Prinzipien und Ziele festlegt, die auch tatsächlich umgesetzt werden können. Nach einem ungünstigen Szenarium, das man „launischer Bär“ taufen könnte, wird sich

das gegenwärtig entstehende autoritäre Kreml-Regime als schwieriger Partner herausstellen. Die richtige Strategie ist es, sich auf diesen Fall einzustellen und nicht darauf zu spekulieren, dass das wesentlich günstigere Szenarium „verzauberter Prinz“ eintritt.

Deutschland sollte die bereits sehr breite Palette von Interdependenzen mit zusätzlichen Initiativen anreichern und die Felder gemeinsamer Interessen so weit wie möglich erweitern. Bei ausreichend vernetzter Interaktion wird auch ohne prioritäre Reklamierung der Wertegemeinschaft, die für ein vereintes Europa unabdingbar sei, ein stiller Wertetransfer erreicht.

Russland ist bereits Mitglied des Europarats. Die Existenz einer spezifisch europäischen Zivilisation bestreitet Russland nicht, betrachtet sich vielmehr im längeren historischen Kontext geradezu als Schutzmacht derselben. Als „Bär“ möchte es aber nicht von Deutschland

Russlands in die euro-atlantischen Institutionen führt.

Diese Strategie ergibt sich einerseits als Reflexion auf die beiden Szenarien 2020, die im vorliegenden Text einen aus deutscher Sicht schlechten und einen günstigen Verlauf umreißen, andererseits aus der gegenwärtigen Positionierung Deutschlands und Russlands in Europa und in der Welt.

die bis auf die Schweiz der Europäischen Union angehören.

Deutschland ist am Ausbau der EU-Institutionen interessiert und möchte die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik stärken. Russland erlebte nach dem Zerfall der Sowjetunion eine fortschreitende Desintegration des postsowjetischen Raums und kehrt heute auf die Weltbühne zurück, auf

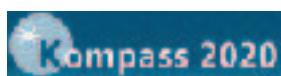
und der EU an den Pranger gestellt werden, weil es diese Werte unzureichend einhält. Die Annäherung des „Bären“ an die Europäische Union sollte nicht durch Konditionierungspolitik erfolgen. Angesichts der beschränkten Handlungskraft der EU blie-

be nur Schelte als „Peitsche“ übrig, als „Zuckerbrot“ stünden weder genügend Geld noch eine Beitrittsperspektive zur Verfügung. Die wichtigsten Felder der strategischen Partnerschaft sind Wirtschaft, Energie und die gemeinsame Nachbar-

schaft in Osteuropa. Wenn sich die Partnerschaft in diesen Sektoren bewährt, wird sie auf andere Bereiche ausstrahlen. Wenn der Ausbau der gemeinsamen europäischen Räume Wirtschaft, Bürgerfreiheiten und Bürgersicherheit, äußere Sicherheit sowie

Bildung, Wissenschaft und Kultur gelingt, die einen substanziellen Teil des „Vertrags über strategische Partnerschaft“ bilden sollten, kann mit wachsenden Interdependenzen eine stille „Europäisierung“ Russlands erreicht werden.

RICHARD MÖRBEL/SÖNKE SCHMIDT



Verhütung und Bekämpfung der organisierten Kriminalität

In der EU sind nach Angaben von Europol ca. 4000 organisierte kriminelle Gruppen mit sehr unterschiedlichen Organisationsformen aktiv. Globalisierte und intensiverte Handelsbeziehungen sowie technologische Fortschritte haben erheblich zur Internationalisierung ihrer Aktivitäten über kulturelle, rechtliche und wirtschaftliche Schranken hinweg beigetragen. Das tatsächliche Ausmaß der Bedrohung durch organisierte Kriminalität ist jedoch nur schwer festzustellen; der überwiegende Teil der kriminellen Aktivitäten bleibt unerkannt. Da kriminelle Vereinigungen Europa als einheitlichen Handlungsraum ansehen,

bedarf es eines eben solchen gesamteuropäischen Bekämpfungsansatzes, in den die nationalen Politiken der Mitgliedsstaaten der EU integriert sein sollten. Dieser Bekämpfungsansatz, der sowohl repressive als auch präventive Maßnahmen umfasst, sollte sich auf eine Gesamtstrategie für die innere Sicherheit in der EU stützen können. Eine solche Strategie muss u.a. darauf abzielen, grenzüberschreitende Ermittlungen zur Selbstverständlichkeit werden zu lassen und europäische Institutionen wie Europol und Eurojust weiter zu stärken. In Bezug auf die zwischenstaatliche Kooperation ist ein Quantensprung erforderlich: Alle Strafver-

folgungsakteure sollten in ein umfassendes europäisches Informations- und Kooperationsnetzwerk eingebunden werden. Die gegenseitige Anerkennung von Urteilen, Beschlüssen und Verfah-

ren muss weiter vorangetrieben werden, wenn nötig auf der Basis weiterer Harmonisierungsschritte etwa in verfahrensrechtli-

chen Bereichen. Der Datenschutz darf dabei nicht auf der Strecke bleiben, muss aber modernisiert werden: Alle technologischen Möglichkeiten sollten voll ausgeschöpft werden, um einerseits den

Strafverfolgungsbehörden die notwendigen Abwägungsspielräume zu gewährleisten und gleichzeitig Missbrauch nachprüf-

bar zu machen. Sodann müssen Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit effektiver mobilisiert und in einen breiteren Meinungsbildungsprozess eingebunden werden. Die Politik muss deshalb im ureigensten Interesse den Kampf gegen die

organisierte Kriminalität nicht nur unterstützen, sondern aktiv vorantreiben. Die durch die EU bereitgestellten Finanzmittel werden sich zwischen 2006 und 2013 auf etwa 150 Mio. Euro verzehnfachen und können zur Intensivierung entspre-

chender Bemühungen effektiv beitragen. Schließlich darf die Kooperation zwischen den Strafverfolgungsbehörden nicht an den Grenzen Halt machen. Wenn kriminelle Gruppierungen global agieren, muss alles getan werden, damit die Ge-

genmaßnahmen ebenfalls weltweit greifen. Aufgrund ihrer spezifischen Erfahrung im Bereich der zwischenstaatlichen Sicherheitskooperation kann die EU dabei in ihrem eigenen Interesse in Zukunft eine Vorreiterrolle übernehmen.

WOLFGANG HEIN



Global Health – ein Politikfeld von unterschätzter Bedeutung

Globalisierung hat zu einem fundamentalen Wandel der Voraussetzungen für Global Health geführt. Die schnellere Verbreitung von Krankheiten stellt eine verstärkte Bedrohung auch für den Norden dar, die sozioökonomischen Folgen

zu sozialer und politischer Instabilität bei. Gleichzeitig stärken vor allem zivilgesellschaftliche Akteure die normative Bedeutung von „Gesundheit“ als sozialem Menschenrecht. Angesichts dieser wachsenden Bedeutung des

diese Probleme effektiv zu bearbeiten, haben zunehmend zivilgesellschaftliche und privatwirtschaftliche Akteure den globalen politischen Raum „besetzt“. Die so entstandene Akteursvielfalt führte zu einer komplexen Architektur von Global Health Governance (GHG), wodurch globale Gesundheitsprobleme verstärkt zum Thema inter- und transnationaler Politik wurden. Während die Novellierung der International Health Regulations (IHR) eine partielle Stärkung der WHO ermöglicht hat, mobilisieren die Konflikte um den Zugang zu Medikamenten und die Bekämpfung von HIV/AIDS die gesamte Vielfalt der Akteure von Global Health Go-

vernance (und zusätzliche Ressourcen). Aufgrund zunehmender Koordinationsprobleme ist die Verbesserung mangelhafter Gesundheitssysteme und sanitärer Bedingungen in armen Ländern allerdings nicht erleichtert worden. Die deutsche Politik hat wenig Initiative im Bereich von Global Health gezeigt. Zwar fördert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) interessante Projekte im Kampf gegen HIV/AIDS, doch in den Diskursen zu zentralen Problemen globaler Gesundheitspolitik spielte Deutschland praktisch keine Rolle. Bezogen auf das Pro-Kopf-Einkommen

der schlechten Gesundheitssituation in großen Teilen des Südens behindern Entwicklung und tragen

Politikfeldes Global Health und der eher abnehmenden Fähigkeit zwischenstaatlicher Organisationen,

bleibt der deutsche Beitrag im Bereich HIV/AIDS weit hinter dem anderer OECD-Länder zurück. Die bisherigen Erklärungen zur deutschen Doppelpräsidentschaft (G8 und EU) lassen kaum erwarten, dass neue Impulse in diesem Politikbereich gesetzt werden.

Drei Szenarien sind denkbar: Ein breites globales Engagement mit ausreichenden Transferleistungen kann grundlegende Verbesserungen der Gesundheitssituation in den Entwicklungsländern erreichen, was sich dann auch positiv auf die globale

Kontrolle von Krankheiten sowie die soziale und politische Stabilität auswirkt (1). Eine sehr enge Orientierung der OECD-Länder an eigenen kurzfristigen Interessen (Abwehr der Ausbreitung von Krankheiten, effektive Isolierung gegenüber Gesundheitsproblemen in armen Ländern) ist unter Einsatz der International Health Regulations und anderer Mittel der Kontrolle von Epidemien nicht unwahrscheinlich (2), kann allerdings leicht in ein globales Krisenszenario (3) umschlagen. In diesem Fall werden globale Probleme ten-

denziell unkontrollierbar.

Zunehmende politische Konflikte in Krisenregionen behindern den Ausbau von Gesundheitssystemen, und die Ausbreitung von Epidemien betrifft auch viele Menschen im Norden. Eine deutsche „Gesundheitsaußenpolitik“ könnte die Entwicklung zum Szenario 1 fördern, wenn eine weltweite Sozial- und Gesundheitspolitik als Teil

einer globalen Ordnungspolitik angesehen wird, die auch in diesem Bereich Rechte und Verpflichtungen, vor allem zu einem deutlich wachsenden

Ressourcentransfer anerkennt. Bisher stehen Initiativen zu einer umfassenden Verbesserung der Gesundheitssituation in armen Ländern eher im Hintergrund gegenüber der Kontrolle von Infektionskrankheiten, vor allem von HIV/AIDS. Ein Vorstoß für eine konsequente europäische Politik und für Verpflichtungen der G8 zur Stärkung von Global Health Governance im Sinne der Verbesserung der Gesundheit in armen Ländern könnte einen wichtigen Impuls zum Ausbau von Global Health darstellen.

ERNST HILLEBRAND



Zu viele oder zu wenige? Demographische Entwicklung und internationale Migration bis zum Jahr 2020

Die Weltbevölkerung wird bis 2020 um 17% (2005 = 100) wachsen, von 6,5 Mrd. (2005) auf ca. 7,56 Mrd. Menschen. Der weit überwiegende Teil dieses Wachstums wird in der Dritten Welt stattfinden und hierbei wiederum der stärkste Zuwachs in den am wenigsten entwickelten Ländern. Der Anteil der am wenigsten

entwickelten Länder (LLDC) an der Weltbevölkerung wird von 11% auf 14% im Jahr 2020 anwachsen, der der heutigen Entwicklungsländer insgesamt von 81,3% auf 83,6%. Gleichzeitig wird die Zahl der weltweiten Migranten weiter steigen. Von 1960 – 2005 ist deren Zahl von 75 Mio. auf 191 Mio. gestiegen. Bis 2050 wer-

den netto ca. 100 Mio. Menschen von der Dritten in die Erste Welt abwandern. Die Faktoren, die in der Vergangenheit Wanderungsbewegungen getrieben haben – vor allem die Einkommensunterschiede zwischen den verschiedenen Regionen – werden auch in Zukunft wirksam sein. Auf absehbare Zeit ist nicht mit ei-

nem Schließen der Einkommensschere zwischen Erster und Dritter Welt zu rechnen, vielmehr deuten viele Faktoren auf eine weitere Öffnung hin (mit der Ausnahme Chinas). Innerhalb Europas wird Deutschland – das zurzeit ca. 31% der europäischen Bevölkerung ausländischer Abstammung

beherbergt (Frankreich 14%, GB 12%, Italien 9%) – weiterhin das Hauptzuwanderungsland sein. Berechnungen des Statis-

sonders für Zuwanderer aus europäischen Nicht-EU-Staaten und Osteuropa attraktiv sein, mit einem besonderen Schwergewicht

Entwicklungen in den beiden für Wanderungsbewegungen nach Europa besonders wichtigen Gebieten, Osteuropa und dem Krisenbogen im Mittleren und Nahen Osten. Je nach Entwicklung in diesen Gebieten (politisch und ökonomisch) wird sich die Zuwanderung nach Westeuropa in sehr verschiedener Form entwickeln. Die Einwirkungschancen deutscher und europäischer Politik auf die entscheidenden Ursachen von Migration – Bevölkerungswachstum und Einkommensunterschiede in einer globalisierten Welt – sind bei realistischer Betrachtung sehr gering. Handlungsmöglichkeiten ergeben sich daher am ehesten bei der Zuwanderungssteuerung. Angesichts des unverminderten Zu-

wanderungsdrucks vor allem aus der Dritten Welt wird die EU eine gemeinsame Politik der gesteuerten Immigration vor allem gut ausgebildeter und junger Menschen und des effizienten Schutzes der Außengrenzen gegen unerwünschte Zuwanderung entwickeln müssen. Integrationspolitik wird ein zentraler Faktor für die gesellschaftliche Verarbeitung der weiter erfolgenden Zuwanderung bleiben und als Politikfeld daher dauerhaft wichtig sein. Gleichzeitig bedarf es zur Lösung der demographischen Probleme Deutschlands einer Bevölkerungs- und Familienpolitik, die die Geburtenrate auf das Niveau der in dieser Hinsicht erfolgreicher westeuropäischen Staaten hebt.

tischen Bundesamtes operieren mit Szenarien von jährlichen legalen Netto-Zuwanderungszahlen von 200.000 – 300.000 Menschen in diesem Zeitraum. Deutschland wird damit nach den USA das zweitgrößte Netto-Empfängerland von legalen Migranten sein und weiterhin be-

auf der Türkei. Die illegale Migration wird weltweit weiter steigen; bereits heute sind Menschenhandel und Schlepperwesen die drittgrößte Branche des weltweiten organisierten Verbrechens. Die beiden Szenarien für das Projekt Kompass 2020 basieren auf unterschiedlichen

ERFRIED ADAM



Menschenrechte und internationale Sozialpolitik

Als Reaktion auf die Katastrophen des 20. Jahrhunderts, den Ersten Weltkrieg, faschistische Gewaltherrschaft, Holocaust, Diktatur und II. Weltkrieg entstanden der Völkerbund, die Inter-

nationale Arbeitsorganisation (1919) und dann die Vereinten Nationen (1945). UN Charta, Völkerrecht und internationales Recht, Menschenrechte und soziale Standards verbinden sich

in der Grundfunktion, den Frieden nach innen und außen zu sichern und den Menschen Freiheit, Gleichheit und sozialen Fortschritt zu gewährleisten. Gegen die Anarchie der Macht werden

gemeinsame multilaterale Regeln gestellt und eine gemeinsame Verpflichtung der Staatenwelt für deren Umsetzung und Absicherung. Als Wertorientierung sind Menschenrechte das Fun-

dament demokratischer Ordnung. Primär haben Sie eine Schutzfunktion gegen den Staat und dessen möglichen Absolutheitsanspruch. Sie dienen der Begrenzung von Herrschaft und staatlicher Willkür, dem Schutz des Menschen als „Mensch“ und als Grundlage der „Verrechtlichung“ der Beziehung zwischen Staat und Bürger. Sie sind Grundpfeiler einer Konstitutionalisierung der internationalen Ordnung. Die Debatten über 60 Jahre UN-Menschenrechtspolitik sind geprägt von Auseinandersetzungen um die Universalität ihrer Geltung, ihre Interdependenz und Gleichrangigkeit, vor allem aber um das Verhältnis zwischen staatlicher Souveränität, wonach Menschenrechte in die „innere Zuständigkeit“ der Staaten fallen; und einer gemeinsamen Verantwortung der Staatengemeinschaft für ihren Schutz und die Durchsetzung, aus der sich Kontrollfunktionen und – in Extremfällen – auch das Recht auf Interventionen herleiten würden. Haben Menschenrechte und internationale Sozialstandards unter

den Bedingungen der Systemkonkurrenz auch politisch-instrumentelle Funktionen, wird ihre Gültigkeit heute zusätzlich infrage gestellt durch Gewichtverschiebungen im internationalen System, Glaubwürdigkeitsverlust der Protagonisten und den zunehmenden Wettbewerbskonflikt unter den Bedingungen der Globalisierung. Deutschland hat vor dem Hintergrund seiner Geschichte einen bemerkenswert anerkannten Platz im internationalen System gefunden, bleibt aber nach Einschätzung vieler merkwürdig profillos und politisch hinter seinen Möglichkeiten zurück. Koordination und Kohärenz sind die größte Herausforderung für die internationalen Organisationen und die Politik ihrer Mitgliedsstaaten. Die Handlungsfähigkeit internationaler Organisationen ist wesentlich begrenzt durch das, was die Staaten ihnen vorgeben und ermöglichen. Die Macht zur Gestaltung der Globalisierung und der internationalen Ordnung liegt nur vermittelt bei den internationalen Organisationen. Verantwortung und politi-

sche Initiativen liegen bei den Mitgliedsstaaten, ihrer Suche nach Handlungsoptionen, Konsens und Interessenausgleich sowie der Bereitschaft zu materiellen Angeboten. Dies gilt für Menschenrechtspolitik und internationale Sozialpolitik ebenso wie für die Felder der Friedenssicherung, der globalen Wirtschafts- und Entwicklungspolitik. Hier ist konkretes und praktisches staat-

und damit Menschenrechte und sozialen Ausgleich im Inneren wie nach außen zu sichern. Ein Land, zerrissen von Generationenkonflikt, Fremdenhass und sozialer Spaltung, verliert auch seine internationale Handlungsfähigkeit und den Einfluss, die Politik internationaler Organisationen (mit) zu gestalten.

*Der UN-Menschenrechtsrat in Genf
(Foto: UN Photo/ J.-M. Ferre)*



liches Handeln gefordert und das bewusste und abgestimmte Agieren in allen Feldern des internationalen Systems. Deutschland bleibt nach außen nur handlungsfähig, wenn es gelingt, die Herausforderungen von Demographie, Generationenkonflikt und sozialem Wettbewerb positiv aufzunehmen und zu beantworten



KONTAKT ZUM PROJEKT

Referat Entwicklungspolitik
Katrien Klüver
Jochen Steinhilber
Telefon 030 26935 972
Fax 030 26935 959
kompass2020@fes.de
www.fes.de/kompass2020

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft auf dem deutsch-französischen Prüfstand

Große Erwartungen

— DIE ERSTE AUFGABE DER DEUTSCHEN EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT sei es, „den Bürgern die Lust an Europa zurückzugeben“. Dazu gehöre auch eine Harmonisierung der Wirtschafts- und Steuerpolitiken innerhalb der Euro-Zone.

Das sagte die sozialistische Senatorin und ehemalige französische Kulturministerin Catherine Tasca auf einer Podiumsdiskussion im Pariser Heinrich-

nauer-Stiftung veranstaltet wurde. Als weitere Aufgaben der deutschen Ratspräsidentschaft bezeichnete Tasca die Lösung der Verfassungsfrage und

teilnehmer im Prinzip zu, doch warnte vor allem die CDU-Europaabgeordnete Doris Pack vor zu großen Erwartungen: in sechs Monaten könne nicht erledigt werden, was zuvor jahrelang liegen geblieben sei. Als einen möglichen Ausweg aus der Verfassungskrise bezeichnete Pierre Lequiller, Vorsitzender des Europa-Ausschusses der französischen Nationalversammlung, einen „Mini-Vertrag“, so wie ihn der konservative Präsidentschaftskandidat Nicolas Sarkozy vorgeschlagen hat. Danach sollte der dritte Teil des Verfassungsvertrages, der in Frankreich besonders umstritten

war, ganz wegfallen und aus den beiden ersten Teilen nur die wichtigsten Elemente beibehalten werden, wie die Mehrheitsentscheidungen, der europäische Präsident und der europäische Außenminister. Der SPD-Abgeordnete Steffen Reiche plädierte für ein pragmatisches Vorgehen, ohne das Ziel der Verfassung aus den Augen zu verlieren: zunächst müsse der deutsch-französische Motor wieder zum Laufen gebracht werden und dann sollten konkrete Politikfelder wie Nachbarschafts- oder Energiepolitik und das soziale Europa, in Angriff genommen werden.

Heine-Haus am 22. Januar, die gemeinsam von den Pariser Büros der Friedrich-Ebert- und der Konrad-Aden-

auer-Stiftung veranstaltet wurde. Als weitere Aufgaben der deutschen Ratspräsidentschaft bezeichnete Tasca die Lösung der Verfassungsfrage und

DEUTSCH-FRANZÖSISCHES EUROKOLLOQUIUM IN PARIS

Europa muss sich Grenzen setzen

Europa müsse den Mut haben, seine Grenzen zu fixieren, erklärte der ehemalige französische Außenminister Hubert Védrine, denn nur so könnten zukünftige Erweiterungen ins Auge gefasst werden.

Die Osterweiterung von 2004 sei mit Schuld am Nein der Franzosen im europäischen Verfassungsreferendum gewesen; damals sei Frankreichs Position von seinen europäischen Partnern

nicht verstanden worden, heute sei sie Allgemeinut. Védrine sprach auf dem vom Pariser Büro der FES und von „Europarténaires“ am 25. Januar veranstalteten Euro-Kolloquium in Paris.

Verständnis für diese Position äußerte vor allem der frühere Präsident des Europa-Parlaments, Klaus Hänsch. Die Osterweiterung sei erstmals nicht von einer „Vertiefung“, also einer Re-

form der europäischen Institutionen, begleitet worden. Der von Franzosen und Holländern abgelehnte Verfassungsvertrag sei aber die Voraussetzung für das Funktionieren der Europäischen Union mit 27 Mitgliedern. Solange es keine Verfassung gäbe, sei Europa an den Grenzen seiner Erweiterungsfähigkeit angelangt. Hänsch plä-

dierte für einen Änderungsvertrag zu den Abkommen von Nizza, die bis heute die Grundlage für das (unzureichende) Funktionieren der EU bilden; dabei müsse die Substanz des Verfassungsvertrages erhalten werden. Dem stimmte auch die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Angelica Schwall-Düren zu,

wenngleich sie betonte, dass für Deutschland der europäische Verfassungsvertrag noch immer die Grundlage aller Verhandlungen bilde, da er von 18 Mitgliedsstaaten ratifiziert worden sei. Wie Hänsch und Schwall-Düren sprach sich auch Védrine gegen einen neuen Verfassungskonvent aus; mit 27 Mitgliedern

könne nichts Besseres erreicht werden als mit 15. Er schlug statt dessen ein pragmatisches Vorgehen vor: ein „Europa der Projekte“, etwa auf den Gebieten der Sicherheits-, Forschungs- und Umweltpolitik. Dabei könnten die Länder der Eurozone den Kern einer verstärkten Integration bilden.

FES-BRÜSSEL ERINNERT AN WILLY BRANDT

„Etwas Neues muss her!“

„Wagt weiter! Willy Brandt – Europäer und Staatsmann (1913-1992)“ – mit einer Ausstellung begleitet das FES-Europabüro Brüssel die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Die vom Archiv für Soziale Demokratie entworfene Zusammenstellung aus Bildern und Texten zum sozialdemokratischen Weg nach Europa und der Rolle Willy Brandts soll dazu anregen über die europäische Aktualität Brandtscher Politik zu diskutieren: die langfristigen Veränderungen Europas nach dem Beitritt der mittelosteuropäischen Staaten, die Notwendigkeit einer fairen Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd sowie die soziale Frage in Europa.

Die Ausstellung wurde am 31. Januar vom SPD-Vorsitzenden Kurt Beck und der FES-Vorsitzenden Anke Fuchs eröffnet. Anke Fuchs zitierte dabei die Wor-

zepte. Was wir anstreben, ist eine Gesellschaft, die frei ist von Furcht, mit Hoffnungen und vernünftigen, angemessenen Chancen für die junge Gene-



Für mehr Gemeinsamkeit in Europa plädierte der SPD-Vorsitzende Kurt Beck anlässlich der Eröffnung der Willy Brandt-Ausstellung in Brüssel.

te Willy Brandts aus seiner ersten Rede vor dem 1979 gewählten Europaparlament: „Wagt weiter und neue Wege nach vorn, und lasst euch nicht abspeisen mit rückwärts gewandten Re-

ration...“ Sie forderte „etwas Neues muss her“, nachdem der Euro oder der Wegfall der Grenzkontrollen inzwischen selbstverständlich scheinen. Die europäische Idee bedürfe einer ständigen Erneue-

rung und benötige dafür frische Impulse aus der Jugend.

„Mehr Gemeinsamkeiten in Europa wagen“, damit knüpfte Kurt Beck an die Forderung Brandts an: „mehr Demokratie wagen“. Beck erinnerte an die historische Leistung des ersten sozialdemokratischen Kanzlers der Bundesrepublik, die Aussöhnung mit dem Osten Europas zu betreiben. Damit habe er die spätere Öffnung der Grenzen und schlussendlich den EU-Beitritt der mittelosteuropäischen Länder ermöglicht. Nun müsse Europa handlungs- und entscheidungsfähig werden, auch und gerade gegenüber den Herausforderungen der Globalisierung.

Schlachten von gestern

Massenarbeitslosigkeit ist nach wie vor eines der großen ungelösten Probleme der europäischen Volkswirtschaften. Trotz einer Vielzahl von Reformen und Liberalisierungsschritten in den letzten Jahren lag Mitte 2006 die Arbeitslosigkeit in den EU-Ländern weiterhin bei durchschnittlich acht Prozent. Die Frage, vor die sich die Politik, aber auch die Sozialpartner gestellt sehen, lautet daher ganz einfach: Welche Arbeitsmarktkonzepte funktionieren wirklich? Dieser Frage ging die FES in Zusammenarbeit mit der britischen Work Foundation auf einem Seminar in London am 13. Dezember nach. Experten aus Deutschland, Großbritannien, Schweden, den USA, Italien, Polen und Spanien widmeten sich der Frage, welche

Reformen nicht nur die Arbeitslosigkeit generell reduzieren können, sondern auch für eine bessere Integration von Jungen, Alten und Frauen in den Arbeitsmarkt sorgen können.

Dabei zeigte sich relativ schnell, dass die Mehrzahl der Meinung war, dass die Arbeitslosigkeit in der EU keineswegs – wie es die neoliberale Reformorthodoxie vorsieht – über Strukturreformen im Arbeitsmarkt alleine beseitigt werden kann. Erfolg versprechend sei nur die Kombination von Strukturreformen mit makroökonomisch orientierter Politik, wie sie etwa in Großbritannien praktiziert wurde. An einer derartigen Kombination habe es im Euro-Raum bisher gemangelt, so der Staatssekretär im Bundesarbeitsministe-

rium Kajo Wasserhövel.

Möglicherweise, so der Harvard-Arbeitsökonom Richard Freeman, schlage Europa mit seiner Fixierung auf die Deregulierung von Arbeitsmärkten ohnehin immer noch Schlachten von gestern. Es entstehe derzeit eine erhebliche, für die Beseitigung von Massenarbeitslosigkeit möglicherweise zentrale Nachfrage nach personennahen Dienstleistungen und den entsprechenden Arbeitsplätzen.

■ „Familienpolitik, richtig gemacht“, so Freeman „ist gleichzeitig Beschäftigungspolitik.“

Die klassischen deregulierungsorientierten Reformrezepte boten weder hinreichende Erklärungen für die unterschiedliche Entwicklung auf den Ar-

beitsmärkten Europas, noch konnten sie einen Pfad zur effizienten Beseitigung von Massenarbeitslosigkeit weisen. Die Herausforderung bestehe darin, eine effiziente Mischung aus aktivierender Arbeitsmarktpolitik, Investitionen in die Qualifizierung von Arbeitskräften, der Erhöhung des Frauenanteils am Arbeitsmarkt und einer stimulierenden Wirtschaftspolitik zu finden. Diese Perspektive, so Kajo Wasserhövel, werde auch für die Bundesregierung während der EU-Ratspräsidentschaft bestimmend sein: Es gehe darum, das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell so weiterzuentwickeln, dass eine hohe Beschäftigungsquote mit hochwertiger Arbeit und fairer Bezahlung für alle Arbeitnehmer erreicht wird.



„Wachstum, Arbeit und Wohlfahrt – ein Skandinavisches Modell für intelligentes Wachstum“, war Titel einer Konferenz anlässlich des 60-jährigen Jubiläums des schwedischen Gewerkschaftsdachverbandes TCO und der aus der Genossenschaftsbewegung stammenden Versicherungsgesellschaft „Folksam“. Auf Einladung der FES erläuterte der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales Franz Thönnies die Reformansätze der Bundesregierung in Hinblick auf das Phänomen alternder Gesellschaften (auf dem Bild v.r.: Sture Nordh, Vorsitzender TCO, Franz Thönnies, Uwe Optenhögel, FES Stockholm)

Alles Gute kommt von Norden?

Im Rahmen eines Symposiums über den Beitrag Schwedens und der nordischen Länder zum europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell eröffnete die Vorsitzende der FES, Anke Fuchs, Ende November das neue Büro der Stiftung in Stockholm. Vor einem Publikum aus Politik und Diplomatie, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Medien erläuterte sie die Gründe für den Aufbau der neuen Vertretung, die für die skandinavischen Länder zuständig sein wird. Während der Veranstaltung bot sich Gelegenheit zum Meinungsaustausch mit zukünftigen Partnerinstitutionen sowie mit führenden Gewerkschaftsvertretern und dem langjährigen Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden

der schwedischen Sozialdemokraten, Göran Persson.

Die nordischen Länder sind zunehmend zur Referenz für deutsche und europäische Politiker in der Auseinandersetzung um die Reform der eigenen Sozialsysteme geworden, denn in den vergangenen



Das neue Büro der FES in Stockholm befindet sich im historischen Gebäude der schwedischen Gewerkschaften, in dessen Kellerräumen auch das Auslandsarchiv der SPD den Zweiten Weltkrieg überdauerte.

beiden Jahrzehnten ist es gelungen, die „Nordischen Wohlfahrtsstaaten“ mit grundlegenden Reformen zu sichern und weiterzu-

entwickeln. In den 90er Jahren wurde mit weit reichenden Reformpaketen Staatsverschuldung, Rezession und Arbeitslosigkeit erfolgreich bekämpft. Heute rangieren die skandinavischen Länder in den Nachhaltigkeitsdaten der OECD, bei der PISA-Studie,

ebenso wie im Report des Weltwirtschaftsforums über die globale Konkurrenzfähigkeit an der Spitze der „Top Ten“ aller OECD-Län-

der. In der sozialwissenschaftlichen Debatte über die Sozial- und Wirtschaftsmodelle in der Welt rangiert die Leistungsfähigkeit des „skandinavischen Modells“ deutlich vor den kontinentalen und angelsächsischen Typen. Gründe genug also, um die Modelle unserer nördlichen Nachbarn genauer zu betrachten. Dies und der Versuch, gemeinsam mit nordischen Partnern deren Erfahrungen verstärkt in die Auseinandersetzung um die Gestaltung des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells einzubringen, werden zunächst die Prioritäten der Arbeit der FES in Stockholm sein. Daneben wird das Büro versuchen, mehr europapolitische Debatten ins EU-kritische Schweden zu tragen.

Hartz IV als Orientierung für die schwedische Arbeitsmarktpolitik?

Dass der Dialog über die Erfahrungen bei der Reform des Sozialstaates keine Einbahnstraße sein muss, wurde bei der Debatte um die deutschen Erfahrungen mit Hartz IV in Stockholm deutlich. Auf Einladung der FES erläuterte Staatssekretär Kajo Wasserhövel aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales während einer Tagung der sozialdemokratischen Fraktion im schwedischen Reichstag mit den Spitzen der schwedischen Gewerkschaften sowie führenden Vertretern aus Medien und Verwaltung die Konsequenzen

der Arbeitsmarktreformen der jüngsten Vergangenheit in Deutschland. Der hier begonnene Dialog ist für die schwedische Sozialdemokratie ein Orientierungsschritt bei der Neuausrichtung der eigenen Politik nach der verlorenen Wahl im Herbst 2006.

Im Rahmenprogramm wurden bei Gesprächen mit der Staatssekretärin aus dem schwedischen Arbeitsministerium, Eva Udden Sonnégard, auch die arbeitsmarktpolitischen Vorstellungen der neuen Mitte-rechts-Regierung erörtert.

Was kann die Linke tun?

Ein Gespenst geht um in Europa: Rechtspopulistische Bewegungen sind in vielen Ländern auf dem Vormarsch. Zunehmend sind sie bei Wahlen nicht nur auf lokaler Ebene, sondern auch auf nationaler Ebene erfolgreich. Ihre demokratieverdrossene, systemkritische und immigrationsfeindliche Rhetorik findet vor allem bei männlichen Wählern aus Arbeiter- und unteren Mittelschichtmilieus wachsenden Anklang. Eine Veranstaltung der FES in Zusammenarbeit mit dem britischen Policy Network am 22. und 23. Februar in London, versuchte die Ursachen dieser Ent-

wicklung zu analysieren und Gegenrezepte zu entwerfen. Experten, Wissenschaftler, Journalisten und Poli-



Abstiegsängste ernst nehmen: Liam Byrne, britischer Einwanderungsminister und John Reid, britischer Innenminister, plädierten für einen glaubwürdigen neuen politischen Diskurs.

tiker aus Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Spanien, den Niederlanden, Österreich, Schweden, Belgien und Ungarn fragten nach den motivierenden Faktoren

und möglichen neuen Politik- und Kommunikationsangeboten an Gruppen, die sich dem demokratischen Sys-

tem entfremdet haben. Das Spektrum muss, das machten auch die beiden deutschen Referenten Dieter Wiefelspütz und Ute Vogt klar, von der Verfolgung verfassungsfeind-

licher Tendenzen bis zu einer ernsthaften Überprüfung eigener Schwächen bei Politik- und Kommunikationsformen reichen. Die Volksparteien der linken Mitte, so der einhellige Befund, müssten die Sorgen der von Abstiegsängsten geplagten Milieus der „Globalisierungsverlierer“ deutlich ernst nehmen. Gerade beim Thema der Immigration hätten Parteien der linken Mitte die Aufgabe, einen glaubwürdigen neuen politischen Diskurs zu entwickeln und das Thema nicht den Rechtspopulisten zu überlassen, so der britische Innenminister John Reid.

FES + + + TELEGRAMM

+++ Anregungen für den Energie-Dialog in Europa suchten die Teilnehmer des **Workshops „Polnische Energiepolitik und Energiepolitik Europa“** am 26. Februar in Warschau. In der von der FES-Warschau veranstalteten Diskussionsrunde kamen die deutschen Energiepolitiker und Regierungsvertreter Viktor Elbling, Auswärtiges Amt, Martin Schultz, Arbeitsgruppe Energie der SPD-Bundestagsfraktion, und Rolf Hempelmann, energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, mit einem ausgewählten Kreis polnischer Energiepolitiker und Energieexperten zusammen. Breite Zustimmung gab es für die Notwendigkeit gemeinsamen Agierens im Hinblick auf die Versorgungssicherheit und gegenüber Russland. Deutliche Differenzen zeigten sich dagegen beim Thema „Ostseepipeline“. +++

+++ „Europa gelingt nur gemeinsam“, so Günter Gloser, Staatsminister im Auswärtigen Amt, während einer Diskussionsrunde der FES-Warschau und demosEUROPA mit Pawel Zalewski, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des polnischen Sejm. Eine erfolgreiche deutsche Ratspräsidentschaft setze die Zusammenarbeit aller 27 Mitgliedsstaaten voraus, betonte Gloser am 23. Februar in Warschau. +++



(Foto: Gloser)

Gegen „Wettbewerbsfetischismus“

Gegen den „Wettbewerbsfetischismus“ der EU-Kommission wandte sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Reinhard Schultz auf einem energiepolitischen Seminar der FES in Paris. Schultz konstatierte große Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich: Deutschland habe den Strommarkt seit 1998 weitgehend liberalisiert mit dem Ergebnis, dass der teuerste Anbieter den Preis bestimme und der Staat nur wenig Möglichkeiten habe, regulierend einzugreifen. In Frankreich könne hingegen der Staat auf „seine“ Unternehmen im Energiesektor einwirken. Das Pariser Energieseminar am 29. Januar war Teil einer europäischen Serie und wur-

de gemeinsam mit der Fondation Jean Jaurès veranstaltet, die die beiden energiepolitischen Experten Francis Sorin und Pierre Bacher mit der Erstellung eines nationalen Lageberichts beauftragt hatte, der die Grundlage für die Diskussion bildete. Aus diesem Bericht wurde deutlich, weshalb die Nuklearenergie in Frankreich mit 80% der gesamten Elektrizitätserzeugung immer noch hoch im Kurs steht: Da Frankreich nach dem ersten Ölschock 1973 in Energiefragen um jeden Preis unabhängig von anderen Ländern sein wollte und da es selbst kaum über Rohstoffvorkommen verfügt, schien der Import von Uran die geostrategisch beste Lösung. Zudem lässt

sich heute feststellen, dass die CO₂-Emissionen in Frankreich weniger hoch sind als in den meisten Nachbarstaaten.

In Bezug auf das von der EU-Kommission vorgeschriebene Ziel, die nationalen CO₂-Emissionen bis 2020 um 20% zu senken, steht Deutschland vor einem Dilemma, so Reinhard Schultz:

■ Die Kernenergie ist unter
■ der deutschen Bevölkerung
■ verpönt, die Kohleenergie
■ belastet die Umwelt stark
■ und die erneuerbaren Energien sind noch lange nicht
■ bedarfsdeckend.

Philippe Lorec vom französischen Wirtschaftsministerium erklärte, das 20%-Ziel sei in Frankreich durchaus erreichbar, vielleicht sogar zu übertreffen.

Der Energieexperte Friedemann Müller ging abschließend auf die Knappheit der Ressourcen ein, und forderte in Einvernehmen mit der SPD-Abgeordneten Gabriele Frechen mehr staatliche Investitionen in die Errichtung von Gaspipelines, um der Abhängigkeit von Russland zu entkommen. Das Problem sei, dass Russland sich weigere, dem Bau von anderen, aus dem kaspischen Raum nach Deutschland führenden Gaspipelines zuzustimmen. Wenn eine Diversifizierung der Gaslieferungen nicht ermöglicht werde, würde sich die Energieversorgung immer weiter zu einer machtpolitischen Frage entwickeln.

Wettbewerbsvorteil Energieeffizienz

Das Spannungsfeld zwischen Ökologie, Ökonomie und gesellschaftspolitischer Diskussion in der aktuellen Energie- und Umweltpolitik erläuterte der Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Michael Müller, in einem Vortrag am 9. Januar im Europabüro der FES in Brüssel. Er prognostizierte zunehmend härtere Verteilungskämpfe um Ressourcen, wenn über fünf Milliarden Menschen so ähnlich leben wollten wie die eine Milliarde in den „reichen“ Ländern bereits heute.

Bereits die Enquetekommission des Bundestages kam Ende der achtziger Jahre schon zu dem Ergebnis, dass mehr Anstrengungen zur Energieeffizienz unternommen werden müssten. Die Nachfrage nach energieeffizienten Systemen sei auch die Chance der EU für ihren zukünftigen Platz in der Weltwirtschaft. Die Politik in Europa müsse daher die notwendigen Anreize oder Zwänge schaffen, um entsprechende Investitionen zu stimulieren.

DIE „SHADOW G8“ IN NEW YORK

Auf dem Weg nach Heiligendamm

„Die G8 funktioniert, muss aber besser werden“, sagte Paul Martin, der als früherer kanadischer Premierminister einst an dem Tisch saß, an dem in diesem Jahr in Heiligendamm die Staats- und Regierungschefs der führenden Industrienationen Platz nehmen werden. Im Februar 2007 gehörte Paul Martin zu einem Kreis von renommierten Ökonomen und Parlamentariern, die

sich zu einer „alternativen Sherpa-Runde“ im Vorfeld des G8-Treffens zusammengefunden hatten. Gastgeber der Runde an der

Columbia University, die vom New Yorker Büro der FES mitveranstaltet wurde, war Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, der mit



Nobelpreisträger Joseph Stiglitz war Gastgeber der alternativen G8-Runde.

der Agenda der G8 aus seiner Zeit als wirtschaftspolitischer Berater von Bill Clinton und Chef-Ökonom der Weltbank vertraut ist.

Die Vorschläge der „Shadow G8“, die neben den weltwirtschaftlichen Herausforderungen auch über zentrale Fragen der Entwicklungs- und der Klimapolitik diskutierte, sind online verfügbar: www.fes-globalization.org

FES ENTWICKELT EMPFEHLUNGEN FÜR BAN KI MOON

Herausforderungen für UN-Generalsekretär

„Für die Vereinten Nationen ist es historisch gesehen eine große Chance, wenn ein neuer Generalsekretär ins Amt kommt“, hat Thomas Weiss beobachtet. Er leitet das renommierte „Ralph Bunche Institute for International Studies“ in New York und gehört zu den besten Kennern der UN-Geschichte. Wenn die These stimmt, stellt sich die Frage, was der Koreaner Ban Ki Moon, der Anfang 2007 als achter Generalsekretär die Amtsgeschäfte von Kofi Annan übernom-

men hat, aus dieser Chance machen sollte. Welche inhaltlichen Akzente sollte er setzen, welche Initiativen ergreifen? Was sollte er kurzfristig selber anpacken, bei welchen Projekten sollte er die Unterstützung der UN-Mitgliedsländer suchen und wovon lieber die Finger lassen? Diesen Fragen ist das New Yorker Büro der FES in einer Serie von Gesprächskreisen nachgegangen, die gemeinsam mit Professor Weiss und seinem Institut veranstaltet wurden und an der nam-

hafte UN-Experten teilgenommen haben. Entstanden sind detaillierte Empfehlungen zu den Themen Entwicklung, Menschenrechte, Frieden und Sicherheit sowie Management und UN-Sekretariat. So spricht sich die Gruppe dafür aus, dass Ban zu Beginn seiner Amtszeit eine Initiative für eine neue Klimapolitik startet, eine Antwort auf die Tragödie in Darfur sucht und aktiv zur Lösung des Nahost-Konflikts beiträgt. Andererseits rät die Gruppe davon ab, weitere Re-

formkommissionen einzuberufen. Auch sollte sich Ban Ki Moon nicht in die Diskussion über die Reform des Sicherheitsrats einschalten, sondern das Thema den Mitgliedsländern überlassen. Die Empfehlungen des FES-Projekts wurden der Öffentlichkeit vorgestellt und haben in Fachkreisen in New York und Berlin ein positives Echo ausgelöst.

MEHR ZUM THEMA

Der FES-Bericht „A Priority Agenda for the next UN Secretary-General“ online unter: www.fes-globalization.org

Dilemma der Demokratieförderung

Mit starken Worten eröffnete Zbigniew Brzezinski, ehemaliger Sicherheitsberater unter Präsident Carter, in Washington eine transatlantische Konferenz der FES zur Demokratieförderung. Diejenigen, die Demokratie in anderen Teilen der Welt fördern, sollten zunächst einmal ihre eigene demokratische Glaubwürdigkeit unter Beweis stellen. Diese Kritik Brzezinskis zielte auf die Bush-Administration und deren offensichtlich fehlgeschlagene Mission, den Nahen und Mittleren Osten zu demokratisieren. Dennoch seien die USA gemeinsam mit Europa weiterhin die wichtigsten Akteure, um wirtschaftliche Entwicklung, Reformprozesse und demo-

kratischen Wandel in vielen Ländern der Welt zu unterstützen. Auch der deutsche Botschafter in den USA, Klaus Scharioth, betonte, dass die Förderung nur erfolgreich sein könne, wenn die transatlantischen Partner eng kooperierten. Als Folge des Irakkrieges ist eine intensive und häufig auch emotionale transatlantische Debatte darüber entbrannt, wie am erfolgreichsten und sinnvollsten demokratischer Wandel in anderen Gesellschaften unterstützt werden kann. Vor diesem Hintergrund organisierten der German Marshall Fund of the United States, die Deutsche Botschaft Washington und die FES im Februar diese Konferenz. Die Leiter des National

Democratic Institute, der den Demokraten nahe stehenden politischen Stiftung, und des National Endowment for Democracy, einer Art Dachverband der Demokratieförderorganisationen in den USA, Ken Wollack und Vin Weber, bedauerten die derzeitige doppelte Gegenreaktion („backlash“) gegen die Demokratieförderung, da diese zum einen in der amerikanischen Öffentlichkeit, aber auch in Partnerländern mit dem Einmarsch im Irak gleichgesetzt würden. Ein Dilemma ist den amerikanischen Partnern auch daraus erwachsen, dass parallel zum Irak-Krieg die Demokratieförderung zum Instrument der US-Außenpolitik wurde, sodass sie nach Aussage einer rangho-

hen US-Diplomatin zu einem „dirty word“ wurde. Ein deutlicher Unterschied der transatlantischen Wahrnehmungen über politische Entwicklungen und Aussichten auf demokratischen Wandel zeigte sich bei der Diskussion um die politischen Entwicklungen in Russland: Während die europäische Seite verschiedene Gesprächsebenen mit russischen Counterparts pflegt und die EU versucht ein strategisches Partnerschaftsabkommen mit Russland abzuschließen, hielten Vertreter der amerikanischen Seite dagegen und sprachen von einer neuen Internationalen autoritärer Staaten.

Eine neue EU-Ostpolitik?

Trotz Winterkälte und Schneechaos war der über 200 Jahre alte Vorlesungssaal der ehrwürdigen Eliteuniversität Georgetown zum Bersten voll. Unter prachtvollen Ge-

mälden der amerikanischen Revolution warteten die Studierenden gespannt auf den aus Deutschland angereisten Staatsminister, der ihnen von der neuen europäischen Ostpoli-

tik berichten sollte. In das Publikum hatten sich auch zahlreiche Vertreter der amerikanischen Regierung, der Botschaften, der Politik, der Wirtschaft und des Militärs ge-

mischt. Die im Februar in Washington DC veranstaltete Vorlesung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Towards a new EU-Ostpolitik?“ von Staatsminister Gernot Erler stand in

der Tradition Willy Brandts, die bis heute das Fundament dieses Diskurses bildet. Nur liegen die Schwerpunkte heute auf wirtschaftlicher Zusammenarbeit, Energie und Menschenrechten und es kann eher von einem Wandel durch Verflechtung (statt Annäherung) gesprochen werden. Erler stellte die aus drei Teilen bestehende „neue Ostpo-

litik“ im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft vor.



In historischer Kulisse: Staatsminister Gernot Erler bei seiner Washingtoner Vorlesung.

Erstens solle die EUNachbarschaftspolitik reformiert werden,

zweitens müsse es eine neue Zentralasienstrategie geben und drittens sei der Abschluss eines Rahmenabkommens mit Russland zentral, welches das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen ersetzt. Darüber hinaus betonte er auch die in diesem Kontext äußerst wichtige Rolle der transatlantischen Zusammenarbeit.

FES-DISKUSSION ZUM EU-RUSSLAND-VERTRAG

Gemeinsame Werte für Zusammenarbeit

Im November 2007 läuft das bestehende Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und Russland aus. Verhandlungen über einen neuen Vertrag zu beginnen, gehört zu den außenpolitischen Prioritäten der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Aus diesem Anlass organisierte das Moskauer FES-Büro eine Konferenz, auf der Experten, Politiker und Diplomaten die Schwerpunkte des zukünftigen Vertrages diskutierten. Die Vertreter beider Seiten waren sich einig, dass das alte Abkommen mit neuen Kooperationsinstrumenten ergänzt wer-

den sollte. So plädierten viele für die Intensivierung der Zusammenarbeit der Parlamente und für die Einbeziehung der Wirtschaft in den EU-Russland-Dialog. Die Ausarbeitung und Ratifizierung des neuen Abkommens könnte allerdings durch die derzeit schwierigen politischen Rahmenbedingungen verzögert werden. Während die neuen EU-Mitgliedsstaaten, die unter anderem von der russischen Politik im postsowjetischen Raum verunsichert sind, von einem Wertekonflikt zwischen Russland und der EU sprechen, wirft die russische Seite der EU vor, sich in innere Angelegenhei-

ten einzumischen und dabei die von ihr eingeforderten Rechte selektiv anzuwenden. Die meisten Teilnehmer waren aber der Meinung, dass die EU

und Russland – trotz einiger Differenzen – gemeinsame Werte teilen, auf denen die politische Zusammenarbeit aufbauen kann.

FES + + + TELEGRAMM

+++ Die **Jugendbegegnungsstätte Auschwitz** feierte am 7. Dezember 2006 ihr 20-jähriges Bestehen. Zum Jubiläum wurde die Ausstellung „Die andere Seite der Welt“ eröffnet und ein dazugehöriger Bildband präsentiert – beide entstanden mit Unterstützung der von der FES verwalteten Erich-Brost-Stiftung. Hans-Jochen Vogel, der den Grundstein gelegt und das Haus mit eröffnet hat, wies auf den speziellen Auftrag des Hauses hin, durch den Dialog zwischen jungen Menschen und Zeitzeugen die Erinnerung wach zu halten. + + +

+ + + Welche Auswirkungen hätte die **Einführung des Euro auf Polen**? So lautete eine der Fragen, die Wirtschaftsexperten und Politiker aus Deutschland, Großbritannien, Irland, Polen und Spanien während einer Konferenz am 20. Februar in Warschau beschäftigten. Ausgangspunkt der Konferenz der FES-Warschau und des polnischen Think-Tanks demosEUROPA war eine von demosEUROPA erstellte Studie über die Folgen der Euro-Einführung in den neuen EU-Mitgliedstaaten, die zu dem Schluss kommt, dass bei einem zügigen Beitritt die positiven Aspekte überwiegen. + + +

Gefühle wichtiger als der Verstand?

„Mit dem Balkan verbindet man im Westen fast nur Negatives: Schlendrian, Korruption – und Krieg. Aber wer kann mit dem Begriff Südosteuropa schon etwas anfangen?“ Der kroatische Abgeordnete und Bürgermeister Zvonimir Mrsic diskutierte zusammen mit den Bundestagsabgeordneten Josip Juratovic und Johannes Jung auf einer Tagung des Fritz-Erler-Forums Baden-Württemberg in Heilbronn über die Zu-

kunft der Nachfolgestaaten Jugoslawiens. Mrsic ist seit sechs Jahren Bürgermeister in der aufstrebenden Kreisstadt Koprivnica, sitzt seit vier Jahren für die Sozialdemokraten im kroatischen Parlament und ist Mitglied im Ausschuss für europäische Integration. Sein Land ist auf dem Weg in die Europäische Union, als Kandidat Nummer 28. Brüssel gibt Kroatien durchweg gute Noten. Dennoch fürchtet Mrsic Unwägbarkei-

ten, im eigenen Land und in Brüssel: „Bei uns sind gelegentlich die Gefühle wichtiger als der Verstand.“ Für die Bundestagsabgeordneten und Balkan-Kenner Johannes Jung und Josip Juratovic ist die Sache klar: „Kroatien ist reif für die EU.“ In diesem Jahr wird das Parlament in Zagreb noch 70 neue Gesetze verabschieden. Bis das Verfahren im Jahr 2009 abgeschlossen ist, werden es insgesamt 500 bis 700 sein.

Kroatien, daran lassen die beiden keinen Zweifel, ist inzwischen eine stabile Demokratie. Als Problem sehen sie derzeit viel mehr die Krise der EU und deren „Erweiterungsmüdigkeit“.



Zu Gast in Baden-Württemberg: Der kroatische Abgeordnete und Bürgermeister Zvonimir Mrsic.

Empfehlungen gegen den „Brain-Drain“

Die junge Generation ist die Hoffnung jedes Landes, aber sie ist auch die mobilste Gruppe der Bevölkerung. Wenn sich die ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen von ihren Erwartungen zu weit entfernen, sucht sie das Glück in der Ferne. Dies gilt gerade für die Transformationsstaaten in Europa, in deren unmittelbarer Nachbarschaft potentiell bessere Voraussetzungen für die Umsetzung von Lebensent-

würfen herrschen. Mit einer repräsentativen Studie zu den (Zukunfts-)Erwartungen der 18- bis 30-Jährigen Makedoniens haben die FES und das „Institut für Demokratie“ abgebildet, wie diese Generation ihr eigenes Land sieht und welche Chancen sie sich für ihre eigene Zukunft ausrechnet. Die Fragen behandelten die generelle Wahrnehmung, die ökonomische Situation, Auswanderungswünsche, die Bildung und die in-

ternationalen Beziehungen Makedoniens. Für diese Generation entscheiden stabile innerethnische Beziehungen, gute regionale und internationale Beziehungen, die Annäherung an die EU, ein wettbewerbsfähiges Bildungssystem und Wirtschaftsreformen darüber, ob und wie viele von ihnen sich im eigenen Land für dessen Entwicklung engagieren werden. Nicht zu vergessen die weniger Leistungsstarken, die darauf hoffen, dass

auch ihnen ein erträgliches Auskommen in der makedonischen Gesellschaft ermöglicht und ihre Zukunft nicht von permanenten Existenzängsten geprägt sein wird. Die in der Studie dargestellten Erwartungen und daraus entwickelten Empfehlungen sollen für Politiker und Politikerinnen aller Parteien, aber auch für die Wirtschaft und die Gewerkschaften ein Indikator für den erwarteten Reformbedarf sein.

Transatlantisches Hintergrundgespräch zu Afghanistan

Fähigkeit zur Selbstkritik muss wachsen

— AFGHANISTAN STEHT VOR EINEM KRITISCHEN JAHR. Die Sicherheitslage ist nach wie vor angespannt, der Aufbau funktionsfähiger Institutionen geht schleppend voran und Fortschritte in der politischen wie wirtschaftlichen Entwicklung des Landes werden seitens der Bevölkerung vielfach als unzureichend empfunden.



Einer der Schlüssel zum Erfolg beim Wiederaufbau Afghanistans: Die Zivilbevölkerung muss Vertrauen in die Hilfe von außen haben (Foto: Bildstelle der Bundeswehr)

Vor dem Hintergrund einer anhaltenden Debatte über den internationalen und den deutschen Beitrag zur Stabilisierung des Landes hatte die FES am 29. Januar zu einem Hintergrundgespräch in das Berliner Haus eingeladen. Für eine hochrangige US-Delegation mit Assistant Secretary Richard A. Boucher, Abteilung für Süd- und Zentralasien des US-Außenministeriums, den amtierenden amerikanischen Botschafter in Kabul, Ronald E. Neumann, General Karl Eikenberry, Kommandeur

der US-Streitkräfte in Afghanistan, sowie weitere Vertreter/innen der amerikanischen Botschaft bot sich erstmals die Möglichkeit zum Gespräch mit einem ausgewählten Kreis deutscher Teilnehmer/innen. Zahlreiche Abgeordnete des Deutschen Bundestags, der Task-Force Afghanistan der SPD-Bundestagsfraktion sowie Afghanistan-Experten aus Ministerien, Wissenschaft und EZ-Organisationen nutzten die Möglichkeit, um sich im informellen Rahmen über Ansätze des Wieder-

aufbaus und die Verbindung ziviler und militärischer Strategien auszutauschen. Richard A. Boucher skizzierte die gegenwärtige Strategie des amerikanischen Engagements. Es müsse in Zukunft noch stärker darum gehen, den Einfluss zentralstaatlicher Regierungsführung auch auf Räume mangelnder Staatlichkeit auszudehnen. Botschafter Neumann wies auf die Bedeutung einer erfolgreichen Drogenbekämpfungsstrategie und die Notwendigkeit zum Ausbau der Polizeiausbildung hin. Erfolge in beiden Bereichen und bei der Einhaltung der Prinzipien von „Good Governance“ seien Grundvoraussetzungen für einen funktionierenden Institutionen- und Demokratieförderungsaufbau. Darüber hinaus müssten sich alle Akteure die unvermeidliche zeitliche Lücke zwischen der Ausweitung des finanziel-

len wie militärischen Engagements der USA und dem Eintritt von Ergebnissen bewusst machen: Mit signifikanten Wirkungen sei nicht vor 2008 zu rechnen. Staatssekretärin Karin Kortmann beschrieb Beispiele für erfolgreiche Ansätze des deutschen Engagements in Afghanistan. Der ehemalige Büroleiter der FES in Kabul, Rolf Paasch, hob hervor, dass trotz positiver Ansätze zum zivilen Wiederaufbau die Fähigkeit zur Selbstkritik seitens der internationalen Gemeinschaft wachsen und auch Fehler eingestanden werden müssten. Dies sei Voraussetzung für einen notwendigen Lernprozess, der sich in den kommenden Monaten drastisch beschleunigen müsse.

MEHR ZUM THEMA

Kurzberichte aus der intern. Entwicklungszusammenarbeit (Referat Asien und Pazifik): Ursula Koch-Laugwitz – Rückschläge für den Demokratisierungsprozess: Afghanistan zwischen Real- und Reformpolitik

Keine Stabilität ohne Kooperation

„Zentralasien liegt näher an Europa, als wir im allgemeinen denken“, diese Aussage traf Pierre Morel, Sonderbeauftragter der EU für Zentralasien, während des ersten Berliner Zentralasien-Gesprächskreises. Und deshalb, so der Diplomat, brauche die EU ein „langfristiges Engagement“ in der Region. An dem Gesprächskreis, auf dem verschiedene politische Zukunftsszenarien durchgespielt wurden, nahmen die Leiter der staatlichen Institute für Strategische Studien der Länder Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan sowie aus jedem Land ein Vertreter einer NGO

teil. Gesprächspartner waren neben dem Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler, der Vorsitzenden der Deutsch-zentralasiatischen Parlamentariergruppe im deutschen Bundestag, Hedi Wegener, und Pierre Morel auch führende Experten aus China, Russland, den USA, den Niederlanden und Deutschland. Gernot Erler betonte, dass eine EU-Strategie die regionale Zusammenarbeit fördern, die Einhaltung von Menschenrechten unterstützen, die Zivilgesellschaft stärken, den Austausch von Bildung initiieren sowie einen politischen Dialog auf höchster Ebene führen sollte. Russland, so der

Experte aus Moskau, würde sehr genau beobachten, wie die EU diesen Dialog führen werde. Denn sein Land sei an Einfluss in der Region interessiert, ähnlich wie die EU in Osteuropa. Bei einem Energietransfer unter Umgehung Russlands seien Konflikte jedoch nicht ausgeschlossen. Johannes Linn, der im Dezember 2005 den Human Development Report über Zentralasien herausgegeben hatte, stellte zwei Szenarien vor. In dem einen nimmt die Reformfähigkeit der Länder zu und die ausländischen Mächte konkurrieren nicht um Einfluss. Das andere Szenario beschreibt eine Entwicklung, in der sich die regionale Entwicklung verschlechtert und Länder wie China, Russland, die USA sowie die Anrainerlande Iran und die Türkei um Einfluss streiten. Die Leiter der Strategischen Institute betonten die Bedeutung der regionalen Kooperation, die bislang vernachlässigt wurde. Zudem zeigte man sich besorgt über die zunehmende Instabilität

Afghanistans. Ein weiteres Problem sei die Wasserversorgung, die zu Konflikten führen könnte. Kurzum, so die einhellige Meinung, es mangle an Vertrauen in der Region. Und, so die Kritik an Brüssel, die EU sei kaum wahrzunehmen in Zentralasien. Selbstkritisch vermerkten die zentralasiatischen Teilnehmer, dass die Bevölkerung an der politischen Macht nur unzureichend beteiligt ist. Prof. Otto Luchterhandt vom Institut der Ostrechtorschung der Universität Hamburg prognostizierte eine zunehmende Instabilität wegen des Antagonismus zwischen zunehmender Macht der Eliten und machtloser Bevölkerung. Das Ergebnis dieses ersten Gesprächskreises: Europa hat die Bedeutung Zentralasiens begriffen, denn eine instabile Region könnte eine Bedrohung auch für die westlichen Nachbarn darstellen. Auf der anderen Seite haben die Länder Zentralasiens verstanden, dass ohne eine regionale Kooperation keine langfristige Stabilität möglich ist.

Während des Aufenthalts des Geschäftsführers der Friedrich-Ebert-Stiftung, Dr. Roland Schmidt, in Peking Anfang Februar anlässlich der 20-jährigen Kooperation mit der chinesischen Partnerorganisation „Chinese Association for international Understanding“ (CAFIU) wurde vereinbart, den Themenbereich der ökologisch nachhaltigen Nutzung der Energieressourcen in die zukünftige Projektarbeit aufzunehmen und auszubauen. Im Rahmen eines energiepolitischen Dialogs sind die chinesischen Partner vor allem interessiert an Fragen der Energieeffizienz, der alternativen Energien sowie der Energiesicherung und der energiepolitischen Zusammenarbeit auf internationaler Ebene.



Deutsch-israelische Gespräche über das Wirken des früheren Bundespräsidenten

Johannes Rau und Israel

— „IM WISSEN UM DAS GESCHEHENE HALTEN WIR DIE ERINNERUNG WACH. Mit den Lehren aus der Vergangenheit gestalten wir gemeinsame Zukunft“, so formulierte Johannes Rau im Jahr 2000 seine Vision von deutsch-israelischer Normalität.



Zum Gedenken in Israel: v.l. Christina Rau, Peter Struck, Anke Fuchs und der Leiter der FES-Vertretung im Land, Hermann Bünz

In seiner historischen Rede vor der Knesset wünschte sich Rau einen lebendigen Austausch vor allem der jungen Generationen beider Länder. Anlässlich des Jubiläums der Knesset-Rede am 16. Februar ehrte die FES das Wirken des ehemaligen Bundespräsidenten und bot in Zu-

sammenarbeit mit der Jerusalem Foundation im Rahmen einer Festveranstaltung die Möglichkeit, über die Erfahrungen und Perspektiven des deutsch-israelischen Dialogs zu diskutieren. Rau war geprägt von der Erkenntnis, dass Vertrauen wachsen müsse, dass man es

weder befehlen noch beschließen könne. Ihm ging es um einen lebendigen Dialog zwischen Nationen und Generationen wie auch um die Verbindung von Gedenken und verantwortlichem Handeln. Nur so könne man Erinnern davor bewahren, zu einer leeren Hülse zu werden und nur so könne, so Rau im Jahr 2000, „Geschichte gelingen“. „Nur nichts dem Vergessen anheim fallen lassen!“, mahnte Peter Struck, Vorsitzender der SPD-Fraktion in seinen einleitenden Worten. Ausgangspunkt der Diskussion waren die Anmerkungen von Dov Ben Meir, Vizepräsident der Knesset a.D., der das

starke persönliche Engagement Raus, sein Bekenntnis zu Israel und die tiefe innere Überzeugung, auf der es fußte, schilderte. Rudolf Dreßler, ehemaliger deutscher Botschafter in Israel, berichtete aus der praktischen Zusammenarbeit beider Staaten. Im Gegensatz zu dem israelischen Historiker Moshe Zimmermann, der anhand von Umfrageergebnissen schilderte, wie sich die deutsch-israelischen Beziehungen normalisierten, sprach sich Dreßler dafür aus, dass der Umgang beider Länder immer ein besonderer bleiben müsse.

Israel: Europas Stimme Gehör verschaffen

Zu einem Pendant der Münchner Sicherheitskonferenz hat sich in den letzten Jahren die Herzliya-Konferenz für Israel und seine strategischen Verbündeten entwickelt.

Bei der 7. Herzliya-Konferenz, die vom 21. bis 24. Januar stattfand, stand vor allem das Thema Iran im Mittelpunkt. Den geäußerten möglichen Optionen eines Militärschlags gegen den Iran setzte die Friedrich-Ebert-Stiftung in ihrem Panel „European Foreign Policy under the German Presidency“ gemäß-

tere Stimmen entgegen. Neben den beiden Abgeordneten des Deutschen Bundestages Prof. Gerd Weisskirchen und Rolf Mützenich kamen auch die ehemalige spanische Außenministerin Ana Palacio, der ehemalige israelische Botschafter in Deutschland Avi Primor sowie Christian Leffler, Direktor in der Generaldirektion der Europäischen Kommission, und Prof. Karl Kaiser, ehemaliger Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, zu Wort. www.herzliyaconference.org/Eng/

Ein dynamisches Verhältnis

Was zeichnet die deutsch-israelischen Beziehungen heute aus? Vor welchen Herausforderungen steht die junge Generation in einer Zeit, in der sich die Gründer der deutsch-israelischen Beziehungen nach und nach aus dem politischen Geschäft zurückziehen?, in der die letzten Zeugen der deutschen Verbrechen am jüdischen Volk aus dem Leben scheiden? Um sich diesen und anderen Fragen in offener Diskussion zu stellen, brachte die FES am 15. Februar in Jerusalem 20 israelische und deutsche junge Erwachsene im Rahmen eines Workshops zusammen. Unter anderem diskutierten und demonstrierten die Teilnehmer in einer Inszenierung von lebenden Skulptu-

ren eindrucksvoll ihre Vision einer friedlichen und freundschaftlichen gemeinsamen Zukunft beider Länder, die sich auf der schwierigen Vergangenheit aufbaut. In einem Rollenspiel als Politiker und Politikerinnen des jeweils anderen Landes sollten sich Deutsche und Israelis überlegen, mit welchen Projekten die gegenseitigen Beziehungen in Zukunft unterstützt werden könnten. Nach kontroversen Diskussionen kamen beide Seiten unabhängig voneinander zu dem Vorschlag, israelische und deutsche Jugendliche als Volontäre in gemeinsamen Projekten zusammenarbeiten zu lassen. Auch in den Pausen kam es zu lebhaften Gesprächen zwischen

den Teilnehmer/innen. Adressen und Telefonnummern wurden ausgetauscht und für viele wird dieses sicherlich nicht das letzte Treffen gewesen sein. Unvergessen bleibt den beiden muslimischen

nem Gebet an die Klagemauer mitnahm. Während des gesamten Workshops wurde klar, dass die deutsch-jüdische Geschichte und insbesondere die Shoah weiterhin einen zentralen Bestandteil



deutschen Teilnehmern wohl besonders ein spontaner Ausflug, bei dem sie ein Israeli aus der nationalreligiösen Siedlerbewegung in die Altstadt Jerusalems und zu sei-

der israelisch-deutschen Beziehungen bilden. Nach wie vor gilt, was Johannes Rau in seiner Rede vor der Knesset im Jahr 2000 sagte: „Es gibt kein Leben ohne Erinnerung“.

Ziel eines besonderen Ausflugs: Die Klagemauer in Jerusalem (Foto: Legnani - fotolia)

Perspektiven deutsch-israelischer Zusammenarbeit

Während seines Aufenthaltes in Israel nahm der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck auf Einladung der FES an einem politischen Club zum Thema „Perspektiven der deutsch-israelischen Kooperationen in Wissenschaft und Technologie“ teil. Die Teilnehmer, unter ihnen Vertreter aus der High-Tech-Branche, von Universitäten und der Regierung waren sich einig, dass ein immenses Potential für Kooperationen vorhanden sei, dieses aber oft aufgrund bürokratischer Schwierigkeiten nicht genutzt werden könne. Beide

Länder können insbesondere in den Sektoren Wasserwirtschaft und erneuerbare Energien bereits auf erfolgreiche Ergebnisse zurückblicken. Avishay Braverman, Knessetmitglied der Arbeitspartei, sieht die Stärke des israelischen Wissenschaftssektors vornehmlich im innovativen und ideengebenden Bereich, während insbesondere die Entwicklung technologisch hochentwickelter Marktprodukte ein Markenzeichen der deutschen Seite sei.

PARLAMENTARISCHER DIALOG IN DEN PALÄSTINENSISCHEN GEBIETEN

Fortschritte werden sichtbar

Die Bewegungsfreiheit vieler Palästinenser ist stark eingeschränkt. Lange Wartezeiten an den Checkpoints sind die Regel. Reisen zwischen der Westbank und dem Gazastreifen sind nahezu unmöglich. Dies trifft auch auf die Mehrheit der Mitglieder des Palästinensischen Legislativrates zu.

Um diese Situation zu erleichtern, übergab der Generalsekretär der SPD, Hubertus Heil, am 7. Dezember 2006 in Ramallah im Rahmen eines von der FES organisierten Be-

ratungseinsatzes eine Video-Konferenzanlage an die Fraktion der Fatah im Palästinensischen Legislativrat in Israel und den palästinensischen Autono-



Hubertus Heil traf in Ramallah auch mit Mahmoud Abbas zusammen

ratungseinsatzes eine Video-Konferenzanlage an die Fraktion der Fatah im Palästinensischen Legislativrat in Israel und den palästinensischen Autono-

mentarische Kontrolle“ betonte Heil die Notwendigkeit, das Vertrauen der Wähler und Wählerinnen zurückzugewinnen. Im Anschluss traf Heil mit

dem palästinensischen Präsidenten und Vorsitzenden der Fatah,

Mahmoud Abbas, zusammen und erörterte mit ihm das umfangreiche Arbeits- und Dialogprogramm der FES-Jerusalem.

Seit dem Tode Yassir Arafats im November 2004 sowie der überraschenden Niederlage bei den ersten demokratischen Parlamentswahlen im Januar 2006, hat in der Fatah ein grundlegender Transformations- und Reformprozess begonnen. Zaghafte Fortschritte bei der Restrukturierung und internen Demokratisierung werden sichtbar.

BERICHT ÜBER MENSCHENRECHTE IN DEN PALÄSTINENSISCHEN GEBIETEN

Drastisch verschlechterte Lage

Angesichts der Krise in den palästinensischen Gebieten entstehen neue Herausforderungen für Menschenrechtsorganisationen und ihre Unterstützer, so das Ergebnis eines von der FES in Auftrag gegebenen Berichts zur dortigen Lage der Menschenrechte. Der Verfasser der Studie, Ian Guest, ist außerordentlicher Professor an der Universität Georgetown und Gründer des Advocacy Projects,

einer in Washington ansässigen Menschenrechts-NRO. Guest besuchte im Auftrag der FES für zwei Monate die Westbank und den Gaza-Streifen und traf dort mit mehr als 60 Organisationen und Persönlichkeiten zusammen, um die Lage der Menschenrechte zu erörtern. Der Bericht entstand in einer Zeit steigender Armut und Gewalt. Nach Angaben der UN leben über 70% der

Palästinenser unter der Armutsgrenze. Bei Zusammenstößen bewaffneter Gruppen gab es seit dem Wahlsieg der Hamas im Januar 2006 zahlreiche Tote. Auch die Lage der Menschenrechte verschlechterte sich im vergangenen Jahr drastisch. Man sei dort außerordentlich skeptisch gegenüber der Relevanz von Menschenrechten und Menschenrechtsorganisationen würden

häufig als „elitistisch“ und realitätsfern betrachtet, so Guest. Der Bericht fordert in seinen 15 Empfehlungen u.a. mehr Unterstützung für Verbände auf der kommunalen Ebene. So fand Ian Guest bei seiner Reise viele hoch motivierte Gruppierungen, die sich für die Belange ihrer Gesellschaft engagieren. Diesen Gruppen mangelt es jedoch an Mitteln, Qualifikation und Kontakten.

DER BERICHT

Anforderung unter:
info@fespall.org

Frauen zurückgedrängt

Seit dem Sieg der nationalreligiösen Hamas bei den Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat im Januar 2006 gingen die Möglichkeiten der politischen Beteiligung von Frauen in Palästina zurück. Während noch 2004/5 ein eigenes Frauenministerium geschaffen und eine Frauenquote für Kommunal- und Parlamentswahlen eingeführt worden war, wurde dem Streben nach Gleichberechtigung im Politischen wie im Privaten durch



den palästinensischen Gebieten traf Anke Fuchs u.a. auch mit dem FES Partner Rami Nasrallah, Leiter des „International Peace and Cooperation Center“ zusammen.

die Hamas eine klare Absage erteilt. Die Stärkung der politischen Rolle von Frauen ist ein zentraler Bestandteil der Arbeit der FES in den

palästinensischen Gebieten. Dies wurde deutlich bei einem runden Tisch an der Birzeit University in Ramallah, zu dem die Stiftung anlässlich des

Besuches ihrer Vorsitzenden Anke Fuchs geladen hatte, und an dem neben palästinensischen Parlamentarierinnen und Mitgliedern von Frauenorganisationen auch zahlreiche Vertreter der palästinensischen Politik teilnahmen, wie z.B. Zuheir Al-Manasra, Mitglied der Genfer Initiative und im Revolutionsrat der Fatah. Die FES unterstützt Projekte des Womens Affairs Technical Committee und des Fatah-Frauen-Komitees.

Friedenserziehung mit Studenten

Im Jahr 2006 verschlechterte sich die Sicherheitslage in den palästinensischen Gebieten und dem Gazastreifen drastisch. Laut einer Studie der Menschenrechtsorganisation „Al Mezan Centre for Human Rights“ überstieg die Zahl der Gewaltvorfälle bereits im August 2006 die Gesamtzahl des Jahres 2005. Gründe sind vor allem die schlechten Lebensbedingungen, der Konflikt mit Israel und die Auseinandersetzung der verschiedenen palästinensischen Milizen. Hinzu kommt die Isolation durch die Abriegelung des Gazastreifens und die weite Verbreitung von Schusswaffen. Die FES hat seit 2005 als Teil des Projekts in den palästinensischen Gebieten ein Büro in Gaza-Stadt. Eine Zusammenarbeit mit dem Department of Continuous Education der Al-Aqsa University in Gaza hatte in einer dreimonatigen Seminarreihe von Juli bis Oktober 2006 das Ziel, den Studentinnen und Studenten der Erziehungs- und Medienwissenschaften die Anwendung friedlicher Mittel zur Problemlösung nahe zu bringen. Ausgewählt wurden die Studenten dieser

beiden Studienfächer aufgrund ihrer zukünftigen einflussreichen Stellung als Lehrer oder Journalisten. Ergebnis dieser Seminarreihe war unter anderem ein Forderungskatalog mit Vorschlägen zur Beendigung des Sicherheitschaos, der dem Präsidenten, dem Premierminister, dem Palästinensischen Legislativrat und dem Innenminister vorgelegt wurde, sowie eine Kampagne mit dem Slogan „Nein zum Sicherheitschaos, ja zu Frieden und Toleranz innerhalb der Gesellschaft“.



Das Plakat zu der von den Studenten entwickelten Friedenskampagne

Südasien

Bessere Bedingungen für Heimarbeiterinnen?

— WELTWEIT HAT DIE DEZENTRALISIERUNG DER PRODUKTION zur Ausweitung des informellen Sektors geführt. Vor allem der Anteil der Heimarbeiter ist gestiegen. Sie bilden das letzte Glied in einer Kette von Subunternehmern im produzierenden Gewerbe und zunehmend auch im Dienstleistungsbereich.

Von den insgesamt 100 Millionen Heimarbeitern weltweit finden sich allein 50 Millionen in Südasien. In Bangladesh, Sri Lanka, Nepal, Pakistan und Indien sind es zu 80% Frauen, die für die Textilindustrie Teppiche knüpfen, Stoffe weben oder Fußbälle nähen. Deren Produktionsstätten sind die eigenen vier Wände. Statt eines Arbeitgebers gibt es Agenten, die die Materialien liefern und die fertigen Produkte einsammeln und bezahlen. Gesetzliche Mindeststan-

dards oder Verträge, die Auftrags- und Einkommenssicherheit garantieren, gibt es nicht. Krankheit, Überschwemmung oder ein Schaden am Webstuhl oder der Nähmaschine haben nicht nur den Ausfall des Einkommens zur Folge, sondern verursachen zusätzliche Kosten. Kranken- oder Arbeitsunfähigkeitsversicherungen gibt es nicht. Was im Katastrophenfall bleibt, ist der Weg zum örtlichen Geldverleiher, der hohe Zinsen und als Sicherheit

häufig die Arbeitskraft eines Familienmitglieds verlangt. Die Leibeigenschaft ist in Südasien auch im 21. Jahrhundert noch weit verbreitet.

Der United Nations Development Fund for Women und die indische Gewerkschaft der selbständigen Frauen begründeten im Januar ein regionales Netzwerk zur Unterstützung der Heimarbeiter Südasiens. HomeNet South Asia vereint 482 Organisationen mit insgesamt 1,5 Millionen Mitgliedern. In Bangladesh, Nepal, Sri Lanka, Pakistan und Indien haben die im Laufe der letzten fünf Jahre ge-

gründeten nationalen HomeNet-Büros Datenmaterial gesammelt und politische Kampagnen geführt. Wo es keine oder nur unzureichende staatliche soziale Sicherungsprogramme gibt, bieten die Netzwerke auch medizinische Grundversorgung oder Kleinkreditprogramme an. Gemeinsam mit HomeNet South Asia, HomeNet Nepal und dem Global Labour Institut aus Genf veranstaltete die FES in Kathmandu im Februar dieses Jahres einen regionalen Workshop, auf dem von nationalen und internationalen Experten gemeinsam mit den Vertretern des Ho-

FES + + + TELEGRAMM

+ + + In der indischen Kultur erhöht der männliche Nachwuchs das Ansehen der Familie, während Mädchen als wirtschaftliche Belastung angesehen werden. Deshalb wird eines von 25 Mädchen getötet. Die Abtreibungsrate weiblicher Feten ist zwischen 1999 und 2000 um 49,2% gestiegen. In der Hauptstadtregion Delhi kommen auf 1000 Jungen nur 762 Mädchen. Die indische Familienministerin Renuka Chowdhury bezeichnete die Situation während einer FES-Veranstaltung als „nationalen Notstand“. Die Stiftung greift das Thema in Jugend- und Journalistenseminaren auf, unterstützt die **Lobbyarbeit für politische Reformen** und die Umsetzung der bestehenden Schutzregelungen für Frauen und Mädchen. + + +

meNet-Netzwerkes Strategien und Programme entwickelt wurden, um die ILO-Heimarbeiterkonvention 177 in allen Län-

dern Südasiens umzusetzen. Die bereits 1996 verabschiedete Konvention beinhaltet sichere Arbeitsbedingungen, gerechte Be-

zahlung und soziale Absicherung für Heimarbeiter. Die Chancen stehen gut, das Nepal als eines der ersten asiatischen Länder die

Konvention ratifiziert und somit eine Vorreiterrolle übernimmt.

SÜDASIEN

Von der Konfrontation zur Zusammenarbeit

„Die Welt hat sich verändert, und wir müssen uns ebenfalls ändern. Chance um Chance haben wir verpasst. Die Kosten der Nicht-Zusammenarbeit waren sehr hoch. Lassen Sie uns zusammenwachsen und alle Länder des Subkontinents in eine ostasiatische Gemeinschaft mitnehmen!“, mit diesem Appell wandte sich der frühere indische Premierminister Gujral an die Teilnehmer der internationalen Konferenz „SAARC 2015: neue Horizonte und Zusammenarbeit“, die das Zentrum für Süd-Zentral- und Südasiastudien der Jawa-

harlal-Nehru-Universität und das Indien-Büro der FES mit zahlreichen amtierenden und ehemaligen Ministern und Botschaftern aus allen Mitgliedsstaaten sowie Wissenschaftlern aus China, Korea und der Europäischen Union Anfang Februar in Neu-Delhi veranstalteten.

Seit Gründung der „South Asian Association for Regional Cooperation“ (SAARC) im Jahre 1985 machte die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsländern Bangladesch, Bhutan, Indien, Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka nur wenig Fortschritte. Ob-

gleich sich die SAARC-Staaten 1995 die Meistbegünstigung in ihren Handelsbeziehungen einräumten, liegt der Anteil ihres Außenhandels untereinander am gesamten Außenhandel der Mitgliedsländer unter fünf Prozent. Nach wie vor sind die politischen Beziehungen in Südasien von tiefem Misstrauen geprägt. Das soll nun anders werden: In ihrer Schlusserklärung riefen die Konferenzteilnehmer die Regierungen der SAARC-Mitgliedsländer dazu auf, die Visumspflicht abzuschaffen und den Reiseverkehr zu erleichtern, die Arbeits-



märkte zu öffnen und nicht-tarifliche Handelshemmnisse abzubauen.

Erster deutsch-indischer Parlamentarierdialog

Indien ist dabei, seine Außenpolitik neu zu bestimmen. Einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den beiden größten Demokratien, der Europäischen Union und Indien, kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Das FES-Büro in Indien eröffnete deshalb einen deutsch-indischen Parlamentarierdialog und lud eine sechsköpfige Delegation des indischen Parlaments Mitte Januar dazu ein, in Berlin und Potsdam das Zusammenwirken von Föderalismus und Parlamentarismus in Deutschland kennen zu lernen.

Im Mittelpunkt der Gespräche mit Michael Müller, parlamentarischer Staatssekretär im Umweltministerium, und Hermann Scheer, SPD-MdB, stand das Thema „erneuerbare Energien“, in einer Gesprächsrunde

mit Journalisten wurde über „Indien – eine kommende Supermacht“ debattiert und mit Vertretern der Wirtschaft wurden die deutsch-indischen Wirtschaftsbeziehungen erörtert. Mit den MdBs Prof. Herta Däubler-Gmelin und Elke Ferner sprachen die Gäste über die Rechte von Minderheiten und die politische Beteiligung von Frauen. Eine Begegnung mit der FES-Vorsitzenden Anke Fuchs und Mitgliedern der deutsch-indischen Parlamentariergruppe unter Vorsitz von Sebastian Edathy rundete den Besuch ab.

DIE FES BEIM 7. WELTSOZIALFORUM IN NAIROBI

Eine andere Welt ist möglich?

Das 7. Weltsozialforum fand in diesem Jahr in Nairobi, Kenia, und damit zum ersten Mal auf afrikanischem Boden statt. Im Vorfeld war spekuliert worden, ob das Treffen der Globalisierungskritiker nach den von vielen als enttäuschend empfundenen Foren im letzten Jahr an die Dynamik der großen Foren in Porto Alegre und Mumbai würde anknüpfen können. Tatsächlich lag es mit etwa 50.000 Teilnehmer/innen unter den Zahlen der vergangenen Jahre. Auch die Zahl der deutschen Organisationen ging stark zurück. Im Vergleich zu früheren Foren waren kirchliche Gruppen sehr viel prä-sent.

Das Forum 2007 war inhaltlich stark von Themen geprägt, die in Afrika eine große Rolle spielen, wie das

Recht auf Wasser, Nahrung oder Bildung, die Bekämpfung von HIV/AIDS sowie Menschen- und Frauenrechte. Die Debatte über Partnerschafts-abkommen mit der EU dominierte die wirt-



Zehn Diskussionsrunden und ein Infostand: Beitrag der FES zum Weltsozialforum in Nairobi.

schaftspolitischen Debatten. Die FES beteiligt sich bereits seit vier Jahren am Weltsozialforum, um ihrer Vision einer sozial gerechten und demokratisch gestalteten Globalisierung Ausdruck zu geben. Auf den Panels setzten beispielsweise der bra-

silianische Generalsekretär des Präsidialamtes, Luiz Dulci, oder der Bundestagsabgeordnete Sascha Raabe mit Vorschlägen zur aktiven Gestaltung der Globalisierung Impulse, die zu einer kon-

struktiven Diskussion beitrugen. Insgesamt richtete die FES zehn Paneldiskussionen aus, an denen insgesamt circa 50 Referenten beteiligt waren. Das Globale Gewerkschaftsprojekt griff dabei u.a. Themen wie die Rolle der Gewerkschaften bei der Orga-

nisation des informellen Sektors auf. Eine weitere Veranstaltung widmete sich der Beobachtung von neuen multinationalen Unternehmen aus Südafrika und Brasilien. Das Afrika-Referat fragte nach einer Gewerkschaftsperspektive für eine sozial gerechte Ausgestaltung der Partnerschaftsabkommen. Das Globalisierungsprojekt beleuchtete die Themen einer alternativen Entwicklungsagenda, Entwicklungsfinanzierung durch internationale Besteuerung und globale Public private partnerships. Die sicherheitspolitische Perspektive fand sich in der Debatte um Responsibility to Protect und das FES-Büro in Kenia stellte die Rolle Afrikas im Welthandel zur Diskussion.

CÔTE D'IVOIRE

Förderung einer neuen politischen Kultur

Seit September 2002 befindet sich die westafrikanische Côte d'Ivoire in einer schweren politischen Krise. Am 9. Juli 2005 schien der Frieden zum Grei-

fen nah, als die Konfliktparteien unter internationaler Vermittlung ein Entwaffnungsabkommen unterzeichneten, das zugleich den Weg zu

demokratischen Präsidentschaftswahlen frei machen sollte. Bis heute kam es jedoch weder zu den Wahlen noch zu der vereinbarten Niederlegung

der Waffen. Stattdessen verlängerte der UN-Sicherheitsrat das im Oktober 2006 auslaufende Mandat von Staatspräsident Gbagbo und seiner Über-

gangsregierung ein weiteres Mal und legitiimierte damit erneut eine Führungsriege, die nicht gelernt hat, Kompromisse mit oppositionellen Kräften zu schließen oder zu friedlichem Interessenausgleich beizutragen. Eine der Zielsetzungen der FES an

der Côte d'Ivoire ist es daher, die Entstehung einer neuen politischen Kultur zu unterstützen. Ein Ausbildungsprogramm ermöglichte 25 Nachwuchsführungskräften aus den Bereichen Politik, Presse, Gewerkschaften sowie Menschen- und Frauen-

rechtsorganisationen ein Grundlagenwissen über die Entwicklungsprobleme und die Konfliktursachen ihres Landes zu erlangen. Darüber hinaus wurden sie in „soft skills“ geschult, um sich in demokratischen Grundtugenden wie gegenseitiger To-

leranz und friedlichem Interessenausgleich zu üben. In insgesamt 21 Sitzungen lernten die jungen Männer und Frauen in theoretischen und praktischen Übungen, was es heißt, Führungsverantwortung zu übernehmen.

NIGERIA

Demokratische Spielregeln für Militär und Polizei

Seit Februar 1999, mit Beginn der Zivilregierung, muss sich Nigerias Staatspräsident Olusegun Obasanjo der Herausforderung stellen, das politisch einst mächtige Militär sowie die Polizei demokratischen Regeln zu unterwerfen. Die große Präsenz des Militärs ist auf die insgesamt 39 Jahre währenden wechselnden Militärdiktaturen seit der Unabhängigkeit im Jahr 1960 zurückzuführen. Verfassungsgemäß ist

das Militär für die Verteidigung und den Schutz des Staates nach außen verantwortlich. Aufgabe der Polizei ist es hingegen, die innere Sicherheit zu wahren. Im Falle Nigerias hat die langjährige Dominanz des Militärs zu zahlreichen Überschneidungen zwischen den Kompetenzbereichen von Polizei und Militär geführt und macht eine klare Abgrenzung sehr schwer. Ein Ziel ist es deshalb, im Rahmen des Demokratisie-

rungsprozesses für eine klare Abgrenzung der jeweiligen Kompetenzbereiche zu sorgen. Weitere Faktoren, die den Demokratisierungsprozess maßgeblich behindern, sind die unzureichende Ausbildung und schlechte Besoldung von Polizei und Militär. So führt die schlechte Bezahlung nicht nur zu einer hohen Bestechungsanfälligkeit, sondern auch dazu, dass Polizisten und Soldaten durch An-

wendung von Gewalt ihre finanzielle Lage verbessern. Die FES versucht deshalb, Militär und Polizei sowie zivile Einrichtungen an die neuen Herausforderungen heranzuführen. In Seminaren werden die Grundlagen eines demokratischen zivil-militärischen Verhältnisses erläutert, die Möglichkeit gegeben, gegenseitig Kritik zu üben, aber auch gegenseitige Verhaltensregeln zu erarbeiten.



Gemeinsam mit der „Uganda Law Society“ organisierte die FES in Uganda ein eintägiges Symposium zum Internationalen Strafgerichtshof und seinem Verhältnis zur nationalen und zur traditionellen Gerichtsbarkeit. Die ehemalige Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin ging in ihrem Vortrag vor allem auf das Verhältnis zwischen den verschiedenen Ebenen der Gerichtsbarkeit – international, national und traditionell – ein und forderte die internationale Verantwortung der Staatengemeinschaft für die Einhaltung der Menschenrechte.

TOGO: FES VERÖFFENTLICHT PRESSEKALENDER IN WAHLKAMPFZEITEN

Ratschläge für Journalisten

Bereits zum dritten Mal hat die FES in Zusammenarbeit mit



dem Verband unabhängiger Journalisten einen Pressekalender im westafrikanischen Togo veröffentlicht. Der Pressekalender wurde Anfang Januar vorgestellt und an die Medienschaffenden in Togo verteilt. Neben Terminkalender und wichtigen Kontaktadressen sowie grundlegenden Pressegesetzen behandelt der Pressekalender vor dem Hintergrund der für 2007 anstehenden Parlamentswahlen das Thema „Medien und De-

mokratie“. Ein in Togo heikles Thema, da erst 2005 Faure Gnassingbé in umstrittenen Wahlen das Präsidentenamt von seinem verstorbenen Vater übernommen hat. Togos Weg in die Demokratie ist von vielen Rückschlägen und Enttäuschungen gezeichnet. Doch seit Mitte 2006 gibt es wieder hoffnungsvolle Zeichen: Der junge Präsident ernannte eine Übergangsregierung der nationalen Einheit, die auch bisherige Op-

positionsparteien einschließt. Eine Hauptaufgabe der neuen Regierung ist die Durchführung von Parlamentswahlen im Juni 2007. Daher beinhaltet der Pressekalender beispielsweise auch einen Ratgeber für Journalisten im Wahlprozess. Die im Ratgeber enthaltenen 21 Verhaltensregeln sollen helfen, Konflikte zu vermeiden und gleichzeitig eine faire und ausgewogene Berichterstattung zu ermöglichen.

BENIN

Neuer Ratgeber zum Arbeitsrecht

Wonach bestimmt sich die Höhe des Gehaltes? Wie lange darf die Probezeit dauern? Wie viele Stunden dürfen maximal am Stück gearbeitet werden? Was muss bei Entlassungen beachtet werden? Diese Fragen stellen sich im westafrikanischen Benin sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber. Denn Benin verfügt zwar über ein ausgefeiltes Arbeitsgesetzbuch nach französischem Vorbild, doch es ist schwer, den Überblick zu behalten.

Daher hat die FES in Zusammenarbeit mit Arbeitsrechtsspezialisten einen aktualisierten Ratgeber zum Arbeitsrecht herausgegeben. Darin werden nicht nur alle Fragen zu den Themen Einstellung, Arbeitsbedingungen und Beendigung des Arbeitsverhältnisses beantwortet, sondern auch Musterarbeitsverträge vorgestellt sowie Übungsfragen als Verständnistest angeboten. Darüber hinaus werden die Rollen der Arbeitsbehörde

und der Organe des sozialen Dialoges erklärt. Die Bedeutung dieser Publikation wurde bei der offiziellen Vorstellung auch von Arbeitsminister Emmanuel Tiando unterstrichen. Er

räumte ein, dass gesetzliche Regelungen im Arbeitsleben oftmals nicht eingehalten werden, da sie weder Arbeitnehmern noch Arbeitgebern bekannt seien.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + In Kooperation mit der Parlamentarierversammlung des südlichen Afrika und dem afrikanischen **Parlamentariernetzwerk gegen Korruption** organisierte die FES-Namibia eine Konferenz in Windhoek, an der 27 Abgeordnete aus elf Staaten des südlichen Afrika teilnahmen. In ihrer Abschlusserklärung verpflichteten sich die Abgeordneten unter anderem, Gesetze zum Schutz von Zeugen, zum Zugang zu öffentlichen Informationen bzw. zur stärkeren Transparenz des Regierungshandelns auf den Weg zu bringen sowie die Umsetzung des SADC-Protokolls gegen Korruption zu unterstützen. + + +

Keine Demokratisierung ohne freie Medien

Der im Staatswappen Guineas enthaltene Wahlspruch „Travail, Justice, Solidarité“ („Arbeit, Gerechtigkeit, Solidarität“) erscheint als blanker Hohn angesichts eines BIP pro Kopf von 403 US-Dollar pro Jahr, einer Analphabetenquote von 70% und einer Einschulungsquote von 50%. Zudem handelt es sich nach Transparency International bei Guinea um den korruptesten Staat Afrikas und mit Platz 160 von 163 um einen der korruptesten weltweit. In einem traditionell repressiven politischen Umfeld entstand am

20. August 2005 überraschend mehr Freiraum für die Medien: ein Dekret der Regierung öffnete den Weg zur Gründung unabhängiger Radio- und Fernsehsender. Ursache war von der EU ausgehender Druck, die die Wiederaufnahme der 2003 ausgesetzten Entwicklungshilfeszahlungen an mehrere Bedingungen knüpfte, unter anderem an die Liberalisierung der Medien. Um unabhängige Medien als konstitutiven Bestandteil demokratischer Willensbildung zu stärken, unterstützte die FES die Nutzung

dieser neuen Freiheiten. Sie informierte in Veranstaltungen über die neue Rechtslage und bot Ausbildungsprogramme zum Marketing und Management von Radiosendern. Mit der Gründung dreier unabhängiger Radiosender, die inzwischen alle auf Sendung sind, werden erste Erfolge hörbar. Die Sender bieten ein ungewohnt freies und buntes Programm. Der größte Schritt in Richtung Demokratisierung ist mit den Programmen gemacht worden, die sich mit Politik, Wirtschaft und



Afrikanischer Balanceakt: Journalisten haben es in Afrika nicht immer leicht.

Kultur auseinander setzen und auch zu Diskussion und Austausch mit den Zuhörern einladen.

Konferenz zur Geschichte der Dekolonisation

Betrachtet man ehemalige Kolonialstaaten in Afrika oder Asien etwas näher, wird deutlich, dass heutige Probleme oft ihre Wurzeln in der Kolonialzeit haben. Denn auch nach der Unabhängigkeit verblieben die Staaten oftmals weiterhin in der Einflussphäre der alten Kolonialmächte und gerieten in die Mühlen der Systemkonkurrenz des Kalten Krieges. So dauert die Dekolonisation als eine fortgesetzte Emanzipationsbewegung mit Fort- und Rückschritten bis heute an. Erstmals befasste sich nun in Deutschland eine größere Konferenz mit diesen Prozessen der Dekolonisation für die Kernzeit der Ereignisse zwischen 1945 – 1990. Auf der internationalen Tagung wurde nach Prozessen der Dekolonisation, ihren Bedingungen und Folgen für zwischenstaatliche Beziehungen, aber auch für innergesellschaftliche Prozesse in den neuen Staaten sowie den alten Kolonialmächten gefragt: Wie versuchten die alten Kolonialmächte mit Ent-

wicklungshilfe einerseits und militärischer Einmischung andererseits ihren Einfluss zu wahren? Wie wirkte sich die Dekolonisation für die alten Kolonialmächte aus und v.a. für die Entwicklung der Europäischen Union?

Daneben wurden die Rollen internationaler Organisationen wie der UN, aber auch der Internationalen Arbeiterorganisation, der Kirchen und auch ganz konkret der Friedrich-Ebert-Stiftung untersucht. Es wurde gezeigt, wie seit Beginn der internationalen Arbeit der FES im Jahre 1958 diese Tätigkeit auch den Bedingungen der internationalen Situation sowie den Ordnungsvorstellungen der jeweiligen Zeit unterworfen war.

Aus dieser Tagung wird 2008 der Schwerpunkt des Archivs für Sozialgeschichte, „Dekolonisation: Prozesse und Verflechtungen 1945 – 1990“, hervorgehen.

Weit mehr als nur Fortbildung

„Selbst in einer Bar traue ich mich nun, mich mit Männern anzulegen!“ Unter Applaus und Gejohle sagt eine ehemalige Teilnehmerin eines Kurses für den Gewerkschaftsnachwuchs diesen Satz rückblickend über den Einfluss, den dieses Training auf ihr Leben hatte. Er war Teil ihrer Glückwunschrede zum zehnjährigen Bestehen von DITSELA,

dem gewerkschaftlichen „Bildungswerk“ in Südafrika. Der Satz sagt viel aus über die Bedeutung von gewerkschaftlicher Bildungsarbeit in einem Land, in dem ein großer Teil der Bevölkerung durch das Apartheidsystem von Bildung ausgeschlossen war, in dem auch heute kaum Rechtsschutz für Arbeiter existiert und patriarchalische Denkmuster weiterhin

die Gesellschaft bestimmen.

1996 wurde das Fortbildungsinstitut der Gewerkschaften (Development Institute for Training, Support and Education for Labour) gegründet. DITSELA bildet gewerkschaftlich Organisierte in Verwaltungs- und Organisationsfragen fort – einschließlich der Organisation von Tarifverhandlungen und Streiks – und führt

Forschungsprojekte für die Gewerkschaften durch. Seit mehreren Jahren unterstützt das Johannesburger FES-Büro DITSELA in diesen Aufgaben. Die alle zwei Jahre stattfindende Konferenz der Fortbildungsbeauftragten der Gewerkschaften stand diesmal ganz im Zeichen des zehnjährigen DITSELA-Jubiläums.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Die Werke zahlreicher schwarzer Künstler wurden während der Apartheid von Südafrika ins Ausland gebracht. Insbesondere im größten Township des Landes, Soweto, erwarben Diplomaten und Geschäftsleute Bilder und Skulpturen. Diese Tatsache riss ein Loch in das südafrikanische Kulturerbe, das die Ifa Lethu Homecoming Foundation nun schließen möchte. Gemeinsam mit dem Johannesburger FES-Büro lud Schirmherrin und First Lady Zanele Mbeki im November zu einer **Vernissage einstmals verlorengegangener Werke** nach Pretoria. + + +

+ + + Vertreter der **parlamentarischen Rechnungsprüfungsausschüsse** aus 13 Ländern des südlichen Afrika trafen sich in Windhoek, Namibia um sich über ihre Arbeit auszutauschen. Indem sie die effiziente Verwendung von Steuermitteln überwachen, tragen die parlamentarischen Rechnungsprüfer wesentlich zu mehr Transparenz sowie zur Rechenschaftslegung der Regierenden bei. Der hohe Stellenwert, den diese Arbeit im südlichen Afrika mittlerweile genießt, wurde dadurch deutlich, dass die Konferenz durch Namibias Ministerpräsidenten Nahas Angula eröffnet wurde. Die FES ist die derzeit einzige externe Organisation, die den regionalen Zusam-

menschluss – Southern African Development Community Organisation of Public Accounts Committees – langfristig unterstützt. Beteiligt an der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz waren die FES-Büros Namibia und Südafrika. + + +

+ + + Südafrikas friedlicher Übergang vom Apartheidregime zu einer freien, demokratischen Gesellschaft inspiriert immer wieder Akteure und Beobachter aus noch andauernden Konflikten. Gemeinsam mit ihrer Partnerorganisation, dem Institute for Global Dialogue (IGD), organisierte die FES-Johannesburg daher eine **internationale Konferenz zum Nahost-Konflikt in Pretoria**. Israelische, palästinensische und internationale Experten kamen nach Pretoria, um Lösungsstrategien zu diskutieren. Die südafrikanischen Teilnehmer, wie der stellvertretende Außenminister des Landes Aziz Pahad, nahmen meist eine vermittelnde Funktion in der mitunter sehr emotionsgeladenen Debatte ein. Die Geschichte des Gastgeberlandes wurde immer wieder herangezogen, um zu zeigen, dass ein Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen in einem multiethnischen Staat auch nach einer langen Phase der Unterdrückung und des gewalttätigen Konflikts möglich ist. + + +

Mexiko: FES hilft Gewerkschaftsdachverband Kommunikationsstrategien zu verbessern

Kommunikation gegen schlechtes Image

— „ENTSCULDIGEN SIE, ICH BIN FREIER JOURNALIST, eine Frage, Sie laden zu einer Pressekonferenz ein, um den Beginn der Kampagne ‚Mehr Transparenz‘ in den Gewerkschaften anzukündigen. Bedeutet das denn, dass Ihre Gewerkschaft bis jetzt nicht transparent war?“

Jorge Robles, Mitglied des Frente Amplio de los Trabajadores (FAT), kommt ins Stottern:

„Nein, nein, natürlich waren wir schon immer transparent, aber die anderen...“

Cut, Kamera aus. Die Pressekonferenz war nur eine Simulation. Der Trainer Luis Miguel Carriedo, der tatsächlich für große mexikanische Zeitschriften schreibt, ist zufrieden, denn die nachgestellte Pressekonferenz gibt viel her, um gemeinsam mit Gewerkschaftsvertretern zu analysieren, welche Fehler man im Umgang mit den Medien vermeiden sollte.

Wie trete ich in den Medien auf, wie bringe ich meine Botschaft an die Fernsehzuschauer oder Zeitungsleser? Mit diesen und anderen Fragen setzen sich die zwölf Mitglieder des Gewerkschaftsdachverbandes Union Nacional de Trabajadores (UNT) während eines

zweitägigen FES-Seminars in dem kleinen Örtchen La Trinidad, ca. zwei Autostunden von Mexiko-Stadt entfernt, auseinander. Die UNT, der zweitgrößte mexikanische Gewerkschaftsdachverband, fühlt sich den demokratischen Werten verpflichtet und wurde Mitte der 90er als Gegenbewegung zu dem Dachverband CTM gegründet. Das Seminar rundete die einjährige Beratungsarbeit der FES-Mexiko für die UNT ab.

Mexikanische Gewerkschaften treffen in ihrer Außendarstellung auf eine doppelte Herausforderung: erstens haben sie wegen vieler Korruptionsskandale in den eigenen Reihen mit einem schlechten Image zu kämpfen und zweitens findet in den hauptsächlich von zwei Familien kontrollierten Medien kaum eine unabhängige Berichterstattung über ihre Tätigkeiten statt.



Aber auch die interne Kommunikation ist ein brisantes Thema, denn als Dachverband umfasst die UNT eine große Zahl Einzelgewerkschaften, die oft nicht einer Meinung sind. Die Frage, ob die UNT immer mit einer Stimme sprechen muss, wird daher heiß diskutiert. Die Befürworter ziehen immer wieder die „Tortilla“ als Beispiel heran. Die Erhöhung des Tortilla-Preises Anfang Januar war ein Thema, das die mexikanische Gesellschaft sehr bewegt hat. Dass die UNT nicht geschlossen zur

Mobilisierung gegen die neue – unbeliebte – Regierung aufgerufen hat, wird von den meisten UNT-Mitgliedern als großes Defizit wahrgenommen. Als es nach dem Seminar Richtung Hauptstadt zurück geht, fährt die Gruppe mit zwei Aktionsplänen, einen für die interne und einen für die externe Kommunikation, in der Tasche nach Hause.

Wie im richtigen Leben: Mexikanische Gewerkschafter trainieren in einer nachgestellten Pressekonferenz den Umgang mit Medienvertretern.

MEHR ZUM THEMA
www.fesmex.org

FES ZIEHT BILANZ IN GUATEMALA UND EL SALVADOR

Nach den Friedensabkommen

Am 16. Januar 1992 unterzeichneten Vertreter der Regierung und der Guerillabewegung in El Salvador ein Friedensabkom-

nach 36 Jahren Bürgerkrieg. Damit konnte eines der dunkelsten Kapitel in der Geschichte beider Länder, in dem über

Personen folgten in beiden Ländern den Ausführungen von Wissenschaftlern, Geistlichen und Politikern, die u.a. positiv hervorhoben, dass die Vereinbarungen zu mehr politischem Pluralismus, einer Reduzierung der Streitkräfte, der Übertragung der inneren Sicherheit auf die Polizei, zur Integration der ehemaligen Guerillabewegungen in das politische Leben und zur Schaffung von Bürgerbüros beigetragen haben. Doch trotz dieser Fortschritte bei der Demokratisierung bleibt nach Einschätzung der Referenten der weitere Reformbedarf noch groß. Zu den

noch ungelösten und teilweise sich verschärfenden Problemen gehören die extreme Verteilungsungerechtigkeit, der hohe Anteil der in absoluter Armut lebenden Bevölkerung, ein instabiles Parteiensystem sowie ein hohes Gewalt- und Kriminalitätspotenzial bei weitverbreiteter Straflosigkeit. Gefordert wurden deshalb u. a. eine transparente und sozial ausgewogene Haushaltspolitik, eine bürgernahe Sicherheitspolitik, ein unabhängiges und faires Justizsystem, sowie eine Eindämmung der Gewaltkriminalität.



Die Lebensverhältnisse haben sich in Guatemala und El Salvador zwar verbessert, doch der weitere Reformbedarf ist nach wie vor groß.

men. Vier Jahre später – am 29. Dezember 1996 – schlossen auch die Rebellenbewegung und die Regierung in Guatemala Frieden –

275.000 Menschen den Tod fanden, beendet werden. Die FES nahm die Jahrestage zum Anlass, Bilanz zu ziehen. Weit über 900

DIE NATIONALE KOMMISSION FÜR WIEDERGUTMACHTUNG UND VERSÖHNUNG

Kolumbien: viel Leid, viel Hoffnung

Sincelejo, Hauptstadt des kolumbianischen Departements Sucre: Alle Plätze im Versammlungssaal des Hotels Marsella sind belegt. Die Vertreter der Opferverbände und zivilgesellschaftlichen Organisationen der Region haben eben noch die Nationalhymne gesungen. Bischof

Nel Beltrán, Vertreter der Nationalen Kommission für Wiedergutmachung und Versöhnung (CNRR), begrüßt sie zur „Sozialen Anhörung“ (Consulta Social), der ersten von insgesamt neun, die in ganz Kolumbien durchgeführt werden. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen

die Opfer des Konflikts, der das Land seit über 40 Jahren prägt. Die Kommission wurde im Jahr 2005 eingesetzt. Ihre Aufgabe ist es, „die Friedensprozesse und die individuelle oder kollektive Wiedereingliederung der bewaffneten Gruppen ins zivile Leben zu erleichtern, und dabei

die Rechte der Opfer auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung zu gewährleisten“. Kommissionen mit vergleichbarem Auftrag wurden in anderen Ländern eingesetzt, als dort Militärdiktaturen, Bürgerkriege oder, im Falle Südafrikas, die Apartheid beendet waren.

Der kolumbianische Konflikt ist jedoch noch lange nicht überwunden, was die Arbeit der CNRR einzigartig und besonders problematisch macht. „Die Werkzeuge der Nationalen Kommission für Wiedergutmachung und Versöhnung sind Politik und Moral“, sagte Bischof Nel Beltrán bei der Eröffnung der ersten Anhörung, „trotzdem wird sie mehr erreichen, als ihre Kritiker glauben.“ Insgesamt wurden 13 Vertreter aus Regierung, öffentlichen Insti-

tutionen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Opferverbänden in die CNRR berufen. Die Idee der Consulta Social ist es, die Meinungen derjenigen zu hören, die Opfer von Gewalt wurden, vor Paramilitärs oder Guerilla von ihrem Besitz fliehen mussten, deren Angehörige entführt oder umgebracht wurden. Logistisch, organisatorisch und finanziell wird die Kommission von internationalen Institutionen und nationalen NGOs unter-

stützt; die Friedrich-Ebert-Stiftung ist ein wichtiger Partner. In ihren Räumen wurde die Planung der Anhörungen koordiniert. In den Arbeitsgruppen tritt immer wieder das Misstrauen zutage, welches staatlichen Institutionen nach wie vor entgegengebracht wird. Als ungerecht wird empfunden, dass demobilisierte Paramilitärs in den Programmen der Regierung eine materielle Unterstützung zur Wiedereingliederung erhalten, ihre Opfer jedoch

kaum etwas. „Die Täter sollen nicht einfach in Ruhe leben können, während die Opfer unter den Folgen ihrer Gewalt leiden. Sie müssen bestraft werden“, fordert ein anderer Teilnehmer. „Ich habe in diesen beiden Tagen viel Schmerzhafte gehört, aber viel von Hoffnung und von großem Engagement. Wir wollen die Hoffnung, die die Menschen in die Kommission setzen, nicht enttäuschen“, so Monseñor Nel Beltrán bei seiner Abschlussrede.

CHILE

Weltmarkt oder regionale Integration?

Auch wenn die neue Präsidentin Chiles, Michelle Bachelet, die Politik ihres Vorgängers Ricardo Lagos in den Grundzügen fortsetzen will, kündigte sie zu Beginn ihres Mandats in den wichtigsten Politikfeldern neue Schwerpunkte und Reformvorhaben an. Die FES-Chile bot mit einer Reihe von Seminaren die Gelegenheit, die neuen politischen Konzepte mit Vertreterinnen und Vertretern der Parteien und der Regierung kritisch zu diskutieren. So stellten sich am 11. Dezember der Außenminister Alejandro

Foxley (Christdemokratische Partei) und die Präsidenten der internationalen Kommissionen aller vier Parteien des Regierungsbündnisses Concertación der Debatte über die außenpolitische Strategie der Regierung Bachelet. Foxley widmete sich in erster Linie der Frage, wie sich das Bekenntnis der Regierung zur lateinamerikanischen Integration mit der starken Weltmarktorientierung Chiles in Einklang bringen lässt. Hierbei wurde einmal mehr deutlich, in welch hohem Maße sich die chilenische

Außenpolitik an den Interessen der exportabhängigen Wirtschaft orientiert. In den Kommentaren der Parteien und der anschließenden

Rolle Chile in Lateinamerika spielen kann, wie das angespannte Verhältnis zu den Nachbarn Bolivien und Peru verbessert werden

Der Präsidentenpalast in Santiago de Chile: Wie sieht die außenpolitische Strategie des Landes aus?



den Debatte wurden aber auch die Fragen aufgeworfen, welche

den kann und welche Zukunftsperspektiven der Mercosur hat.

AUSLANDSBÜROS STELLEN SICH VOR – DIE FES IN THAILAND

Enthusiasten, Visionäre und Profis

Ein typischer Tag im FES-Büro Bangkok könnte so aussehen: Chanapa, die englischsprachige Sekretärin, hat gerade Flugtickets für Teilnehmer/innen gebucht, die an einem regionalen Seminar zur Sicherheitspolitik der FES in Singapur teilnehmen sollen; im Anschluss müssen die Einladungen für die anstehende Podiumsdiskussion zur Demokratiefähigkeit Thailands verschickt werden. Sanit, der Bürofahrer, ist von einer

che Abrechnungssapfel muss noch warten – dabei ist morgen Terminschluss. Sakdina, der wissenschaftliche Mitarbeiter, betreut in seinem Büro einen unangekündigten Besucher, informiert über die Arbeit der FES und gibt Kontakttipps zur Recherche über Arbeitsrecht in Thailand. Und die Landesvertreterin Vesna Rodic? Heute steht ein Kurzbericht zur aktuellen politischen Lage vor Ort auf dem Programm; vor dem Abendtermin soll noch in einer Bürobesprechung der Bearbeitungsstand der Informations- und Kontaktanfragen aus aller Welt aktualisiert werden, und die strategische Diskussion für die Arbeit der nächsten drei Jahre will vorbereitet werden. Der Nachwuchs in Gestalt der Praktikantin Isabella editiert inzwischen einen englischsprachigen Seminarbericht über Zensur- und Medienprobleme...

Das achtköpfige Team der FES in Thailand organisiert ca. 40-50 sogenannte „Maßnahmen“ im Jahr. Darunter sind Seminare, Workshops, Konferenzen, Trainings und Publikationen, die der Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Thailand dienen. Nach dem Militärputsch im September 2006 steht die in den letzten Jahren entwickelte Arbeit in einigen Themenbereichen wieder auf dem Prüfstand. Ein Machtvakuum war zunächst entstanden, dann wurden die entscheidenden Politiker und Bürokraten ausgewechselt, sodass die ohnehin schwachen Demokratie- und Gewerkschaftsbewegungen bei einigen Kernanliegen wieder von vorn anfangen müssen. Die aktuellen Themen heißen: neue Verfassung, Wahlen und politische Reformen, der gewaltsame Konflikt im muslimischen Süden, Jugend und Politik. Dauerbrenner bleiben Gender- und Frauenpolitik, Gewerkschaften, Arbeits- und Sozialpolitik. Das Büro Bangkok entsendet auch rund 30 Referent/innen jährlich zu Veranstaltungen der FES im Ausland. Und nicht zuletzt betreut es andere regionale und globale FES-Events vor Ort, deren Vorbereitung, über mehrere Länder und Kontinente verteilt, entsprechend intensiv ist. Obwohl das Büro, das seit 1970 existiert, dieses Arbeitsprogramm zusam-



Im Land des Lächelns:
Das Team der FES in
Bangkok (Vierte v.l. die
Leiterin Vesna Rodic)

Stadttour zurück, bei der er Publikationen, Briefe und andere Unterlagen an Partnerorganisationen überbracht hat. Weiter geht es zum Flughafen, den Verfassungsexperten aus Deutschland abholen. Sanits Tag wird lang: heute Abend bereits ist ein Informationsgespräch des Gasts mit Partnern aus Wissenschaft und Politik geplant. Die Programmreferentin Preeda recherchiert gerade im Internet zur Situation von Frauen in Konflikten; für das zum Konflikt im Süden des Landes geplante Seminar müssen noch Veranstaltungskonzept und Programm entworfen und mit den Partnern diskutiert werden. Preeda wird kurz von Panida, der Reinigungshilfe und Bürobotin unterbrochen: Welches Menü soll für das morgige Gespräch mit Frauenrechtlerinnen in der Kantine des 30-stöckigen Büroturms bestellt werden? Inzwischen telefoniert die deutsche Buchhalterin Karin zum dritten Mal mit der Bank: Warum wurde die Überweisung aus Bonn immer noch nicht gutgeschrieben? Der monatli-

men mit seinen thailändischen Partnerorganisationen aus Staat und Zivilgesellschaft plant und umsetzt, sind die lokalen Kolleg/innen für den Erfolg dieser Arbeit ausschlaggebend. Denn die für den thailändischen Kontext bisweilen befremdend wirkenden deutschen Methoden und Richtlinien müssen „übersetzt“ und an die lokalen Bedingungen angepasst werden. In Thailand wirkt sich erschwerend aus, dass Englisch in weiten Teilen der Gesellschaft kaum gesprochen wird; die direkte Kommunikation in Thai erspart zeitaufwändiges Dolmetschen. Und: in der gesellschaftspolitischen Arbeit gilt hier die gute

persönliche Beziehung weitaus mehr als in Deutschland, sie ist in der hierarchisch gegliederten Thai-Gesellschaft überhaupt Voraussetzung für Kommunikation und Dialog. Niemand kann all das besser als die Ortskräfte. Während die deutschen Auslandsmitarbeiter/innen alle drei bis fünf Jahre den Standort wechseln, sind die lokalen Teams das Rückgrat, der rote Faden in der täglichen Beratungs- und Bildungsarbeit. Für den Erfolg der Arbeit in Thailand (oder anderswo) sind immer auch diese Enthusiasten, Visionäre und Profis verantwortlich.

AUSLANDSBÜROS STELLEN SICH VOR – DIE FES IN WASHINGTON

Im Zentrum der Macht

Vom amerikanischen Kongress zwölf, von der Weltbank acht, vom Weißen Haus vier: Das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung liegt zentral und ist von überall in wenigen Fußminuten gut zu erreichen. Als es zu Zeiten Präsident Jimmy Carters Anfang der 80er Jahre eingerichtet wurde, stand der transatlantische Dialog im Mittelpunkt der Arbeit. Heute, fast drei Jahrzehnte später, hat sich aus dem Dialog ein „Trialog“ entwickelt, der besonders bestrebt ist, neue Partner z. B. in Zentralasien und dem Mittleren Osten in aktuelle politische Debatten einzubeziehen.

Zurzeit gibt es im Büro Washington neben der Auslandsmitarbeiterin Almut Wieland-Karimi die drei deutschen Mitarbeiter Monika Parson, Knut Panknin und Michael Czogalla, die amerikanische Honorarkraft Erin Wroblewski und die zwei Praktikanten Susann Trinh Quang und Jens Jungblut. Wenn auch auf engem Raum, so hat sich doch in den letzten Jahren ein Team eingespielt, das neben politischen Gesprächskreisen mit hochrangigen amerikanischen und deutschen Politikern auch die inhaltliche Planung und organisatorische Umsetzung von Symposien, Podiumsdiskussionen, Workshops und Publikationen als Herausforderung ansieht und beständig daran interessiert ist, aktuelle Themen zu erschließen und neue politische Akteure für den „Trialog“ zu gewinnen. Wichtig und hilf-

reich ist dabei auch die fast tägliche Kommunikation mit der FES-Zentrale in Berlin.

Neben den zahlreichen Aktivitäten des Büros gibt es eine Reihe von Schwerpunktthemen, die von den Mitarbeitern bearbeitet werden. So konzentriert sich Knut beispielsweise auf die Themen Demokratieförderung und Konflikttransformation sowie den transatlantischen Gewerkschaftsdialog. Dabei ist ihm besonders das



FES-Projekt „Globale Atlantiker“ wichtig – ein Netzwerk, das jährlich Politiker des Bundestags und des Kongresses zusammenbringt, um globalpolitische Themen zu diskutieren. Schon während seines Studiums der Politikwissenschaften in Göttingen und Padua wählte Knut

Ganz dicht dran: Das Team der FES in Washington (Dritte v.l. die Leiterin Almut Wieland-Karimi)

die Nordamerikastudien als Schwerpunkt. Nach einem Praktikum nahm er Mitte 2004 die Stelle eines Programmkoordinators im Washingtoner Büro der FES an.

Eine ähnliche Erfahrung machte Michael, als er nach dem Studium der Amerikanistik und Politikwissenschaft in Leipzig und Lincoln (USA) im Herbst 2004 ein Praktikum bei der FES annahm und wenig später zum Programmkoordinator wurde. Seither konzentriert er sich auf die Schwerpunktthemen religiöse Politik und politische Religion sowie den politischen Extremismus und Immigration. Doch Mitarbeiter der FES zu sein, verlangt oft auch ein gewisses Maß an Vielseitigkeit. So fällt seit fast einem Jahr auch die Bearbeitung und Pflege der Website in seinen Aufgabenbereich.

Auch in einem Auslandsbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung bilden Administration und Finanzen das Fundament der politischen Arbeit, auf dessen Basis Projekte, Veranstaltungen, Publikationen etc. verwirklicht werden. Seit Dezember 2002 zeichnet dafür Monika verantwortlich. Ausgebildet für den Verwaltungsdienst des Regierungspräsidenten in Düsseldorf und mit ihrer langjährigen Erfahrung im deutschen Finanzwesen, aber auch durch ihre umfangreichen

Auslandsaufenthalte – London, Stockholm, Tokio –, konnte sie sich von Beginn an sehr gut in das Team einbringen.

Seit September 2006 bereichert Erin als studentische Honorarkraft das Team. Sie studiert am Zentrum für deutsche und europäische Studien an der renommierten Georgetown-Universität. Als fließend deutsch sprechende Amerikanerin, die mehrere Jahre in Deutschland und Österreich gearbeitet und studiert hat – so z.B. auch für den Bundestagsausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe – fungiert sie als Vernetzerin der „Globalen Atlantiker“ und Brücke zwischen dem amerikanischen Kongress und der FES.

Bereichert wird das Team zudem von zwei Praktikanten, die meist zwei bis drei Monate dem Team angehören. Zurzeit ist das zum einen Susann. Sie kommt aus Thüringen, hat vietnamesische Wurzeln, studiert in Leipzig, lebte in Miami und hat ein Praktikum bei den Vereinten Nationen in New York schon in der Tasche. Zum anderen ist da Jens, der seit Januar als Teilzeitpraktikant im Büro ist. Sein zeitgleiches Studium an der American University bietet gute Voraussetzungen für das Praktikum, da er sich dort u.a. intensiv mit Konflikttransformation beschäftigt.

Begegnung beim jährlichen Neujahrsempfang der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin: Anke Fuchs begrüßte am 16. Januar den südafrikanischen Botschafter Moses Mabokela Chikane (Foto: Schicke).



„Building a Future on Peace and Justice“

„Frieden“ und „Gerechtigkeit“ sind zentrale Leitlinien der internationalen Arbeit der FES. In Verhandlungen zur Beendigung von Gewaltkonflikten oder in Friedensprozessen in Postkonfliktländern können diese beiden Ziele jedoch in ein Spannungsverhältnis geraten: Ist die Bestrafung der Täter nicht die Voraussetzung für die Aufarbeitung von Gewaltkonflikten? Oder widerspricht die Suche nach Gerechtigkeit dem Aussöhnungsgedanken? Die FES bereitet mit dem Auswärtigen Amt, den Außenministerien von Finnland und Jordanien und einer Reihe weiterer Partner daher eine Konferenz mit dem Titel „Building a Future on Peace and Justice“ vor, die vom 25. bis 27. Juni 2007 in Nürnberg stattfinden wird. Eine gemeinsame Abschlusserklärung, ein „Nürnberger Manifest“, das der UN-Generalversammlung vorgelegt werden soll, wird Empfehlungen zum Aufbau eines nachhaltigen Friedens geben, der die Dimensionen Frieden, Gerechtigkeit, Entwicklung und institutionelle Reform einschließt.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Wie kann die Globalisierung aktiv gestaltet und die Mitbestimmung auf europäischer Ebene gestärkt werden? **Visionen, Leitbilder und Grenzen eines europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells** wollten Wissenschaftler, Gewerkschafter und Politiker aus Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien auf einer Tagung in der FES in Berlin entwickeln. In deren Mittelpunkt stand das Prinzip der aktiven Demokratie: Förderung der Mitbestimmung in allen Bereichen, gerade auch in Unternehmen und Betrieben. Dadurch könne nicht nur eine funktionsfähige Demokratie gewährleistet, sondern auch die Produktivität von Unternehmen erhöht werden. + + +

+ + + Weder die Versorgungssicherheit einzelner Staaten noch globale Klimaziele lassen sich ohne koordiniertes Handeln der EU erreichen. Im Rahmen der EU-Präsidentschaft Deutschlands organisierte die FES-Vertretung in Großbritannien daher zusammen mit der deutschen Botschaft in London am 14. Februar ein **Seminar zur EU-Energiepolitik**. Von deutscher Seite nahmen der energiepolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Rolf Hempelmann und Friedemann Müller, SWP, teil. Auf britischer Seite referierten die Prof. Peter Cameron (University Dundee) und Dieter Helm (University Oxford). In Vorbereitung der Veranstaltung verfasste Prof. Cameron eine Studie zu den energiepolitischen Interessen Großbritanniens. Die Zusammenfassung der Studie unter: www.feslondon.org.uk + + +

+ + + Deutschland habe in seiner Ratspräsidentschaft wichtige Aufgaben zu erfüllen, sagte Martin Schulz, Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament bei einem **Forum der FES am 27. Januar in Leipzig**. Zu diesen Aufgaben gehören die Wiederbelebung des Verfassungsverfahrens, Fragen der Energiesicherheit und der Migration. Zudem sei es wichtig, aus dem Einigungsprozess der Mitgliedsstaaten ein neues Gemeinschaftsbewusstsein für die Bürgerinnen und Bürger zu stiften. Die Europäische Union, so Schulz, sei allerdings in der gegen-

wärtigen Form nur noch schwer steuerbar. Es fehle eine klare Kompetenzordnung und die EU-Institutionen müssten handlungsfähiger werden. Dazu bräuchten sie zuerst eine gemeinsame Verfassung. + + +

+ + + Trotz vielfältiger Probleme hat die Mongolei nach der Wende im Jahr 1990 eine beachtliche Demokratisierung erlebt. Die FES ist dort seit 1995 mit einem **Ortskraftbüro zur Stärkung des Parlamen-**



tarismus, der Förderung der politischen Teilhabe von Frauen, der Verbesserung der Interessenvertretung der Gewerkschaften sowie dem Dialog über Parteiprogrammatik, innerparteiliche Demokratie und die Regierungspolitik vertreten. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Mongolischen Revolutionären Volkspartei und Ministerpräsident des Landes, Miyeegombyn Enkhbold, verlieh dem Landesvertreter der FES in China und der Mongolei, Roland Feicht, eine Ehrenmedaille. + + +

+ + + **Das Thai Labour Museum**, das bisher einzige Arbeitsmuseum Asiens und langjähriger Partner der FES, stand auf dem Besuchsprogramm der Europaabgeordneten Barbara Weiler Ende November. Dort informierte sie FES-Partner, hochrangige Vertreter/innen der thailändischen Gewerkschafts- und Demokratiebewegung, über aktuelle Fragen und Probleme der europäischen Integration. Die effektivere Interessenvertretung für grenzüberschreitende Arbeitnehmer/innen sei in vielen Fällen erst durch Europas Zusammenwachsen möglich geworden. Obwohl es bis zur stärkeren Integration der südostasiatischen Vereinigung ASEAN noch ein weiter Weg sei, seien Fortschritte bei nationalen Gewerkschaftsgesetzen und sozialen Mindeststandards über den ASEAN-Umweg möglicherweise leichter zu erzielen. + + +

(Foto: Waldeck)



Internationale Politikanalyse

Stefanie Flechtner – *Demokratie ist die beste Antwort im Kampf gegen den Terrorismus*

Jana Zitzler – *Plädoyer für eine europäische Mindestlohnpolitik*

Aus der Reihe „Frieden und Sicherheit“

Sven Biscop – *The international security engagement of the European Union: courage and capabilities for a „more active“ EU*. Report from the 1st European Strategic Forum, Warsaw

Demokratie und Terrorismus: Erfahrungen mit der Bewältigung und Bekämpfung von Terroranschlägen; Fallstudien USA, Spanien, Niederlande und Großbritannien

Aus der Reihe „Europäische Politik“

Michael Dauderstadt, Barbara Lippert und Andreas Maurer – *Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007*: hohe Erwartungen bei engen Spielräumen

Alle Texte der „Internationalen Politikanalyse“ online unter: www.fes.de/indexipa.html

Diverse Publikationen

Martin Baethge – *Berufsbildung im Umbruch: Signale eines überfälligen Aufbruchs* (Netzwerk – Bildung)

Frank Ehninger, Marion Perlich, Klaus-Dieter Schuster – *Streitschlichtung und Umgang mit Gewalt an Schulen* (Landesbüro Sachsen-Anhalt)

Fällt die Gesellschaft auseinander? – Herausforderungen für die Politik; Dokumentation der Auftaktveranstaltung des Projektes „Gesellschaftliche Integration“

Gegen Rechtsextremismus in Ost und West: andere Ursachen, andere Gegenstrategien – Dokumentation einer Konferenz

Frank Gesemann – *Die Integration junger Muslime in Deutschland*: Bildung und Ausbildung als Schlüsselbereiche sozialer Integration (Islam und Gesellschaft, 5)

Ralph Greifenstein – *Beschäftigungsfördernde Lohnpolitik und deutscher Mindestlohn* (Arbeitskreis Arbeit – Betrieb – Politik)

Gabriela M. Sierck (Hrsg.) – *Handbuch der Menschenrechtsarbeit*, Ed. 2006/2007

Felix Heiduk – *Province of Aceh/Indonesia* (Studien zur länderbezogenen Konfliktanalyse)

Holger Börner 1931 – 2006: Ehrenvorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung, Ministerpräsident a.D. (Ref. Kommunikation und Grundsatzfragen)

Thorsten Held – *Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und neue Dienste*: Ergebnisse einer Analyse des Funktionsauftrags der Rundfunkanstalten im Hinblick auf digitale Angebote jenseits des klassischen Rundfunks (Medien- und Technologiepolitik)

Jürgen Kahl – *Die Mongolei im Reformtief*: Dauerkrise oder „zweiter Aufbruch“? (FES-Analyse)

Kommunale Wohnungsunternehmen – Tafelsilber oder Saatkartoffeln? – Positionen des Arbeitskreises Stadtentwicklung, Bau und Wohnen

Moderner Staat im Dialog: vom Wandel der Grundlagen zu einem neuen Staatsverständnis (Forum Berlin)

Katja Nerger – *Zwischen Antisemitismus und Interessenvertretung*: Periodika und Festschriften des Deutschen nationalen Handlungshilfen-Verbands in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung (Veröffentlichungen der Bibliothek der FES; 18)

Öffentliche Güter – was ist des Staates? (Policy – Politische Akademie; 14)

Rudolf Oster – *Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden und Gemeindeverbände* (Kommunalpolitische Texte; 29)

Partnership with Russia in Europe: scenarios for a future partnership and cooperation agreement (Ref. Mittel- und Osteuropa)

Alfred Pfaller – *Rumänien: neues Tigerland oder Problemkind der EU?* (FES-Analyse)

Preisverleihung „Das politische Buch 2006“: Erhard Eppler „Auslaufmodell Staat?“ (Politische Akademie)

Reform der Arbeitsvermittlung: Wissen Deutschland; (Berliner Forum Wissenschaft und Innovation)

Anneli Rüling – *Familienpolitik aus der Gleichstellungsperspektive*: ein europäischer Vergleich (Forum Politik und Gesellschaft)

Soziale Gerechtigkeit morgen: Thesenpapier des Managereinkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung

Vorsorgender Sozialstaat (Policy - Politische Akademie; 13)

„Wagt weiter!“ Willy Brandt – Europäer und Staatsmann – eine Ausstellung der FES in Brüssel

Was hält die Gesellschaft zusammen? – Zur Zukunft des Europäischen Sozialmodells; Reader zur Sommeruniversität 2006 (Abt. Gesellschaftspolitische Information)

Werte und Verantwortung von Eliten in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik (Policy – Politische Akademie; 12)

Publikationen des Thementeam „New Powers for Global Change?“

Chris Landsberg – *South Africa's Global Strategy and Status* – FES Briefing Paper 16, FES Johannesburg

Hans J. Giessmann – *China's Role in the Emerging World Order* – FES Briefing Paper 13, FES Beijing

Mohamed Kadry Said – *Egypt's Foreign Policy in Global Change* – The Egyptian Role in Regional and International Politics – FES Briefing Paper 11, FES Cairo

Olga Pellicer – *Mexico – a Reluctant Middle Power?* – FES Briefing Papers, FES New York

Katharina Hofmann – *Challenges for International Development Cooperation: The Case of China* – FES Briefing Paper 15, FES Berlin

Weitere „Dialogue on Globalization“-Publikationen:

Tim Murith – *Between Paternalism and Hybrid Partnership: The Emerging UN and Africa Relationship in Peace Operations* – Briefing Paper, FES New York

Thelma Ekiyor – *Implementing the „Responsibility to Protect Doctrin“ in Africa* – FES Briefing Paper 1

Jens Martens – *Multistakeholder Partnerships – Future Models of Multilateralism?* – FES Occasional Paper 29, FES Berlin

Thomas G. Weiss and Peter J. Hoffman – *A Priority Agen-*

da for the Next UN Secretary-General – FES Occasional Paper 28, FES New York

Liangxiang Jin – *Understanding Beijing's Policy on the Iranian Nuclear Issue* – FES Briefing Paper 17, FES New York

Mahnaz Malik – *Time for a Change – Germany's Bilateral Investment Treaty Programme and Development Policy* – FES Occasional Paper 27, FES Geneva

Luke Peterson – *South Africa's Bilateral Investment Treaties* – FES Occasional Paper 26, FES Geneva

Catrina Schläger – *Herausforderungen für die internationale Entwicklungszusammenarbeit: Das Beispiel Brasilien* – Briefing Paper 3-07

Matthias Jobelius – *Herausforderungen für die internationale Entwicklungszusammenarbeit: Das Beispiel Indien* – Briefing Paper 5-07

Kurzberichte aus der intern. Entwicklungszusammenarbeit

Referat Asien und Pazifik:

Ursula Koch-Laugwitz – Rückschläge für den Demokratisierungsprozess: *Afghanistan zwischen Real- und Reformpolitik*

Astrid Becker – *Kabinettsumbildung in Sri Lanka*

Heinz Bendt – *Militärputsch in Fidschi*

Mirko Herberg – *Das Experiment Akbayan*: hat eine linksdemokratische Programmpartei auf den Philippinen eine Chance?

Neue Publikationen der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik

Ab 2007 hat die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik ihren Publikationsauftritt neu geordnet. Es gibt nun zwei Reihen: die Reihe „WISO direkt“ mit kurzen Analysen und Konzepten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Reihe „WISO Diskurs“, in der die längeren Expertisen und Dokumentationen erscheinen werden:

WISO direkt:

Michael Dausterstädt: *Die Neuordnung des Niedriglohnsektors in Deutschland*

Barbara Stiegler – *Vorsorgender Sozialstaat aus der Geschlechterperspektive*

WISO Diskurs:

Susanne Koch, Peter Kupka – *Geförderte Beschäftigung für leistungsgeminderte Langzeitarbeitslose?*

Aus der Arbeit des Jahres 2006 stammen die folgenden Expertisen und Dokumentationen, wie sie in Zukunft in der Reihe „WISO Diskurs“ publiziert werden:

Gesprächskreis Verbraucherpolitik – *Was bringt die Reform des Versicherungsrechts für die Verbraucher?*

Gesprächskreis Migration und Integration – Klaus Peter Strohmeier: *Segregation in den Städten*

Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung – Hartmut Seifert: *Konfliktfeld Arbeitszeitpolitik*: Entwicklungslinien, Gestaltungsanforderungen und Perspektiven der Arbeitszeit

Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung – Claudia Weinkopf, Karen Jaehrling: *Kombilöhne in Deutschland* – neue Wege, alte Pfade, Irrweg?

Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung – Gerhard Bosch, Claudia Weinkopf: *Gesetzliche Mindestlöhne auch in Deutschland?*

Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung – *Jugendarbeitslosigkeit: Jugendliche und Hartz IV: was macht das Fördern?* Dokumentation eines Workshops mit dem DGB-Bundesvorstand, Bereich Arbeitsmarktpolitik

Arbeitskreis Arbeit-Betrieb-Politik – Ralf Greifenstein: *Arbeitnehmerpolitik zwischen Wunsch und Wirklichkeit*: Beschäftigungsfördernde Lohnpolitik und deutscher Mindestlohn

Arbeitskreis Mittelstand – Michael Schorn: *Eine neue Kultur der Selbständigkeit* – Voraussetzung für ökonomischen und sozialen Fortschritt

Textbeiträge in dieser Ausgabe des FES-Info:

Elke Becker; Thorsten Benner; Hans Blumenthal; Michael Czogalla; Florian Dähne; Stefan Dehnert; Knut Dethlefsen; Matthias Eisel; Stefanie Elies; Helmut Elischer; Jan Engels; Roland Feicht; Alina Fuchs; Iva Figenwald; Andrä Gärber; Peter Gey; Hans J. Gießmann; Rainer Gries; Hannelore Hausmann; Peter Hengstenberg; Valeska Hesse; Jens Hettmann; Ernst Hillebrand; Britta Joerißen; Marei John; Christos Katsioulis; Christian Krell; Anja Kruke; Reinhard Krumm; Helmut Kurth; Sergey Lagodinsky; Gero Maass; Daniel Mahla;

Beate Martin; Annika Mildner; Helmut Mörchen; Sylvia A. Niewiem; Uwe Optenhögel; Vesna Rodic; Ingrid Ross; Juliane Sander; Marc Saxer; Nico Semsrott; Anne Seyffert; Catrina Schläger; Horst Schmidt; Severin Schmidt; Michael Schultheiss; Birgit Schultze; Günther Schultze; Jochen Steinhilber; Jürgen Stetten; Ernst Stetter; Renate Tenbusch; Michael Tröster; Maria Unrau; Winfried Veit; Anja Wehler-Schöck; Almut Wieland-Karimi; Petra Wilke; Andreas Wille; Arnd Zickgraf; Nicole Zeuner; Kathrin Ziemens; Jana Zitzler

Impressum

Herausgeber:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Kommunikation und Grundsatzfragen
✉ D-53170 Bonn
📄 Godesberger Allee 149
D-53175 Bonn
Telefon: 0228 883-213/214

Internet:
www.fes.de
E-mail: presse@fes.de

Redaktion: Peter Donaiski
Pressestelle Berlin
Hiroshimastraße 17, D-10785 Berlin
Telefon: 030 26935924
Telefax: 030 26935951
E-mail: peter.donaiski@fes.de

Herstellung, Satz & Layout: Publix, Harald Eschenbach, Berlin
Druck: braunschweig druck GmbH, Braunschweig
Titelfoto: Nikolay Okhitin - fotolia
Printed in Germany, April 2007
Gedruckt auf 90 g matt gestrichen chlorfrei gebleicht Offset
ISSN 0942-1351



Gero Neugebauer

Politische Milieus in Deutschland

Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung

145 Seiten, Broschur
Euro 9,90
ISBN 978-3-8012-0377-1

Neuerscheinung

Im Jahr 2006 gab die Friedrich-Ebert-Stiftung drei Studien in Auftrag, die erkunden sollten, auf welche Akzeptanz Reformen in der Gesellschaft stoßen und welche Probleme sich bei dem Versuch ergeben haben, sie den Menschen verständlich zu machen. In einer quantitativen Studie wurden neun politische Milieus auf der Basis von Werten und Einstellungen ermittelt. Der Typus des »abgehängten Prekariats« hat innerhalb kürzester Zeit eine vehemente öffentliche Debatte entfacht.

Die Befunde machen deutlich, dass der gesellschaftliche Wandel zahlreiche Aufgaben für die Politik und die Parteien nach sich zieht. Sie zeigen, dass die Bevölkerung über die Zukunft massiv verunsichert ist, ebenso durch die Wahrnehmung sozialer Verwerfungen. Ferner enthüllt das Ergebnis ambivalente Einstellungen zur Reformpolitik und einzelnen Maßnahmen sowie erhebliche Kommunikationsprobleme zwischen Politik und Gesellschaft. Die ermittelten Einstellungen zum Staat und zur Politik stellen die politischen Akteure vor große Herausforderungen, insbesondere dann, wenn sie Vertrauen in Reformen, in ihre Fähigkeiten zur Lösung von Problemen und eine an den Bedürfnissen der Bürger orientierte politische Kommunikationsform finden und schaffen wollen.